

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

VIII Legislatura - VIII. Gesetzgebungsperiode
1978-1983

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

SEDUTA **26.** SITZUNG

7.2.1980



Indice

Disegno di legge n. 7 "Modificazioni alla legge regionale 7 settembre 1958, n. 23 ed alla legge regionale 11 dicembre 1975, n. 11 e loro successive aggiunte, in merito alla proporzionale etnica nelle assunzioni del personale presso gli uffici della Regione e presso i Comuni della Provincia di Bolzano" (presentato dai consiglieri regionali Virgili, D'Ambrosio, Gouthier, Marzari, Panza, Stecher e Ziosi)

pag. 1556

Delibera n. 12: "Impugnazione davanti alla Corte Costituzionale dell'art. 2 del Decreto Legge 30 dicembre 1979, n. 662"

pag. 1618

Interrogazioni e interpellanze

pag. 1623

Inhaltsangabe

Gesetzentwurf Nr. 7: "Änderungen am Regionalgesetz vom 7 September 1958, Nr. 23, sowie am Regionalgesetz vom 11. Dezember 1975, Nr. 11, in geltender Fassung, in bezug auf den ethnischen Proporz bei Personaleinstellungen bei den Ämtern der Region und der Gemeinden der Provinz Bozen" (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Virgili, D'Ambrosio, Gouthier, Marzari, Panza, Stecher und Ziosi)

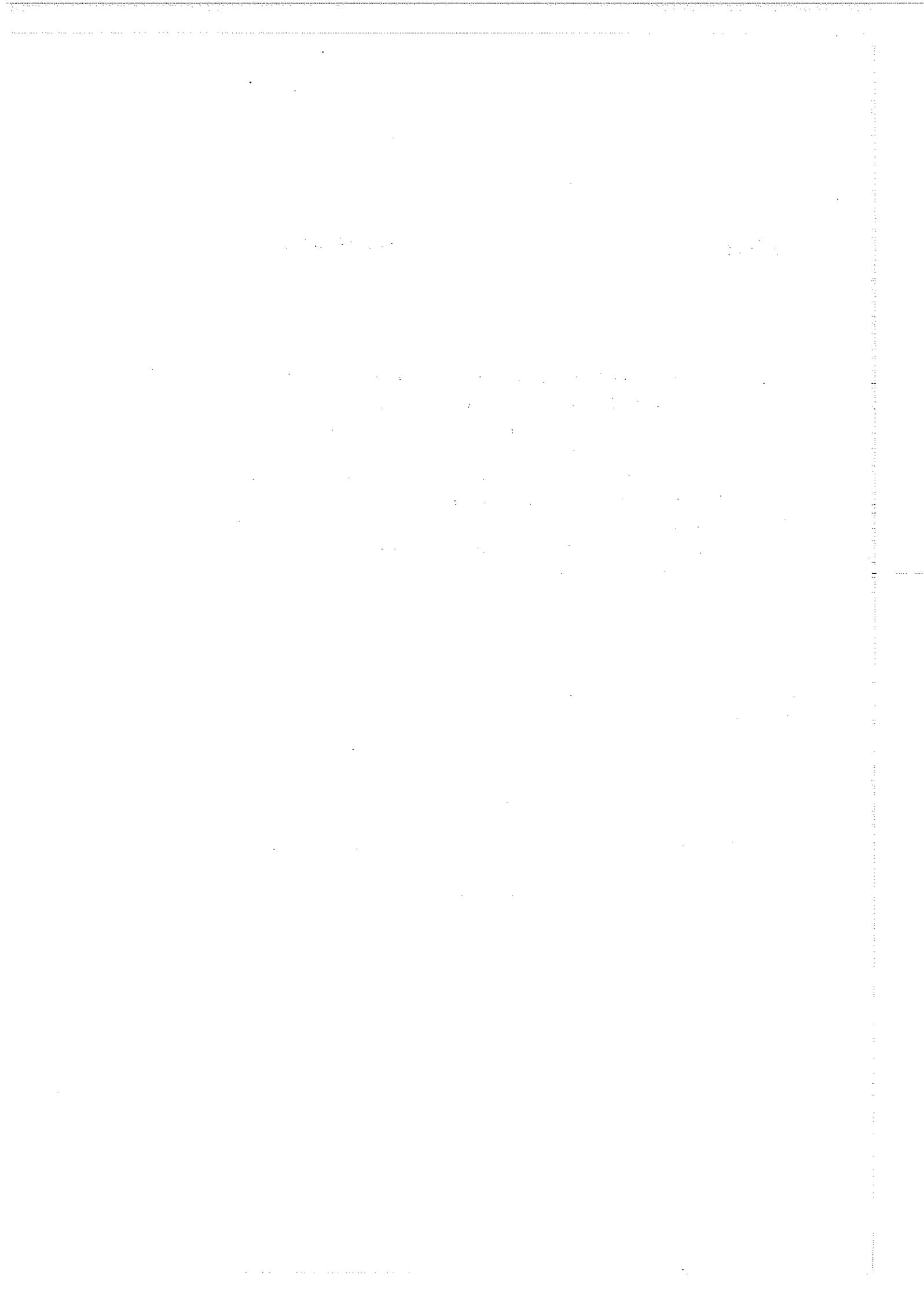
Seite 1556

Beschluß Nr. 12: "Anfechtung des Artikels 2 des G.D. vom 30. Dezember 1979, Nr. 662, beim Verfassungsgerichtshof"

Seite 1618

Anfragen und Interpellationen

Seite 1623



Presidenza del Presidente PARIS

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

FEDEL (Segretario questore — P.P.T.T.-U.E.):
(fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 24.1.1980.

FEDEL (Segretario questore: — P.P.T.T.-U.E.):
(legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Comunicazioni:

In data 31 gennaio 1980 la Giunta regionale ha presentato il seguente disegno di legge:

— n. 30: "Norme sullo stato giuridico e sul trattamento economico del personale delle Camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura di Trento e di Bolzano".

In data 4 gennaio 1980 il Consigliere regionale arch. Sandro Boato ha presentato l'interrogazione (n. 40), riguardante gli adempimenti preliminari alla votazione in seguito alle due ordinanze che dichiarano ammissibili i due referendum abrogativi della legge provinciale n. 13/77, titolo 3, e 13/78.

In data 14 gennaio 1980 il Consigliere regionale dott. Giorgio Grigolli ha presentato l'interrogazione (n. 41) riguardante la questione della diffusione di servizi radiotelevisivi in lingua ladina nella Valle di Fassa.

In data 25 gennaio 1980 il Consigliere regionale dott. Enrico Pruner ha presentato l'interrogazione (n. 42) riguardante il rinnovo della Giunta della Camera di commercio, industria, artigianato ed agricoltura di Trento.

In data 30 gennaio 1980 il Consigliere regionale dott. Enrico Pruner ha presentato l'interrogazione (n. 44) riguardante il corso di istruzione e formazione professionale per il personale destinato agli uffici del Catasto.

Il testo di dette interrogazioni e delle rispettive risposte scritte faranno parte del resoconto stenografico dell'odierna seduta.

Riprendiamo la trattazione del punto 2) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge n. 7: "Modificazioni alla legge regionale 7 settembre 1958, n. 23 ed alla legge regionale 11 dicembre 1975, n. 11 e loro successive aggiunte, in merito alla proporzionale etnica nelle assunzioni del personale presso gli uffici della Regione e presso i Comuni della Provincia di Bolzano"* (presentato dai Consiglieri regionali Virgili, D'Ambrosio, Gouthier, Marzari, Panza, Stecher e Ziosi).

Ha chiesto di parlare il cons. Langer. Ne ha facoltà.

LANGER (N.L.-N.S.): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich muß Sie leider — leider für Sie, vermute ich — mit einer längeren Ausführung zu den Themen des Proporz jetzt noch aufhalten, obwohl Sie vielleicht gehofft haben, diese Diskussion eigentlich recht schmerzlos schon letzte Woche bzw. vor zwei Wochen abzuwickeln, als ich verhindert war, an dieser Sitzung teilzunehmen. Ich möchte meine Argumentation im wesentlichen in drei Punkten ausführen; und zwar möchte ich zuerst erklären, warum wir in jedem Fall gegen die Proporzrechnung, an der die Südtiroler Volkspartei festhält, sind, warum wir also den "Gremienproporz", den Proporz, der sich aus den gewählten Organen und aus ihrer Zusammensetzung ableitet, in jedem Falle politisch ablehnen und für verfassungswidrig halten. Zweitens möchte ich mich mit der Argumentation jener auseinandersetzen, die, wie vor allem die Democrazia Cristiana, zwar sagen, daß sie grundsätzlich auch gegen den "Gremienproporz" seien, daß sie aber aus Gründen politischer Opportunität heute, um die Regionalregierung

nicht zu Fall zu bringen, diesbezüglich nichts unternehmen wollen. Drittens möchte ich mich mit dem Gesetzentwurf und mit der grundsätzlichen Problematik des Proporz auseinandersetzen, und zwar sowohl in Bezug auf seine Berechnung nach Volkszählung als in Bezug auf seine Berechtigung, seinen Sinn und Zweck unter dem Gesichtspunkt des Minderheitenschutzes.

Zum ersten: die Südtiroler Volkspartei hat in Jahren, als es die Volkszählung oder zumindest die verbindliche Volkszählung nach Sprachgruppen noch nicht gab, ja, als es die Volkszählung nach Sprachgruppen bzw. mit Erhebung der Muttersprache überhaupt noch nicht gab, seinerzeit den Sprachgruppenproporz nach Besetzung der Gremien, d.h. nach sprachlicher Zusammensetzung bestimmter Gremien, als Errungenschaft eingeführt und verteidigt. Ich glaube, daß viele politische, viele minderheitenpolitische Gründe, damals dafür sprechen konnten. Im besonderen gab es — und das ist uns allen bekannt — eine ganze Reihe von Gremien, eine ganze Reihe von öffentlichen Institutionen (ganz besonders schlimm der Staat, aber auch andere öffentliche Körperschaften innerhalb unseres Landes und unserer Region), in denen de facto eine starke Diskriminierung zuungunsten der deutschsprachigen und ladinischsprachigen Tiroler Minderheit herrschte. Es war keine gesetzliche Diskriminierung, etwa so daß Deutsche oder Ladiner nicht öffentliche Bedienstete werden durften, aber es war faktisch insofern eine Diskriminierung, als sowohl die schulischen Voraussetzungen verschieden waren — vor allem durch den Faschismus verursacht —, als die Wettbewerbsprüfungen usw. oft unter Umständen und Bedingungen stattfanden, die

faktisch die Gleichberechtigung für die deutsch- und ladinischsprachigen Bewerber nicht garantierten. Insofern war der Proporz also eine Maßnahme zur Wiedergutmachung, eine Maßnahme zum Ausgleich, die in diesem Sinn ja irgendwie implizit und ohne präzise Angabe der Mittel, dieses Ziel zu erreichen, auch im Pariser-Vertrag vorgesehen war.

Zweitens konnte man damals in der Förderung einer einigermaßen proporzmäßigen Besetzung der öffentlichen Stellen auch eine bessere Garantie für die Zweisprachigkeit der öffentlichen Verwaltung sehen, d.h. man konnte sagen: Wenn zumindest eine angemessene Anzahl deutschsprachiger Beamter, deutschsprachiger öffentlicher Bediensteter im öffentlichen Dienst tätig sein wird, dann wird die Verwaltung eher imstande sein, tatsächlich dem statutarischen Grundsatz der Zweisprachigkeit und damit der Gleichberechtigung der Sprachen im öffentlichen Dienst gerecht zu werden. Das waren damals die Gründe, die im wesentlichen für die Einführung des Proporzes gesprochen haben. Und da es eben keinen Maßstab zur Berechnung des Proporzes gab, da das obligatorische Prinzip der Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe ja nicht eingeführt war, hielt man sich als Maßnahme der Billigkeit, als Maßnahme der annähernden Gerechtigkeit an die sprachliche Zusammensetzung der Gremien.

Ich muß den Herrn Präsidenten bitten, dafür zu sorgen, daß ...

PRESIDENTE: ... già suonato una volta, non posso continuare a scampanellare.

LANGER (N.L.-N.S.): Danke, Herr Präsident! Insofern konnte man damals — ich spreche vor

allem bis zum Jahre 1961, d.h. bis zur Durchführung der ersten Volkszählung, bei der, wenn auch nicht in verbindlicher Weise und wenn auch nicht in rechtlich eindeutig gesicherter und geklärter Weise, aber immerhin faktisch die Muttersprache erhoben wurde, also bis 1961, bis zur Volkszählung 1961 — konnte diese Argumentation unter verschiedenen Gesichtspunkten Gültigkeit haben. Ich glaube, daß heute diese Argumentation ebenfalls aus verschiedenen Gründen in dieser Form zumindest ganz sicher nicht mehr akzeptabel ist. Zum Ersten. Es gibt nun bereits seit 1961 die Möglichkeit, wenn auch nicht eindeutig und rechtsverbindlich, die Stärke der Sprachgruppen nach der Volkszählung zu bemessen. Sowohl im Jahre 1961 als im Jahre 1971 wurde bei der allgemeinen Volkszählung nach der Muttersprache- bzw. Sprachgruppenzugehörigkeit (dies im Jahr 1971) gefragt, und somit steht seit dort im grossen und ganzen fest, welche vergleichsweise Stärke die Sprachgruppen im Lande Südtirol haben. Diesbezüglich läßt sich also heute, wenschon, das Verhältnis, der Proporz zwischen den Sprachgruppen anderweitig bemessen und berechnen.

Zweitens: Als die Südtiroler Volkspartei damals die Durchsetzung dieses Gremienproporzes erreichte, war die Situation auch faktisch, nicht nur rechtlich, anders. Damals war die politische Realität in unserem Lande noch viel mehr als heute von der völkischen Charakterisierung politischer Parteien und Listen gekennzeichnet. Damals war es also viel häufiger, bzw. es war die Regel, daß Parteien, daß Wahllisten "italienische" oder "deutsche" Listen waren. Diesbezüglich hat sich die Situation heute sehr verändert. Es gibt heute eine ganze Reihe von

politischen Gruppierungen, Parteien, Wahllisten usw., die nicht mehr das Trennungsprinzip einhalten, sondern die "mehrsprachige" Listen, "mehrsprachige" Parteien, "mehrsprachige" Organisationen repräsentieren und die, selbst wenn sie "einsprachig" aufgebaut sind, sich potentiell an "mehrsprachige" Wähler richten. Ich spreche da auch von der Südtiroler Volkspartei, die ja kein Geheimnis daraus macht, daß sie, obwohl "einsprachig deutsch" aufgebaut, auch um die Gunst italienischsprachiger Wähler wirbt bzw. deren Stimmen bestimmt nicht verschmäht. Insofern hat sich also auch die politische Lage seit damals beträchtlich verändert.

Etwas Weiteres ist dazu zu sagen: Die Südtiroler Volkspartei ist sich sehr wohl bewußt, daß sie mit der Koppelung der Proporzberechnung an die sprachliche Zusammensetzung bestimmter Gremien im wesentlichen den Zweck der vielfältigen politischen Erpressung verfolgt. In welchem Sinn spreche ich von Erpressung von seiten der Südtiroler Volkspartei? Erstens sagt die Südtiroler Volkspartei damit sehr ausdrücklich, daß ihr Ziel die Übereinstimmung von politischer und von völkisch-sprachlicher Option ist. Die Südtiroler Volkspartei möchte praktisch die Gleichsetzung soweit als möglich zwischen deutschsprachig = also Südtiroler Volkspartei und womöglich zwischen links = also italienisch durchsetzen. Diese politische Erpressung läßt sich natürlich durch den Gremienproporz leichter aufrechterhalten. Solange jeder italienischsprachige Mitbürger, der für einen deutschsprachigen Vertreter seine Stimme abgibt, weiß, daß er dadurch benachteiligt werden kann, d.h. daß er dadurch ein Soundsovieltel weniger Aussichten auf öffentlichen Dienst im Land, in der Gemeinde, in der Region hat, — solange das

passiert, ist klar, daß eine ganz eindeutige politische Erpressung stattfindet: die Erpressung, daß Deutsche nur Deutsche wählen sollen, daß Italiener nur Italiener wählen sollen und womöglich (obwohl das schon etwas schwieriger ist) daß Ladinier nur Ladinier wählen sollen. Diese politische Erpressung gegenüber den Wählern wird von der Volkspartei auch nicht weiter versteckt; diese politische Erpressung führt konkret dazu, daß man in unserem Lande vor allem die Gleichsetzung links gleich "walsch", "walsch" gleich links, weiterhin zur politischen Sanktion machen kann, denn es ist klar, daß solange auf der rechten Seite des politischen Spektrums bzw. in der sogenannten Mitte konkurrierende Parteien nach Sprachgruppen gesondert sind, so daß der italienischsprachige Konservative eindeutig eine italienischsprachige konservative Partei oder Liste wählt und daß der deutschsprachige Konservative oder Reaktionär eindeutig eine deutschsprachige konservative oder reaktionäre Liste wählen kann, und jeder praktisch seinen nationalgefärbten Konservativismus zur Auswahl hat, — solange läßt es sich leichter akkreditieren, solange läßt sich leichter der Eindruck erwecken, daß eben nur bei den Linken solche "Vermischungen" vorkommen können, und daß im Grunde jeder Angehörige der Tiroler Minderheit, der sich politisch nach links orientiert, damit auch sein Volkstum aufgibt; auch die Zugehörigkeit zu seiner sprachlichen und kulturellen Tradition, zu seiner sprachlichen und kulturellen Identität irgendwo in Frage stellt und irgendwo eben die Gleichsetzung akzeptiert, links gleich "walsch", "walsch" gleich links. Diesbezüglich ist nicht nur zu sagen, daß die Position der Südtiroler Volkspartei eine poli-

tische Erpressung darstellt, sondern daß sie auch regelrecht verfassungswidrig ist. Ich werde darauf noch zu sprechen kommen.

Der zweite Punkt, in dem sich die Position der Südtiroler Volkspartei als politische Erpressung erweist, ist dieser. Es ist eindeutig gesagt worden, daß die Südtiroler Volkspartei selber sich eigentlich grundsätzlich darüber klar ist, daß die Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe, das Sich-zugehörig-Fühlen, sagen wir ruhig auch, zum "Volkstum" in der einen oder anderen Weise nicht absolut gleichzusetzen ist mit politischer Entscheidung. Die Volkspartei ist sich also selber, in Worten zumindest, klar, daß der von ihr vertretene Gremienproporz eigentlich unannehmbar ist. Trotzdem sagt die Südtiroler Volkspartei, sie werde diese Proporzberechnung nur dann ändern, wenn sich bestimmte politische Voraussetzungen ändern, d.h., wenn vom Staat her bestimmte Durchführungsbestimmungen erlassen werden bzw. — so sagt sie —, wenn von ihren Koalitionspartnern — konkret in diesem Falle von der Democrazia Cristiana und vom P.S.D.I. — bestimmte Garantien gegeben werden. Auch diesbezüglich handelt es sich klar um politische Erpressung; die Proporzberechnung nach Gremienproporz, die die Südtiroler Volkspartei durchhalten will, ist also Tauschobjekt, Erpressungsobjekt sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber ihren eigenen Koalitionspartnern, als auch gegenüber der politischen Realität insgesamt. Wir sind der festen Überzeugung, daß ein Gremienproporz, d.h. daß die Berechnung der verhältnismäßigen Stärke der Sprachgruppen nach der Anzahl "ihrer" Vertreter in den Gremien, immer nur dann zulässig ist, wenn es sich um Organe handelt, die aus den Gremien heraus gebildet

werden. Kommissionen des Regionalrats also müssen sich natürlich auf die verhältnismäßige Zusammensetzung des Regionalrats beziehen, ebenso wie beim politischen Proporz; Kommissionen des Landtags müssen sich natürlich auf die verhältnismäßige Besetzung des Landtags beziehen, sei es sprachlich, sei es politisch, wenn man am Proporzprinzip festhalten will und in all jenen Fällen, in denen nichts anderes vorgesehen ist. Bestimmte Ausschüsse, Kommissionen, Sondergremien der Gemeinderäte müssen sich natürlich — und es ist legitim — an die Zusammensetzung, an die sprachliche und politische Zusammensetzung der Gemeinderäte halten usw. Aber jede andere Anwendung des Gremienpropozes scheint uns in jeder Weise unannehmbar und — ich wiederhole — verfassungsrechtlich illegitim. Diesbezüglich haben sich bereits die Kollegen der Kommunistischen Fraktion ausgesprochen und auch mein Fraktionskollege Boato. Warum verfassungsrechtlich illegitim? Eben vor allem, weil damit die Freiheit der Wahl, vor allem, weil damit die Freiheit einer politischen Entscheidung, die nicht unbedingt und a priori an eine sprachliche oder völkische Zugehörigkeit gekettet sein kann, in Frage gestellt wird. Das muß man sehr klar sagen.

Ich glaube also dazu abschließend sagen zu können, daß die Position der Südtiroler Volkspartei, nämlich den Proporz nach der Zusammensetzung der Gremien halten und verteidigen zu wollen, in jeder Weise eine verfassungswidrige Entscheidung und Position darstellt (und es wird die Möglichkeit geben, dies auch gerichtlich nachprüfen zu lassen) und zweitens eine mehrfache politische Erpressung darstellt, eine Erpressung gegenüber den Wählern und eine

Erpressung gegenüber sämtlichen politischen Kräften, die auf repräsentativer Ebene vertreten sind.

Ich möchte einen zweiten Aspekt untersuchen, und zwar die Haltung, die vor allem die Democrazia Cristiana, untergeordnet auch die Vertreter des P.S.D.I. und, anscheinend aus politischer Opportunität, auch die Vertreter des P.P.T.T., hier eingenommen haben. Da argumentiert man so: Man sagt von seiten der Democrazia Cristiana, man sagt von seiten der anderen genannten Fraktionen, daß man eigentlich für die Berechnung des Proporz nach Sprachgruppen, so wie sie bei der Volkszählung festgestellt sind, wäre, daß man aber aus politischer Opportunität die Südtiroler Volkspartei nicht vor den Kopf stoßen wolle, daß man ihrer Drohung, es anderenfalls zur Regionalkrise kommen zu lassen, nachgeben wolle. Ich weiß nicht, ob diese Argumentation ernst gemeint ist. Ich versuche, sie zuerst ernst zu nehmen und darauf einzugehen; dann möchte ich aber nachweisen, daß in Wirklichkeit noch ganz anderes dahintersteht. Erstens versuche ich die Argumentation ernst zu nehmen. Man sagt, man könne sich einen Krach mit der Südtiroler Volkspartei nicht leisten, man sagt, man könne sich nicht leisten, daß die Südtiroler Volkspartei wie seinerzeit, Ende der 50er-Jahre, den Regionalausschuß boykottiert, aus der Regionalregierung austritt.

Nun, meine Damen und Herren, ich möchte wissen, ob Sie selber daran gläubern, daß die Situation heute mit der Situation von 1957 auch nur entfernt vergleichbar ist. Ich glaube, daß man das in keiner Weise behaupten kann. Wenn die Südtiroler Volkspartei damals aus dem Regionalausschuß ausgetreten ist, so hat sie

damit, glaube ich, einen legitimen (und ich glaube einen politisch wichtigen und positiven) Akt gesetzt, mit dem sie gegen den Betrug an der Autonomie protestiert hat. Die Südtiroler Volkspartei hat damals eindeutig gesagt, daß die damalige Autonomie, daß die damalige Regionalregierung, daß die damalige Anwendung des Statutes, ja, daß das damalige Statut selber einen eindeutigen Betrug an den rechtmäßigen Autonomieforderungen der Südtiroler, an den rechtmäßigen Erfordernissen des Minderheitenschutzes darstellte und hat daraus — vielleicht auch spät — Konsequenzen gezogen. Der damalige Austritt der Südtiroler Volkspartei aus der Regionalregierung war also eindeutig ein Akt des positiven Minderheitenschutzes, war eindeutig ein Akt, der konsequent innerhalb einer autonomistischen Linie gelegen ist. Ich glaube, daß man das durchaus anerkennen kann, auch wenn man politisch auf sehr verschiedenen Positionen steht, als die Südtiroler Volkspartei sie vertritt. Damals ist also die Südtiroler Volkspartei aus einer Position der Schwäche und aus einer pro-autonomistischen und minderheitenfreundlichen Position aus der Regionalregierung ausgeschieden. Heute scheint mir die Sache umgekehrt zu liegen. Wenn heute die Südtiroler Volkspartei droht, aus der Regionalregierung auszusteigen, wenn ihre Auffassung vom Gremienproporz, wenn ihre Koppelung des Proporz an die Zusammensetzung des Regionalrats bzw. des Landtags bzw. der Gemeinderäte nicht erhalten bleibt, dann ist das eine nackte Erpressung, und zwar eine Erpressung aus einer Position der Stärke. Weder kann die Südtiroler Volkspartei heute behaupten, daß damit, also daß mit dieser Art des Proporz, ein besserer Minderheitenschutz oder überhaupt ein

notwendiger Minderheitenschutz geleistet wird — das kann sie beim besten Willen nicht behaupten —, noch könnte die Südtiroler Volkspartei heute behaupten, daß mit ihrem Ausscheiden aus der Regionalregierung mehr Autonomie, bessere Autonomie, mehr Minderheitenschutz gefordert wird. Die Südtiroler Volkspartei verteidigt diesbezüglich ausdrücklich und eindeutig nur ein Privileg; ein Privileg, das heute zugunsten der deutschen Volksgruppe agiert. Konkret kann man sagen, daß heute — derzeit zumindest — die deutschsprachigen Vertreter in den Gremien aus einigen Gründen, die ich kurz erklären werde, zahlreicher sind, also daß der Proporz für die Deutschen günstiger liegt, als in der Bevölkerung, zumindest bis zur Volkszählung 1981, und zwar einfach aus dem Grund, weil die wahlmäßige Geschlossenheit der deutschsprachigen Bevölkerung höher ist, günstiger ausfällt. Ich hoffe, Sie haben...

(Unterbrechung)

LANGER (N.L.-N.S.): ... so wie umgekehrt, auch zum Beispiel Magnago und andere, ebenfalls Stimmen von italienischer Seite erhalten, so wie ebenfalls ...

(Unterbrechung)

LANGER (N.S.-N.L.): ... ziemlich viele auch — ... so wie ebenfalls zum Beispiel Kollege Ferretti hier auch mit Stimmen von Ladinern sitzt (zu Recht), vielleicht auch mit Stimmen von deutschsprachigen Wählern, so wie hier Kollege D'Ambrosio und Kollegin Barbiero auch mit Stimmen von italienischsprachigen und deutschsprachigen und ladinischsprachigen Wählern

sitzen, so wie viele von uns es sich zur Ehre anrechnen, nicht nur Wähler einer Sprachgruppe zu vertreten. Ich glaube, daß das durchaus legitim ist. Nun sage ich, zurückkommend auf die Südtiroler Volkspartei, daß die Südtiroler Volkspartei heute ein Privileg verteidigt, d.h. die Südtiroler Volkspartei verteidigt heute eine Norm, die sich faktisch, wenn auch in nicht besonders erheblichem Maße zugunsten der deutschsprachigen Bevölkerung auswirkt, d.h. die Posten, die Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst, die damit zur Verfügung stehen, sind faktisch für die deutsche Gruppe etwas zahlreicher als sie es nach Bevölkerungsproporz wären. Man muß dann die Volkszählung 1981 abwarten, um zu sehen, wie sich das weiterentwickelt. Aber jedenfalls heute ist die Situation so.

(Unterbrechung)

LANGER (N.L.-N.S.): Bitte? Man muß sehen, wie es angewendet wird, aber faktisch, also wenn man diesen Proporzschlüssel verteidigt (ob er dann angewandt wird oder nicht, ist eine andere Frage), aber wenn man diesen Proporzschlüssel des Gremiumproporzes verteidigt, dann ist heute faktisch — nehmen wir gerade den Südtiroler Landtag her — die Situation im Gremium stärker zugunsten der deutschsprachigen Bevölkerung, sagen wir, verschoben, als sie es nach derzeit geltenden Volkszählungsdaten wäre. Umgekehrt, lieber Kollege Peterlini, war es früher anders. Früher war es gerade umgekehrt; früher gab es mehr deutschsprachige Wähler, die, um dem S.V.P. — Totalitarismus nicht zuzustimmen, für italienischsprachige Kandidaten stimmten — denken wir zum Beispiel an die Linksparteien,

die linken Listen, die immer, auch in der Vergangenheit, als sie nur italienischsprachige Vertreter in die Gremien brachten, auch Stimmen deutschsprachiger Wähler erhielten, das ist eindeutig und das kann niemand bestreiten —. Also glaube ich, daß die Südtiroler Volkspartei diesbezüglich ein absolut unhaltbares Prinzip vertritt, das übrigens paradoxerweise — und es ist schon vielleicht von anderer Seite darauf hingewiesen worden — zum Teil von reinem Zufall abhängt. Nehmen wir an, es würden heute nach Abschluß dieser Regionalratsitzung, die Kollegen Stecher, Sfondrini und ich gemeinsam mit dem Auto nach Bozen fahren und es würde zufällig eine Brücke einstürzen, über die wir fahren, und wir wären alle drei nicht mehr imstande, unser Mandat im Regionalrat auszuüben: wir hätten alle drei anderssprachige Nachfolger. Dem Kollegen Stecher, mir und dem Kollegen Sfondrini würde jeweils ein Abgeordneter der anderen Sprachgruppe nachfolgen. Soll davon die Zusammensetzung der Angestellten des öffentlichen Dienstes in Region, Gemeinden oder Land abhängen? Dem Kollegen Sfondrini würde der Kandidat Frei nachfolgen — es ist allseits bekannt, man braucht nur die Listen anzusehen —. Also diesbezüglich gibt es mindestens drei, ja, ich würde sagen, mehr, es gibt mindestens vier Abgeordnete in diesem Regionalrat, denn der Kollege Valentin gehört ja auch dazu. Es gibt mindestens vier Abgeordnete in diesem Regionalrat, die, wenn sie ausscheiden, einen anderssprachigen Nachfolger hätten. Der Kollege Valentin würde zwar dann vielleicht durch einen christdemokratischen Ladinler ersetzt, aber sein unmittelbarer Nachfolger wäre ein deutschsprachiger Abgeordneter. Diesbezüglich also ist es völlig absurd, den Standpunkt

zu vertreten, daß die Besetzung im öffentlichen Dienst davon abhängig gemacht werden soll, wieviel ein- oder anderssprachige Mitglieder in einem solchen Gremium sitzen.

Nun, die Democrazia Cristiana gibt vor, heute die Südtiroler Volkspartei nicht vor den Kopf stoßen zu wollen, und als "edle Motivation" für eine solche Argumentation erinnert man da und dort an die Situation von 1957. Aber ich glaube, nachgewiesen zu haben, daß sie heute grundlegend verschieden ist.

Ich möchte aber etwas anderes sagen: Ich glaube — und der Kollege Ferretti wird mir meine böse Unterstellung vielleicht verzeihen oder dementieren —, daß im Grunde der Democrazia Cristiana im besonderen (und ich weiß nicht, ob der P.S.D.I. dabei gut beraten ist, wenn er das mitmacht), daß der Democrazia Cristiana und dem Kollegen Ferretti im Grunde die Präporzberechnung nach sprachlicher Zusammensetzung der Gremien gar nicht so unlieb ist. Wir wissen — und es wurde bereits gesagt —, daß im besonderen der Kollege Ferretti mit diesem Argument Wahlkampf betrieben hat, aber lassen wir das ruhig beiseite. Ich möchte etwas anderes sagen: Innerhalb der Democrazia Cristiana im besonderen, aber meines Erachtens auch in anderen politischen Vertretungen, ist die Tendenz im Anwachsen, sich in der einen oder anderen Form zur "IVP" herauszukonstituieren, zur "IVP" zu entwickeln, d.h. zur "Italienischen Volkspartei". Ich erinnere diesbezüglich an einen interessanten und bestimmt nicht leicht zu nehmenden Artikel, der vor einiger Zeit im "Alto Adige" erschienen ist: von Prof. Andreatta auf der ersten Seite. Es ging dabei um die ganze Diskussion im Zusammenhang mit der Provokation von Prof. Acquaviva, nämlich einer

Aufteilung Südtirols nach Sprachgruppen, auch gebietsmäßig. Da schrieb Prof. Andreatta auf der ersten Seite vom "Alto Adige", daß man, wenn man sich in dem derzeit geltenden Autonomiesystem zurecht finden will, wohl oder übel daran denken müsse, daß auch die italienische Sprachgruppe eine Form, sagen wir, von ethnischer Vertretung, eine Form von ethnischen Zusammenschluß entwickeln müsse. Bestimmt, nicht so brutal, nicht so totalitär, wie da innerhalb der Südtiroler Volkspartei üblich ist, aber immerhin in diese Richtung ging die Argumentation! Er sprach von "raccordo etnico"; er sprach von der Notwendigkeit, daß die italienischsprachigen politischen Vertretungen immer mehr als solche, d.h. als italienische Vertretungen am öffentlichen Leben teilnehmen. Nun, ich glaube, daß das Proporzsystem im ganzen und im besonderen der Gremienproporz, d.h. die Verkoppelung des Proporz mit der Sprachgruppenstärke in den Gremien, notwendig dazu führen wird, daß diese Tendenz nach der IVP, wo immer sie angesiedelt sein mag, nicht nur in der Democrazia Cristiana — niemand ist dagegen gefeit, auch auf der Linken nicht —, daß diese Tendenz dadurch gefördert wird. Ich weiß nicht, ob die Democrazia Cristiana diese Versuchung heute von sich weist, oder ob die Democrazia Cristiana im Grunde dieser Versuchung gegenüber äußerst sensibel und aufgeschlossen gegenübersteht. Ich würde sagen, daß, wenn die Democrazia Cristiana dem von der KPI eingebrachten Gesetzentwurf ihre Zustimmung zumindest jetzt versagt, daß man das dann nicht nur, wie es von mancher Seite geschehen ist, als Kapitulation vor der SVP hinstellen kann. Meines Erachtens steht mehr dahinter. Meines Erachtens steht dahinter

eine politische Linie, die ich für gefährlich halte: eine politische Linie, die innerhalb der Democrazia Cristiana und tendenziell innerhalb der italienischsprachigen politischen Repräsentation der Parteien usw. die Tendenz zur "Italienerpartei" fördert.

Ich möchte Sie fragen, ob Sie nicht auch der Meinung sind, daß zum Beispiel bei den nächsten Gemeindewahlen in Südtirol, wenn sich nicht eine genügend starke Gegenteilstendenz entfaltet, in den Gemeinden der Hang zur IVP um sich greifen wird und von der Volkspartei gar nicht ungern gesehen wird, denn die Volkspartei begrüßt es ja im Grunde, wenn sich jede Volksgruppe zur völkischen Sammelpartei zusammenschließt und man sich dann endlich die lästige politische und soziale Dialektik erspart und nur mehr nach "Rund- und Spitzköpfen" zu argumentieren braucht. Die Volkspartei ist ja im Grunde dafür. Deswegen glaube ich, daß wenn die Democrazia Cristiana dem Gesetzentwurf der KPI ihre Zustimmung versagt, nicht nur das Taktieren gegenüber der Existenz, gegenüber dem Überleben des Regionalausschusses daran schuld bzw. dafür verantwortlich ist, sondern daß die Democrazia Cristiana und die anderen Kräfte — und deswegen wundert mich, ob das nicht zum Beispiel für kleinere Gruppierungen, wie PSDI, unter Umständen mit der Zeit zum Selbstmord führen kann, — daß die Gruppierungen, die diese Argumentation mittragen, die Tendenz zur IVP, zur Italienerpartei, als gegeben, als positiv, vielleicht als unabdingbar ansehen und deswegen fördern.

Ich komme jetzt zur Erörterung der Argumentation, die im Gesetzentwurf enthalten ist. Was die KPI mit diesem Gesetzentwurf vorschlägt, ist bereits von meinem Kollegen Sandro Boato als

“verfassungsrechtliche Rationalisierung” bezeichnet worden, d.h., sagen wir, als Anpassung dieser Gesetzesnorm an elementare verfassungsrechtliche Erfordernisse. Es ist bestimmt — und ich glaube, das war auch nicht beabsichtigt — kein revolutionärer Entwurf; es ist ein Entwurf, der die Proporzberechnung im öffentlichen Dienst, soweit sie dieser Gesetzentwurf betrifft, von der Verfassungswidrigkeit zur verfassungsrechtlichen Rechtmäßigkeit führen will, also von der Verfassungswidrigkeit zur Rechtmäßigkeit. Insofern sprachen wir von verfassungsrechtlicher Rationalisierung, von Anpassung an elementare verfassungsrechtliche Gegebenheiten. Nun möchte ich vor allem die Frage aufwerfen (und ich möchte diese Frage an die Regionalregierung und im besonderen an die S.V.P. - Assessoren in der Regionalregierung richten): Wie steht es denn eigentlich überhaupt mit dem Proporz bei der Region? Denn wir wissen, daß wir — zumindest was die Region, was das Personal der Region anbelangt — wahrscheinlich um des Kaisers Bart streiten, weil ich, soweit ich informiert bin, nicht glaube, daß man heute überhaupt von einer Proporzanwendung im öffentlichen Dienst bei der Region sprechen kann. Ich glaube nicht, daß das auf eine gezielte Diskriminierung gegenüber den deutsch- und ladinischsprachigen Bewerbern zurückzuführen ist, sondern auf den Mangel an Bewerbern selbst. Ich möchte diesbezüglich eigentlich ganz gern auch einen Aufschluß von der Regionalregierung, weil wir sonst wirklich zum Teil um des Kaisers Bart sprechen.

Nun aber zum Gesetzentwurf der KPl. Vorgeschlagen wird, daß damit die Proporzberechnung in den Körperschaften, die der Gesetzentwurf betrifft, nach Volkszählungs-

proporz berechnet wird. Im Grunde, heißt es, daß das Prinzip, das im Art. 89 des Statutes enthalten ist und sich dort ausdrücklich auf das Staatspersonal bezieht, als allgemeines Prinzip, als Leitsatz, der regionalen Rechtsordnung in bezug auf Proporz anzusehen ist. Ich glaube, daß man diesbezüglich noch etwas mehr sagen kann, und vielleicht ist es auch schon gesagt worden. Ich glaube, daß man sagen muß, und daß die Südtiroler Volkspartei die Unwahrheit behauptet, wenn sie sagt, daß die Proporzberechnung frei im Ermessen des Gesetzgebers liegt. Die Proporzberechnung im öffentlichen Dienst, in der Zuweisung von Sozialleistungen usw. steht nicht frei im Ermessen, zur Disposition des jeweiligen Gesetzgebers liegt, sondern daß es da schon Grundsätze gibt. Ich glaube, daß das Statut eindeutig sagt: Wenn Proporz und wo Proporz, dann muß der Proporz nach der verhältnismäßigen Stärke der Sprachgruppen berechnet werden und die Stärke der Sprachgruppen wird in der Volkszählung erhoben. Eine Ausnahme bildet der Gremienproporz: jener Proporz, der im wesentlichen im Art. 62 des Statutes vorgesehen ist, wo für die Zusammensetzung von Gremien (nicht für die Einstellung von Personal, nicht für die Zuweisung von Wohnungen, nicht für die Verteilung von Sozialleistungen und Beiträgen) der Gremienproporz herangezogen wird — aus verständlichen Gründen.

Warum sage ich, daß das einen allgemeinen Grundsatz der Rechtsordnung darstellt? Weil ich glaube, daß nicht nur der Art. 89 des Statutes diesbezüglich einen Grundsatz setzt, sondern daß auch der Art. 15 des Statutes klare Worte spricht. Wenn der Art. 15, der den Bedürfnisproporz vorsieht; wenn der Art. 15, der

die Zuweisung von Sozialleistungen vorsieht, ebenfalls von der Stärke der Sprachgruppen spricht, dann ist es, glaube ich, ganz eindeutig, daß immer dann, wenn und wo Proporz zur Anwendung kommt, mit Ausnahme der Zusammensetzung der Gremien, eindeutig verfassungsrechtlich nur die Stärke der Sprachgruppen als solcher gemeint sein kann.

(Unterbrechung)

LANGER (N.L.-N.S.): Alter Hut! Alter Hut, lieber Peterlini! Alter Hut! Lieber Kollege Peterlini!

(Unterbrechung)

LANGER (N.L.-N.S.): Ich glaube, wir müssen es, wenn es auf dem gesetzgeberischen Wege nicht zu lösen ist, lieber Kollege Peterlini, dann werden wir es eben auf weitere verfassungs- und verwaltungsrechtliche Urteilsprüche ankommen lassen müssen. Aber ich glaube, daß man eindeutig behaupten kann — und ich möchte das auch zu denen, zu den Parteien und zu den Vertretern sagen, die eigentlich der KPI-Vorlage zustimmen möchten, aber es aus politischer Opportunität angeblich nicht tun —, daß es sich hier um eine ganz elementare Überwindung von Verfassungswidrigkeit handelt, denn der Art. 89 und der Art. 15 des Statuts hat diesbezüglich ganz bestimmt eine allgemeine Aussagekraft und setzt einen Grundsatz der Rechtsordnung. Ich möchte sogar zu den Kollegen der KPI sagen — und das ist ein Argument, das für sie, aber nicht für uns spricht, aber das immerhin gesagt sein muß, daß mit dem Vorschlag — und ich glaube, das sollte die Südtiroler Volkspartei

irgendwo bedenken —, den die KPI mit dem vorliegenden Gesetzentwurf macht, im Grunde der Glaubwürdigkeit des Proporz nachgeholfen wird, während Ihre Position — die der Südtiroler Volkspartei — den Proporz um etwas unglaubwürdiger macht als er vielleicht an sich wäre. Also ich glaube, daß man direkt sagen muß, daß die verfassungsrechtliche Anpassung, die die KPI heute mit diesem Gesetzentwurf verfolgt, den Proporz glaubwürdiger macht, d.h. ihm irgendwo etwas von der Willkür nimmt, die heute in der Proporzberechnung nach Gremienzusammensetzung liegt. Denn daß es sich dort um Willkür handelt, ist klar. Das kann man schwer übersehen. Und ich glaube, daß die, die aus politischer Opportunität die Augen davor verschließen wollen, dem von ihnen erfunden bzw. mitgetragenen System einen schlechten Dienst erweisen.

Insofern ist es klar, daß wir von unserem Standpunkt aus der Vorlage der KPI zustimmen, nicht weil wir mit dem Proporzsystem insgesamt einverstanden wären — und darauf komme ich im letzten Punkt meiner Ausführungen noch zu sprechen —, sondern weil wir glauben, daß mit dem Gesetzentwurf, den die KPI eingereicht hat, wie ich eben gesagt habe, eine bisherige Verfassungswidrigkeit, die das ganze System belastet, behoben werden könnte. Im Sinne der Behebung dieser Verfassungswidrigkeit stimmen wir dem Gesetzentwurf zu, so wie wir ihm bereits im zuständigen Ausschuß zugestimmt haben und so wie wir im Südtiroler Landtag dem analogen Gesetzentwurf zugestimmt haben.

Nun möchte ich zum letzten Punkt kommen, den ich in italienischer Sprache ausführen werde, über die Berechtigung oder Unberechtigung des Proporz an sich. Ich möchte aber, bevor ich auf

die italienische Sprache übergehe, Ihnen einen kurzen Abschnitt vorlesen, den ich dann zusammenfassend selbst übersetzen werde, weil es vielleicht Schwierigkeiten geben könnte, da ich einen Text lese. Er stammt von einem Autor, den ich Ihnen momentan nicht nennen möchte und heißt: "Ausblick auf Proporzistan": "In Proporzistan gab es, ähnlich wie bei uns, Kranke und Gesunde, Blonde und Dunkle, Dicke und Dünne, Junge und Alte. Da fiel jemandem auf, daß es in der Gesellschaft nicht immer gerecht zuging und man erfand zur Lösung sämtlicher Probleme und zur Sicherung immerwährender Gerechtigkeit das Proporzsystem. Alle zehn Jahre zählte man die Menschen: soundsoviel Kranke und soundsoviel Gesunde, soundsoviel Blonde und soundsoviel Dunkle, soundsoviel Dicke und soundsoviel Dünne, soundsoviel Junge und soundsoviel Alte. Man rechnete die Verhältniszahlen aus, und von da an wurde das Essen, der Sonnenschein und die Lottogewinnrie, aber auch alles andere, proporzgerecht verteilt. Es schien zwar äußerst kompliziert, aber auch äußerst gerecht. Man mußte nämlich bei jedem Mahl berücksichtigen, daß die Geladenen in entsprechender Anzahl krank und gesund, blond und dunkel, dick und dünn, jung und alt waren. Nicht nur war es oft sehr schwierig, all diese Proporzahlen übereinstimmen zu lassen. Dazu bedurfte es schon sehr großer Gelage, denn bei fünf Mitessern fiel das Kalkül sozusagen unmöglich aus. Schlimmer war, daß im Laufe der Zeit mancher Kranke gesundete und manchen Gesunden eine Krankheit befiel, daß manchem Blondem und manchem Dunkeln überhaupt die Haare ausfielen, daß die Jungen älter und die Alten tot wurden und überhaupt gar mancher schwer zu definieren war, was

besonders bei den Dicken und Dünnen auffiel, da fast keiner sich als echt dick empfand. Es gab zwar noch ein paar Stänkerer, die fanden, andere Proporzformen seien, wenschon, gerechter, zum Beispiel zwischen arm und reich, zwischen Frau und Mann. Die Frauen und die Armen seien nämlich seit Jahrtausenden benachteiligt worden, indem man sie in der Mischgesellschaft zugunsten der Männer, und der Reichen unterdrückte und ausnützte. Diese Stänkerer forderten nun, man müsse bis zur Erreichung des zahlenmäßigen Gleichgewichts (nämlich mehr Frauen als Männer, mehr Arme als Reiche), den Männern und den Reichen überhaupt nichts mehr geben, und meinten, die Gerechtigkeit ließe sich durch einen gerechteren Proporz verwirklichen, indem man mit der richtigen Waage messe. Nur waren die Armen und die Frauen nicht der Meinung, durch Proporz zu ihrem Recht zu kommen und suchten andere Wege, ihre Gerechtigkeit durchzusetzen. Und so fehlt uns bis heute die Probe aufs Exempel einer Utopie, die man Proporzkommunismus nannte, während die Probe aufs Exempel der von Brecht erfundenen Rund- und Spitzköpfetheorie leider derzeit in Südtirol über die Bühne geht."

(prosegue in italiano)

(Signor Presidente! Colleghe e Colleghi! Sono purtroppo costretto — purtroppo per Loro suppongo — di trattenero il Consiglio con esposizioni piuttosto lunghe su questo argomento della proporzionale, sebbene Loro Signori speravano forse di concludere questo dibattito in modo indolore già la scorsa settimana, ossia 14 giorni fa, quando ero impossibilitato a presenziare alla seduta. Desidero esporre le mie argomentazioni essenzialmente in tre punti:

Desidero innanzitutto chiarire il motivo che ci induce ad esprimerci in ogni caso contro il calcolo proporzionale, al quale si aggrappa lo S.V.P., contro "la proporzionale dei consessi" vale a dire la proporzionale riferita alla composizione degli organi eletti, che respingiamo in ogni caso politicamente, ritenendola addirittura incostituzionale. In secondo luogo desidero confrontarmi con l'argomentazione di coloro che, come soprattutto la D.C., affermano di essere essenzialmente contrari alla proporzionale cosiddetta "dei consessi", ma che per motivi di opportunità politica, onde evitare la caduta della Giunta regionale, nulla intendono intraprendere a tal proposito. Come terzo punto desidero discutere il progetto di legge in sè e la problematica di fondo della proporzionale, riferendomi al calcolo basato sui risultati del censimento, alla giustificazione, senso e scopo sotto il profilo della tutela delle minoranze.

Punto 1: negli anni in cui non esisteva il censimento o almeno il censimento a carattere vincolante secondo l'appartenenza al rispettivo gruppo etnico, vale a dire senza il rilievo della madrelingua, lo S.V.P. ha introdotto e difeso come conquista la proporzionale linguistica secondo la composizione dei consessi, cioè secondo la composizione linguistica di determinati consessi. Credo che a suo tempo molti erano i motivi politici, i motivi politici di minoranza a favore di tale proporzionale. Esistevano in particolare — è noto a tutti — molte assemblee, istituzioni pubbliche (la situazione particolarmente grave era da segnalare nell'ambiente statale, ma anche in altri enti nell'ambito della nostra Provincia e Regione), in cui regnava di fatto una forte discriminazione a sfavore della minoranza tirolese tedesca e ladina. Non si

trattava di una discriminazione legislativa, nel senso che ai tedeschi ed ai ladini era fatto divieto di accedere al pubblico impiego, ma la discriminazione consisteva nel fatto che, sia le condizioni scolastiche — provocate soprattutto dal fascismo —, come pure i concorsi pubblici venivano svolti in circostanze e condizioni tali, da non garantire fattivamente la parità dei diritti dei candidati di lingue tedesca e ladina. Pertanto la proporzionale risultava essere una misura di riparazione, di compensazione, prevista in tal senso in certo qual modo implicitamente e senza indicazione precisa dei mezzi per il raggiungimento di tale scopo, dallo stesso accordo di Parigi. Favorendo la occupazione in certo qual modo proporzionale dei posti di lavoro si vedeva a suo tempo fra l'altro anche una migliore garanzia per il bilinguismo della pubblica amministrazione; il ragionamento era il seguente: se almeno un numero adeguato di impiegati di lingua tedesca svolge la loro attività nel pubblico impiego, l'amministrazione sarà più in grado di soddisfare il principio statutario del bilinguismo e con ciò la parificazione delle lingue nel servizio pubblico. Questi furono a suo tempo i motivi a favore in linea di massima dell'introduzione della proporzionale.

Siccome allora non esisteva parametro alcuno per calcolare la proporzionale e siccome si era giunti ancora ad invocare il principio obbligatorio di dichiarare l'appartenenza ad un gruppo linguistico, si riteneva una misura di equità, della giustizia approssimativa il riferimento alla composizione dei consessi.

Devo pregare il signor Presidente di provvedere....

PRESIDENTE: ... già suonato una volta, non

posso continuare a campanellare.

LANGER (N.L.-N.S.): *Grazie, Signor Presidente!*

Allora a tale riguardo questo argomento poteva aver valore sotto profili diversi — intendo il periodo antecedente il 1961, vale a dire fino al I censimento, in cui di fatto sono stati rilevati i dati sulla madrelingua, anche se tanto non era avvenuto in modo vincolante, cioè in maniera giuridicamente chiara e sicura. Credo che oggi questa argomentazione non sia altrettanto accettabile, almeno in questa forma, e ciò per vari motivi. In primo luogo già dal 1961 è data la possibilità, se anche non in modo inequivocabile e vincolante sotto il profilo giuridico, di misurare l'entità dei gruppi etnici in base al censimento. Sia nell'anno 1961, come pure nel 1971 il questionario prevedeva domande sulla madrelingua, ossia sull'appartenenza al gruppo etnico (quest'ultima nel 1971), per cui si dispone di massima di dati sul rapporto numerico esistente in Provincia fra i vari gruppi etnici, la qual cosa ci permette di calcolare la proporzionale fra i gruppi linguistici in modo diverso.

In secondo luogo non possiamo dimenticare che a quel tempo, allorché lo S.V.P. è riuscito a fare valere questa proporzionale secondo i consessi, la situazione era di fatto diversa, e non soltanto giuridicamente. Allora la realtà politica nella nostra Provincia si distingueva più di oggi per la caratterizzazione etnica dei partiti e liste politici. A suo tempo i partiti, le liste elettorali assumevano più spesso, ossia era la regola, carattere italiano o tedesco, ma a tal proposito l'attuale situazione è cambiata notevolmente. Oggi vi sono molti raggruppamenti politici, partiti, liste elettorali ecc. che non rispettano più il principio di separazione, ma

rappresentano liste, partiti, organizzazioni misto-lingui e se anche la loro struttura è caratterizzata da una sola lingua, si rivolgono potenzialmente agli elettori di tutti i gruppi linguistici. A tal proposito intendo anche lo SVP che non fa mistero alcuno, nonostante la sua struttura sia riferita ad un gruppo linguistico, di cercare anche i favori dell'elettorato italiano, ossia di non disprezzare i voti rispettivi. In questo senso quindi anche la situazione politica è assai mutata rispetto ad allora.

Vi è dell'altro: Lo SVP è consapevole che, collegando il calcolo della proporzionale alla composizione linguistica di determinati consessi, persegue in sostanza lo scopo del molteplice ricatto politico. In quale senso intendo questo ricatto da parte dello SVP? Innanzitutto lo SVP dice espressamente di mirare alla conformità dell'opzione politica ed etnico-linguistica. Lo SVP vorrebbe praticamente attuare, per quanto possibile, l'uguaglianza fra lingua tedesca uguale dunque SVP e possibilmente fra sinistra uguale dunque lingua italiana. Questo ricatto politico può essere mantenuto con maggior facilità naturalmente con la proporzionale secondo la composizione dei consessi. Finché ogni cittadino di lingua italiana, che esprime la preferenza a favore di un rappresentante di lingua tedesca, sa che da questo atto può derivargli un certo svantaggio, vale a dire che per un ennesimo di frazione egli riduce le proprie prospettive nel settore dell'impiego pubblico a livello provinciale, comunale e regionale e finché tanto viene posto in atto, è evidente che si attua inequivocabilmente un ricatto politico: il ricatto, che cittadini di lingua tedesca votino candidati di quel gruppo e che i cittadini di lingua italiana votino rappresentanti italiani e possibilmente (sebbene sia più difficile) che i ladini esprimano il loro voto a favore di candidati ladini. Tale ricatto politico nei confronti degli

elettori non viene affatto celato dallo S.V.P.; questo ricatto politico permette concretamente che soprattutto l'uguaglianza sinistra uguale "walsch", "walsch" uguale sinistra divenga ulteriormente una sanzione politica. E' evidente che, fintanto alla destra dello spettro politico, ossia finchè i partiti, che convergono al cosiddetto centro, sono suddivisi secondo gruppi linguistici, cosicchè il cittadino italiano di orientamento conservativo vota inequivocabilmente un partito o lista conservativi di lingua italiana ed il cittadino di lingua tedesca conservativo o reazionario può votare univocamente una lista conservativa e reazionaria, per cui ognuno può praticamente scegliere il conservatorismo del proprio colore nazionale, e finchè le cose rimarranno in questi termini sarà più facile accreditare o suscitare l'impressione che soltanto nelle sinistre si possono verificare simili "mescolanze" e che in sostanza ogni appartenente alla minoranza tirolese rinuncia alla propria caratteristica etnica, se il suo orientamento politico tende a sinistra, pone inoltre in discussione la appartenenza alla sua tradizione linguistica e culturale nonchè la sua identità, per cui infine accetta l'uguaglianza sinistra uguale "walsch", "walsch" uguale sinistra. A tal proposito non vi è soltanto da dire, che la posizione dello S.V.P. rappresenta un ricatto politico, ma che è pure incostituzionale a tutti gli effetti. Ritornerò ancora su questo argomento.

Il secondo punto, in cui la posizione dello SVP dà prova del ricatto politico, è il seguente: E' stato detto chiaramente che lo stesso SVP è essenzialmente convinto, come l'appartenenza ad un gruppo linguistico, il sentirsi appartenere, diciamolo chiaramente, al carattere nazionale,

non è in un modo o nell'altro da equipararsi assolutamente a decisioni politiche. Lo SVP stesso, almeno a parole, chiarisce che l'attuale proporzionale è in sostanza inaccettabile. Ciononostante il partito in parola afferma di voler modificare questo calcolo della proporzionale, soltanto quando saranno modificate determinate premesse politiche, vale a dire non appena lo Stato emanerà determinate norme di attuazione, ossia — così lo SVP afferma — quando i loro partner di coalizione — concretamente in questo caso la DC ed il PSDI — daranno determinate garanzie. Anche a tal proposito il ricatto politico è evidente; il calcolo della proporzionale secondo la composizione dei consessi, sul quale lo SVP intende insistere, è dunque oggetto di baratto, di ricatto sia nei confronti dello Stato, dei loro partner di coalizione, come pure della realtà politica nel suo complesso. Siamo fermamente convinti che una proporzionale così concepita, vale a dire che il calcolo della consistenza proporzionale dei gruppi linguistici basato sul numero dei "loro" rappresentanti nei vari consessi, sia lecito soltanto, se gli organi di cui trattasi, sono espressione dei consessi. Le commissioni del Consiglio regionale devono riferirsi naturalmente alla proporzionale del Consiglio; commissioni del Consiglio provinciale devono rispondere alla composizione del Consiglio, sotto il profilo linguistico e politico, se si intende mantenere il principio della proporzionale e tale sistema va applicato in tutti i casi, in cui non è previsto nulla a tal proposito. Determinate Giunte, commissioni, consessi particolari dei Consigli comunali devono attenersi — è questo è legittimo — alla composizione linguistica e politica dei Consigli rispettivi ecc. Ma qualsiasi altra applicazione della proporzionale

secondo i consessi ci sembra assolutamente inaccettabile ripeto, illegittima sotto il profilo del diritto costituzionale. I colleghi del gruppo comunista si sono già espressi in tal senso, come pure il mio collega Boato. Perché è illegittima dal punto di vista costituzionale? Soprattutto poichè si pone in discussione la libertà dell'elettore, la libertà di una decisione politica, che non può essere vincolata a priori ad una appartenenza linguistica o etnica, la qual cosa va detta a chiare lettere.

Credo di poter aggiungere in conclusione che la posizione dello SVP, cioè di voler agganciare e difendere la proporzionale alla composizione dei consessi, sia in ogni modo illegittima, e quindi anche la sua decisione relativa (vi sarà la possibilità di fare esaminare la questione in sede giudiziaria) rappresenta in secondo luogo un molteplice ricatto politico, un ricatto nei confronti degli elettori, di tutte le forze politiche presenti a livello rappresentativo.

Vorrei analizzare un secondo aspetto, vale a dire l'atteggiamento assunto soprattutto dalla D.C. in subordine anche dai rappresentanti del PSDI e a quanto sembra per opportunità politica anche dai Consiglieri del P.P.T.T. Gli argomenti sono i seguenti: la DC e gli altri gruppi consiliari menzionati affermano di essere favorevoli al calcolo della proporzionale secondo i gruppi linguistici, risultanti dal censimento, ma di non voler cozzare per opportunità politica contro lo SVP e di cedere pertanto alla sua minaccia di provocare una crisi regionale. Non sono a conoscenza, se questa argomentazione è intesa seriamente. Personalmente cerco di considerarla tale ed esaminarla e così facendo desidero dimostrare che in realtà ben altra cosa si vuole celare con simile atteggiamento. In primo luogo

mi sforzo a prendere seriamente l'argomento. Si afferma che non ci si può permettere una rottura con lo SVP, che non si può accettare una uscita dalla Giunta regionale del partito di lingua tedesca, che boicotta, come a suo tempo, alla fine degli anni 50, la Giunta regionale.

Ora, Signore e Signori, vorrei sapere, se loro stessi sono veramente convinti che la situazione del 1957 è paragonabile anche soltanto a grandi linee a quella attuale. Credo che in nessun modo si possa fare simile osservazione. Se lo SVP è uscito a suo tempo dalla Giunta regionale, credo che tale atto è stato certamente legittimo (un atto politicamente importante e positivo), avendo così protestato contro la truffa subita nel campo autonomistico. Lo SVP aveva affermato inequivocabilmente che l'autonomia, la Giunta regionale, l'applicazione dello statuto, lo statuto stesso di allora era una truffa a danno delle giuste richieste autonomistiche dei sudtirolesi, delle esigenze di diritto della tutela delle minoranze e ne ha tratto — forse anche tardi — le dovute conseguenze. L'uscita di allora dello SVP dalla Giunta regionale è stato un atto positivo e inequivocabilmente di tutela della minoranza, è stato un atto, che si poneva conseguentemente in una linea autonomistica. Tanto va riconosciuto anche se politicamente ci troviamo su posizioni molto differenti, rispetto a quelle sostenute dal partito in questione. A quel tempo lo SVP è uscito dalla Giunta regionale dalla sua posizione di debolezza, assumendo un atteggiamento pro-autonomistico e ben disposto verso le minoranze. Oggi la situazione si presenta in termini inversi. Se lo SVP minaccia di abbandonare la Giunta regionale, qualora il suo concetto della proporzionale secondo i consessi, vale a dire il suo agganciamento alla compo-

sizione del Consiglio regionale ossia del Consiglio provinciale, o dei Consigli comunali non fosse mantenuto, il suo atteggiamento è un ricatto nudo e crudo e cioè un ricatto da una posizione di potere. Lo SVP non può oggi affermare che questo tipo di proporzionale vi garantisce una migliore o addirittura la necessaria tutela a favore delle minoranze — non lo può affermare nemmeno con la migliore volontà — e tanto meno può affermare oggi che la sua uscita dalla Giunta regionale significa la richiesta di un'autonomia migliore ed una maggiore tutela delle minoranze. Lo SVP difende a tal proposito espressamente e senza equivoco un privilegio, che agisce oggi a favore del gruppo etnico tedesco. Si può dire in concreto che almeno attualmente i rappresentanti di lingua tedesca dei vari consessi sono, per diversi motivi, che illustrerò fra poco, più numerosi, e quindi la proporzionale a favore del gruppo di lingua tedesca è più vantaggiosa rispetto alla consistenza dei gruppi, almeno fino al censimento 1981, semplicemente per il motivo, che l'unità elettorale della popolazione di lingua tedesca è maggiore e risulta quindi più favorevole. Spero che Loro abbiano....

(Interruzione)

LANGER (N.L.-N.S.): come in senso inverso come ad esempio Magnago ed altri hanno ottenuto voti da parte italiana, così come pure....

(Interruzione)

LANGER (N.L.-N.S.): piuttosto numerosi ... come pure il collega Ferretti siede in quest'aula

(a buon diritto) anche per voti ladini e forse pure per voti espressi da parte di persone di lingua tedesca. I colleghi D'Ambrosio e Barbiero sono stati anche loro eletti con voti italiani, tedeschi e ladini, come per molti di noi è un onore rappresentare elettori di più gruppi etnici. Credo che ciò sia assolutamente legittimo. Ritornando sull'atteggiamento dello SVP dico che questo partito difende un privilegio, cioè una norma che di fatto offre alla popolazione di lingua tedesca un maggiore vantaggio, se anche non in misura rilevante, vale a dire che il numero dei posti di lavoro a disposizione del gruppo tedesco nell'ambiente pubblico è oggi di fatto superiore alla effettiva proporzionale. Si dovrà attendere il censimento del 1981 per avere dati sullo sviluppo ulteriore, ma la situazione attuale è quella illustrata.

(Interruzione)

LANGER (N.L.-N.S.): Prego, si deve considerare la sua applicazione, ma di fatto, difendendo questa chiave di proporzione (se si intende applicarla o meno è un altro discorso), ma, ripeto, difendendo la proporzionale secondo la composizione dei consessi, la situazione si sposta di fatto — vedi l'attuale composizione del Consiglio provinciale di Bolzano — a favore del gruppo tedesco, rispetto ai vigenti dati del censimento. Caro collega Peterlini, prima la situazione era diversa, esattamente inversa. Tempo addietro elettori di lingua tedesca, che non accettavano il totalitarismo dello SVP, votavano a favore di candidati italiani. Consideriamo le liste di sinistra, le quali ottenevano anche in passato, sebbene i candidati fossero stati soltanto di lingua italiana, voti da cittadini

di lingua tedesca. Questo è un fatto palese che nessuno potrà contestare. Credo quindi che lo SVP sostiene un principio assolutamente inaccettabile, che del resto dipende paradossalmente — forse qualcuno ne ha già fatto cenno — in parte dal caso. Ammettiamo che a conclusione di questa seduta del Consiglio regionale i colleghi Stecher, Sfondrini ed io facessimo ritorno a Bolzano insieme con un'autovettura e che per caso crollasse un ponte durante il nostro transito e che quindi tutti e tre non fossimo più in grado ad esercitare il nostro mandato di Consiglieri regionali, tutti e tre avremmo un successore appartenente ad altro gruppo linguistico. Al collega Stecher, Sfondrini e me succedrebbe rispettivamente un Consigliere, ripeto, di altro gruppo linguistico. Da questo fatto dovrebbe forse dipendere il contingente linguistico dei dipendenti del pubblico servizio in Regione, nei Comuni ed in Provincia? Il collega Sfondrini verrebbe sostituito dal candidato Frei — è noto a tutti, è sufficiente esaminare le liste. Almeno tre Consiglieri, anzi almeno quattro Consiglieri si trovano in questa situazione, in quanto ne fa parte anche il collega Valentin, che verrebbe sostituito forse da un ladino democristiano, ma il suo successore immediato sarebbe un Consigliere di lingua tedesca. E' pertanto assurdo insistere sulla posizione di suddividere i posti del pubblico impiego secondo la composizione linguistica di un consesso.

La Democrazia Cristiana fa intendere di non voler irritare lo SVP e per "motivare nobilmente" questa argomentazione si ricorda la situazione del 1957, della quale credo di aver provato la diversità di fondo.

Vorrei passare ad altro argomento: credo che il collega Ferretti vorrà forse perdonare o smentire questa cattiva insinuazione: sono infatti del parere che in sostanza alla D.C. in particolare (non so, se il PSDI sia ben consigliato, nel caso collaborasse) ed al collega Ferretti non dispiace il calcolo della proporzionale secondo la composizione linguistica dei consessi. Sappiamo — ed è stato detto — che il collega Ferretti ha usato quest'argomento per la sua campagna elettorale, ma lasciamo da parte tale fatto. Desidero però affermare che nell'ambito della D.C. in particolare, ma a mio avviso anche in seno ad altre rappresentanze politiche, si tende a svilupparsi nell'una e nell'altra forma all'"IVP", vale a dire al "partito popolare italiano". Ricordo a tal proposito un articolo interessante e non certamente da sottovalutare, apparso tempo fa sulla prima pagina del quotidiano Alto Adige e recava la firma del Prof. Andreatta. Si trattava di una discussione in seguito alla provocazione lanciata dal Prof. Acquaviva, cioè una suddivisione territoriale dell'Alto Adige secondo i gruppi linguistici. Il Prof. Andreatta sulla prima pagina dell'Alto Adige scriveva che volendosi riaccapezzare nell'attuale sistema autonomistico, anche il gruppo di lingua italiana dovrebbe sviluppare nolente o volente una forma di rappresentanza di unione etnica. Certamente non così in modo brutale e totalitario, che contraddistingue lo SVP, ma comunque a tanto tendeva l'argomentazione! Egli parlava di "raccordo etnico", della necessità che le rappresentanze politiche di lingua italiana partecipino alla vita pubblica come tali, vale a dire come rappresentanze degli italiani. Credo che il sistema della proporzionale

nel suo insieme e soprattutto quello secondo la composizione linguistica dei consessi condurrà necessariamente a favorire questa tendenza all'“IVP”, ovunque essa sia insita, non soltanto nella DC — nessuno è immune, nemmeno le sinistre. Non saprei se la DC si distanzia oggi da questa tentazione o se in definitiva essa si pone con sensibilità e ricettività estreme di fronte a questa tentazione. Sono del parere che, la D.C. non acconsentendo almeno per ora al progetto di legge presentato dal PCI, tale atto non può essere considerato, come da parte di qualche collega, una semplice capitolazione davanti allo SVP, in quanto tale atteggiamento cela in sé ben altro. Sono dell'avviso che alla base di tutto si trova una linea politica, che ritengo pericolosa. Una linea politica che promuove in seno alla DC e tendenzialmente negli ambienti di rappresentanza politica ecc. la tendenza al “partito degli italiani”. Vorrei quindi chiedere a Loro Signori se non sono dell'opinione che, ad esempio, alle prossime elezioni comunali in Alto Adige, se non si svilupperà una tendenza contraria sufficientemente forte, nei vari Comuni prenderà piede il concetto dell'“IVP”, del resto ben visto dallo SVP, essendo in sostanza favorevole a tale sviluppo che ogni gruppo etnico confluisca in un partito di raccolta, per potersi così risparmiare finalmente la noiosa dialettica politica e sociale e discutere gli argomenti secondo “teste tonde e teste a punta”. Lo SVP è in fondo, ripeto, favorevole. Ritengo pertanto che, qualora la D.C. non acconsente al progetto di legge del PCI, non sarà soltanto responsabile del segnatempo nei confronti dell'esistenza, della sopravvivenza della Giunta regionale, ma la DC ed altre forze — mi meraviglia e non so, se, ad esempio, per i raggruppamenti minori, come il

PSDI, non significa andare incontro fra l'altro con il passare del tempo al suicidio — e tutti i gruppi politici che sostengono questa argomentazione, vale a dire la tendenza all'“IVP”, cioè “Partito degli italiani”, considerano questa già data, positiva e forse anche indispensabile, per cui la favoriscono.

Prendo ora in esame l'argomento contenuto nel progetto di legge. Quanto proposto dal PCI con questo progetto di legge è già stato definito dal mio collega Sandro Boato come “razionalizzazione costituzionale”, vale a dire un adeguamento di questa norma di legge ad elementari esigenze costituzionali. Non è certamente — e tale credo non era neppure l'intenzione — un provvedimento rivoluzionario; è un progetto che intende ricondurre il calcolo della proporzionale nel pubblico impiego, per quanto riguarda il presente progetto di legge, dalla incostituzionalità alla costituzionalità. In questo senso parlavamo di razionalizzazione costituzionale, di adeguamento ad elementari dati di fatto costituzionali. Desidero porre una precisa domanda alla Giunta regionale e soprattutto ai Signori Assessori dello S.V.P. per conoscere l'attuale situazione della proporzionale negli uffici della Regione. Sappiamo infatti che, almeno per quanto concerne la amministrazione regionale, il personale della Regione — facciamo probabilmente questioni di lana caprina, poichè, per quanto ne sono informato, non credo si possa parlare di una proporzionale nel pubblico impiego regionale. Non credo inoltre che tanto si possa ricondurre ad una discriminazione finalizzata nei confronti di candidati di lingua tedesca e ladina, ma alla mancanza di interessati. Desidero avere ragguagli in merito da parte della Giunta regionale, altrimenti faremmo in parte

effettivamente questioni di lana caprina.

E quindi vengo al progetto di legge vero e proprio, presentato dal PCI, che propone il calcolo della proporzionale secondo i risultati del censimento negli enti indicati dal progetto. In pratica si afferma che il principio contenuto nell'art. 89 dello statuto, il quale si riferisce espressamente al personale dello Stato, è da considerarsi principio generale dell'ordinamento giuridico regionale in materia di proporzionale. Credo che a tal proposito si possa dire un qualche cosa di più, che forse è già emerso da questa discussione. Credo necessario fare presente che lo S.V.P. mente se insiste, quando afferma che il calcolo della proporzionale è a discrezione del legislatore. Il calcolo in parola riferito al pubblico servizio, all'assegnazione di prestazioni sociali ecc. non è posto affatto alla discrezione, non è un mezzo a disposizione del legislatore relativo, ma esistono principi precisi. Ritengo che a tal proposito lo statuto prevede inequivocabilmente dove e quando è da applicarvi la proporzionale secondo la consistenza dei gruppi etnici, che viene rilevata dal censimento. Un'eccezione è costituita dalla proporzionale secondo i consessi, prevista del resto dall'articolo 62 dello statuto, secondo cui per la composizione degli organi collegiali (non per l'assunzione di personale, per l'assegnazione di abitazioni, la concessione di prestazioni sociali e contributi) si applica la proporzionale di cui sopra e ciò per ragioni evidenti. Per quale motivo affermo che ciò rappresenta un principio generale dell'ordinamento giuridico? Per il fatto che sono dell'opinione che non soltanto l'art. 89 dello statuto stabilisce a tal proposito un principio, ma, a mio avviso, anche l'art. 15 contiene indicazioni precise. Se l'art. 15, che

prevede la proporzionale secondo le necessità, nonché stanziamenti destinati a scopi assistenziali, indica nuovamente la proporzione diretta alla consistenza di ciascun gruppo linguistico, è evidente che ovunque la proporzionale deve essere applicata, eccezion fatta per la composizione degli organi collegiali, questa va riferita secondo Costituzione soltanto alla consistenza dei gruppi etnici e che tale è da considerarla.

(Interruzione)

LANGER (N.L.-N.S.): Vecchia storia, caro Peterlini! Vecchia storia, caro collega Peterlini!

(Interruzione)

LANGER (N.L.-N.S.): Credo che lo dovremo fare, caro collega Peterlini, se la soluzione non sarà possibile sul piano legislativo dovremo seguire la via di ulteriori sentenze di diritto costituzionale ed amministrativo. Credo che si possa affermare senza equivoci — desidero rivolgermi a coloro, cioè ai partiti ed ai rappresentanti che vorrebbero in sostanza esprimersi a favore del progetto del PCI, ma che non acconsentono, a quanto sembra, per opportunità politica — che nella fattispecie trattasi di un elementare superamento di un'incostituzionalità, poichè gli artt. 89 e 15 dello statuto contengono certamente un'enunciazione generale e stabiliscono un principio dell'ordinamento giuridico. Vorrei dire ai colleghi del PCI — questo è un argomento a loro e non a nostro favore, ma che va pur detto — che la proposta — lo S.V.P. dovrebbe a mio avviso in certo qual modo considerarla — avanzata dal PCI

con il presente progetto di legge, contribuisce a rendere la proporzionale credibile, mentre la Sua posizione — quella dello S.V.P. — fa apparire l'istituto in parola meno credibile, di quanto è in realtà. Credo quindi necessario affermare che l'adeguamento costituzionale perseguito dal PCI con questo provvedimento rende più credibile la proporzionale, vale a dire che le toglie un po' di arbitrio all'attuale sistema di calcolo. Che si tratta di arbitrio, credo sia evidente, la qual cosa difficilmente può essere ignorata. Sono dell'opinione che coloro, i quali per opportunità politica intendono chiudere a tal proposito gli occhi, prestino un cattivo servizio al sistema da loro inventato, ossia sostenuto.

E' pertanto chiaro che dal nostro punto di vista voteremo a favore del progetto di legge del PCI, non tanto perchè concordiamo sul sistema proporzionale in generale, quanto per la nostra opinione che il provvedimento presentato dal partito in parola potrebbe eliminare l'attuale incostituzionalità che, come già detto, aggrava il sistema. Ritornerò su questo argomento all'ultimo punto delle mie esposizioni.

In questo senso voteremo a favore, come abbiamo fatto in seno alla commissione competente, nonchè in Consiglio provinciale di Bolzano, che ha esaminato analoga proposta.

Mi si permetta di passare all'ultimo punto, che intendo esporre in lingua italiana, sulla legittimità o illegittimità della proporzionale in sé. Prima di proseguire il mio intervento in lingua italiana, desidero dare lettura di un breve brano, che tradurrò sinteticamente io stesso, in quanto la traduzione potrebbe risultare difficile, data la lettura del testo. Al momento non vorrei menzionare l'autore, che così scrive: "...

(Il Consigliere legge un brano in lingua tedesca e provvede egli esteso alla traduzione in lingua italiana nell'ultima parte del suo intervento)

Io adesso passo a parlare in lingua italiana. Mi permetto innanzitutto di riassumervi questo brano, che ho letto, di autori che non intendo nominare, che si chiama "Ausblick auf Proporzistan".

In Proporzistan, similmente alla situazione nostra "vi erano infermi e sani, biondi e scuri, grassi e magri, giovani e vecchi. Qualcuno notò che nelle società non sempre tutte le cose erano ordinate secondo giustizia, e allora, per risolvere tutti i problemi e per assicurare giustizia perpetua, venne inventato il sistema proporzionale: ogni dieci anni vennero contati gli uomini, tanti malati e tanti sani, tanti biondi e tanti scuri, tanti grassi e tanti magri, tanti giovani e tanti vecchi. Si calcolarono le cifre proporzionali della loro consistenza, e da quel momento in poi il cibo e il sole e le vincite al lotto, ma anche tutto il resto venivano distribuite secondo proporzionale. Sembrava certo molto complicato questo sistema, ma anche molto giusto. Infatti in ogni convivio occorreva tener conto che fra gli invitati vi fossero un numero adeguato di sani e di malati, di biondi e di scuri, di grassi e di magri, di giovani e di vecchi; non solo era spesso molto difficile far quadrare i conti di questa proporzionalità, occorrevano convivi molto ampi, perchè se vi mangiavano solo in cinque il calcolo era impossibile. Ciò che era peggio è che nel corso del tempo qualche malato guariva e qualche sano si ammalava, che qualche biondo e qualche scuro perdeva i capelli, che i giovani invecchiavano e che i vecchi morivano e che

qualcuno era anche difficilmente definibile, in particolare questo si notava fra i grassi e i magri perchè quasi nessuno si sentiva realmente grasso. Certo c'erano alcuni insoddisfatti che trovarono che altre forme di proporzionale sarebbero semmai più giuste; per esempio fra poveri e ricchi, per esempio fra donne e uomini". Le donne e i poveri infatti da millenni erano stati svantaggiati, essendo oppressi e sfruttati nella società mista, nella società della mescolanza, in favore degli uomini rispettivamente e dei ricchi. Questi insoddisfatti chiedevano di introdurre una proporzionale fino al raggiungimento dell'equilibrio, — l'equilibrio significava più donne che uomini e più poveri che ricchi —, di bloccare fino al raggiungimento di questo equilibrio sia gli uomini che i ricchi e pensavano che la giustizia fosse ottenibile attraverso una proporzionale più giusta, misurando con la bilancia giusta. Solo che i poveri e le donne non erano del parere di sostenere i loro diritti attraverso la proporzionale e che si dovesse semplicemente scegliere la bilancia giusta per pesare, e cercarono i loro percorsi per realizzare la loro giustizia e così fino ai giorni nostri ci manca la verifica pratica di questa utopia, che venne chiamata "Proporzionalismus", comunismo proporzionato, mentre invece la verifica di dove porti la teoria delle teste tonde e delle teste a punta che attualmente nel Sudtirolo stiamo sperimentando, e non solo....

CONSIGLIERE (S.V.P.): E le teste quadre, anche!

(Risate)

LANGER (N.S.-N.L.): Sì, le teste quadre credo siano la sintesi mirabile che la vostra coalizione rappresenta....

(Interruzione)

LANGER (N.S.-N.L.): No. Allora dicevo che dove porti questa situazione lo stiamo sperimentando. Io voglio adesso, concludendo, dire perchè, pur votando in favore del disegno di legge proposto dal P.C.I. che definiamo di adeguamento e di razionalizzazione costituzionale, non ce la sentiamo di dividerne poi l'ispirazione di fondo, che è appunto uno sforzo per rendere più credibile la proporzionale, diciamo anche più digeribile la proporzionale, ma che non contiene germi di critica a questo sistema. Ho già detto prima, e non credo che serva ripeterlo, che la nostra posizione tiene conto di tutte le motivazioni storiche, di tutte le esigenze di riparazione storica e di tutte le esigenze di tutela e di conservazione delle minoranze nazionali, in particolare nel nostro caso quindi della minoranza tirolese, composta complessivamente dalla popolazione di lingua tedesca e ladina, per cui non ci scagliamo contro la proporzionale come chi non ha mai digerito nè l'autonomia, nè la tutela delle minoranze, nè un riequilibrio storico dei rapporti di forza fra i gruppi linguistici. Riteniamo tuttavia che tra le varie possibilità di assicurare maggiore giustizia, maggiore equilibrio e maggiore tutela alle minoranze, il criterio della proporzionale sia, soprattutto nella realtà di oggi, il peggiore. Riteniamo che il criterio della proporzionale che esige che ognuno venga univocamente attribuito o al paniere italiano o al paniere tedesco o al paniere ladino, sia in un certo senso un veleno

che entra fin dentro la carne viva di tutta una società. Se qualche tempo fa — vi racconto questo esempio senza fare nomi perchè ho appunto, almeno in questa sede, sufficiente carità di patria per non farlo — se in una recente riunione in cui sostanzialmente si trattava di comporre degli organi, che erano poi le commissioni mandamentali elettorali, un esponente di sinistra riteneva pacifico e scontato che ogni consigliere tedesco potesse nominare solo rappresentanti di lingua tedesca e che ogni consigliere di lingua italiana potesse nominare solo rappresentanti di lingua italiana, questo forse può dare la misura di quanto in profondità questo veleno è già entrato nel nostro corpo. Cioè ritenere — e qui devo rivolgermi di nuovo alla Democrazia Cristiana — ritenere che norme quali quelle varate dal Governo su suggerimento della Commissione dei 6, per cui vi sono organismi nella nostra vita pubblica in cui gli appartenenti ai diversi gruppi linguistici votano o dovrebbero votare con schede di diverso colore, perchè i tedeschi possono eleggere solo tedeschi, gli italiani solo italiani, anche se devo dire che finora, grazie all'opposizione dei sindacati questa cosa non è passata cioè viene boicottata, — e mi pare che in questo caso i sindacati assumano esattamente la stessa posizione che anch'io appunto in sede di Consiglio ho assunto, rifiutandomi di dichiarare, di classificare rappresentanti da me nominati, anche se qualcuno l'ha trovato meschino, come un atto di svilimento di una battaglia di per sè nobile —, ecco, finchè questi criteri da noi verranno ritenuti normali, io credo che noi dovremo rassegnarci a uno sviluppo tendenzialmente non facilmente reversibile, perchè via via si inasprisce, per cui tutta la società, ogni cosa nella società verrà divisa, verrà

spaccata. E da questo punto di vista è inutile dire, come qualcuno dice, in particolare a sinistra, dire: realizziamo intanto questa giustizia e poi, quando non vi sarà più timore di essere sopraffatti, allora dopo rivedremo tutto. Io credo che ogni illusione sulla transitorietà di questo criterio, quando questo criterio lo si faccia diventare norma di vita, prima che norma di organizzazione, della pubblica amministrazione, porta inevitabilmente a uno sviluppo che radica nelle teste di ognuno, nel cuore di ognuno, nello stomaco di ognuno la convinzione che la differenza principale fra gli uomini sia quella per gruppo linguistico e che a ognuno vi debba essere attribuito. In questo senso non si può ottenere altro che una società etnocentrica, cioè in cui l'etnocentrismo venga privilegiato per legge, venga imposto per legge e venga sanzionato per legge. Io credo che da questo punto di vista voi dobbiate anche tener conto e cominciare a fare i conti, anche chi di voi è trentino non lo vivrà sulla propria pelle, col significato della battaglia che ambienti, credo importanti e via via crescenti, stanno conducendo contro l'atto di radicamento di questa logica, che sarà, per quanto ci riguarda, il censimento generale della popolazione nell'81 e che sarà la dichiarazione di ognuno a quale gruppo linguistico vuole appartenere. Ritorno spesso e volentieri su questo tema, perchè credo che il problema di fondo da molti, forse anche per insufficienza nostra, non sia stato capito, non sia stato colto. Cioè se nell'81 nel Sudtirolo ognuno dovrà per forza scegliere la sua testa, tedesca, italiana o ladina, e quindi inevitabilmente scegliersi con ciò anche il nemico, l'avversario, purtroppo è così, questa spaccatura dell'intera società che spaccerebbe anche

situazioni umane e familiari in realtà integrate, che farebbe violenza a persone, che non vogliono farsi assimilare per forza, a uno di questi tre gruppi, ma che intendono essere sudtirolesi indivisi, sudtirolesi senza ulteriore specificazione, questa violenza non passerà, questa violenza non verrà accettata e con questo le leggi dovranno fare conto. Allora dal nostro punto di vista, oggi la garanzia di tutela di sopravvivenza, di sviluppo, perchè non ci basta la tutela come museo, della minoranza tirolese si deve cercare altre strade. E queste altre strade in parte sono anche realizzate, c'è un ampio sviluppo intanto alla propria vitalità culturale, scolastica, economica, creativa da tutti i punti di vista. Perchè non è che uno si conservi semplicemente dichiarandosi tedesco; fra l'altro sappiamo benissimo che anche il sistema attuale è aperto alla frode: per esempio, chiunque non avesse il problema del pubblico impiego, ma solo della casa, potrebbe, pur essendo italiano, dichiararsi tedesco. Questo abuso oggi è possibile, questo abuso è nel sistema, è insito, è possibile che qualcuno addirittura lo fomenti, non lo escludo, non certo noi, ma non escludo che qualcuno lo faccia. Allora da questo punto di vista, con questo tarlo che corrode la possibilità di una vita che non preveda altra ipotesi che quella dell'allineamento, dello schieramento del blocco, contro questo noi non ci stancheremo di parlare, e da questo punto di vista anche noi concepiamo la nostra battaglia in prospettiva, per un superamento del criterio della proporzionalità, pur votando oggi a favore della legge preposta dal P.C.I., che per lo meno ne rende l'applicazione non incostituzionale, perchè riteniamo che questo non sia materia di opportunità politica, ma qui si tratta veramente di decidere

se si vuole sancire legalmente in una società un germe di razzismo o meno. E da questo punto di vista ci pare pericoloso, e ho finito, che le persone che si sentono di appartenere non esclusivamente a un gruppo, che si sentono appunto di essere sudtirolesi indivisi, che queste innanzi tutto vengano costrette all'allineamento con un blocco o con l'altro per poter far funzionare senza intoppi questo sistema della proporzionale.

PRESIDENTE: La parola al cons. Betta Claudio.

BETTA Claudio (P.R.I.): Grazie, signor Presidente, sarò molto breve, e parlo adesso in quanto ritengo che ben difficilmente si arriverà alla dichiarazione di voto su questo disegno di legge. Da quanto mi sembra di aver capito, con i voti della S.V.P. e della D.C. non si passerà, ritengo, alla discussione articolata. Ora io mi permetto di leggere, così, se non completamente, una paginetta di un documento, che "parte dalla considerazione che, di fronte a situazioni di disagio e di possibili fonti di ingiustizia e quindi al pericolo di tensione sul piano dei rapporti interetnici, che determina l'aggancio della proporzionale etnica alla consistenza dei gruppi linguistici nelle Assemblee elettive, evidenzia una serie di motivi che giustificano la modifica della normativa vigente nel senso dell'aggancio della proporzionale al censimento. Si premette che la cosiddetta proporzionale etnica è stata introdotta al dichiarato scopo di adeguare la presenza nel pubblico impiego dei cittadini dei tre gruppi linguistici in proporzione alla consistenza dei gruppi medesimi. E' quindi evidente che lo strumento corretto per accertare la consistenza

dei gruppi medesimi è la dichiarazione dei singoli cittadini fatta a questo scopo. Il voto politico amministrativo per le sue diverse finalità non può considerarsi idoneo ad esprimere la consistenza dei gruppi linguistici, quando esiste il mezzo "censimento" per raccogliere in forma espressa la dichiarazione di appartenenza ai singoli gruppi. L'aggancio della proporzionale ai risultati elettorali si giustificava quale strumento provvisorio imposto dall'assenza di una diversa soluzione fino a quando in sede di censimento non si è prevista anche la raccolta della dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico. Si ravvisa poi la necessità che tutta la normativa sulla proporzionale sia organicamente e uniformemente formulata, eliminando diversità di parametri, di criteri. Infatti si deve constatare che le norme attualmente in vigore per gli organici della provincia e dei comuni non trovano riscontro nello Statuto di autonomia, nè nella norma di attuazione del D.P.R. 752 del '76. Infatti, sia nello Statuto l'art. 89, come nel D.P.R. citato all'art. 16 la proporzionale etnica nel pubblico impiego statale trova aggancio nella consistenza dei gruppi etnici, quale risulta dal censimento, secondo le dichiarazioni di appartenenza espresse dai singoli cittadini. Ora, poichè le norme dello Statuto di autonomia sono norme costituzionali, l'organicità giuridico-normativa degli enti pubblici locali va ritrovata a tale livello, non potendo essere disattesa da interventi normativi con essa in contrasto. Si rileva inoltre che la normativa vigente si pone in contrasto con i principi dello Stato, così come essi sono sanciti dalla nostra Costituzione, principi di democrazia, che trova i suoi cardini fondamentali nel diritto di associazione e di militanza nelle varie forze politiche, di adesione

alle varie ideologie con la conseguente libertà di espressione del consenso e del voto politico senza condizionamenti dovuti alla propria appartenenza a un gruppo linguistico".

Ecco, questo documento non l'ho inventato io, ma fa parte di una mozione che era stata proposta nel marzo del '78 in Consiglio comunale di Bolzano dal gruppo della D.C. Per l'amor di Dio, non voglio andare a fare il processo a nessuno, ognuno è libero di fare chiaramente quello che crede opportuno fare.

Questo documento così preciso, così impegnato, diceva difatti "le forze democratiche e autonomistiche rappresentate in Consiglio comunale esprimono il proprio impegno per far sì che la proporzionale venga agganciata al censimento e sollecitano l'intervento del legislatore regionale e provinciale affinché al più presto possibile, ecc.". Ora questa mozione non è stata approvata, non ha avuto i voti sufficienti in Consiglio comunale di Bolzano, anche se il mio partito, in quella sede rappresentato, l'aveva votata favorevolmente. Io non voglio fare il processo a nessuno e ognuno è libero di fare quello che crede, ma appare almeno strano che, dopo l'impegno e l'invito addirittura alle forze presenti in Consiglio regionale, cioè al legislatore regionale, di fare in un dato modo, ora di fronte a un disegno di legge presentato dal gruppo comunista, vi sia una marcia indietro, addirittura un capovolgimento di situazioni che viene giustificato forse non ufficialmente, ma comunque si giustifica come opportunità politica, affinché non ci sia una spaccatura a livello di Giunta regionale, soprattutto tra i due partiti maggiori, che tale Giunta sostengono. Similmente a quanto ha detto già il capogruppo Avancini e del quale condivido le dichiarazioni,

dico che non mi addentro altro in questa discussione sul disegno di legge, perchè anche altri oggi e nelle tornate precedenti lo hanno fatto e non ci sarebbe che non ribadire determinati concetti, una ripetizione di cose già abbondantemente dette. Dico solo che ci lascia molto amaro in bocca il vedere che si immolano sull'altare dell'opportunità politica delle concezioni e non solo di democrazia, ma di rispetto anche del gruppo etnico italiano. Mentre col censimento non vengono favoriti nè tedeschi, nè italiani, nè ladini, nè altra gente, con questo chiaramente esiste una lesione di interessi. E questo alla faccia della tanto conclamata o attesa o pretesa pacificazione etnica fra i gruppi che vivono in provincia di Bolzano.

Detto questo, con molta brevità e spero con altrettanta chiarezza, dichiaro già da adesso, visto che più oltre sarà impossibile farlo, che per parte mia voterò a favore del passaggio alla discussione articolata e, se sarà possibile, voterò a favore del disegno di legge stesso proposto dal gruppo comunista.

PRESIDENTE: Ha chiesto di parlare il cons. Ziosi.

ZIOSI (P.C.I.): Grazie, signor Presidente, io voglio intervenire in questo dibattito non solo perchè il disegno di legge nostro interviene su una materia che noi abbiamo indicato come di competenza regionale, quindi non è un ossequio formale all'aula il mio, ma voglio intervenire perchè credo che sia giusto farlo da parte di un consigliere trentino, consigliere regionale della Provincia di Trento, perchè noi siamo convinti che su questo delicato problema dei rapporti interetnici non sia assolutamente giusto e

politicamente responsabile delegare ai colleghi, e nel nostro caso ai soli compagni della Provincia di Bolzano, l'affrontare questa tematica, quasi appunto questi problemi della convivenza etnica, là dove questi sono più acuti, non abbiano bisogno di uno sforzo di comprensione da parte della collettività regionale. Era il cons. Grigolli in una sua intervista di alcuni giorni fa apparsa sull'"Adige" che sosteneva che il ruolo di Trento è destinato a diventare crescente, in prospettiva nei doveri di attenzione e di compenetrazione. Io credo che questa valutazione si debba condividere, debba essere colta e sottolineata positivamente, e appunto in quest'ottica vorrei collocare questo mio intervento. Ma voglio anche al tempo stesso ricordare in questa premessa che c'è un altro aspetto che va richiamato immediatamente ed è quello che per noi comunisti il "Pacchetto", lo Statuto di autonomia resta un punto fisso. Il partito comunista è fermamente attestato, — lo ricordavo nel mio intervento in occasione del bilancio regionale per l'esercizio di previsione '80 —, il partito comunista è fermamente attestato sulle scelte che sono state fatte con il "Pacchetto" e con il nuovo Statuto di autonomia e ha dato e dà il proprio positivo contributo all'attuazione di queste scelte. E ricordavo come a tutti voi dovrebbe essere presente il significato più profondo e più vero della conquista e della garanzia a tutti i cittadini della regione, non soltanto a un gruppo, a tutti i cittadini della regione, di tutti i gruppi etnici, del diritto al proprio sviluppo e al proprio arricchimento culturale, del diritto alla pace, alla pacifica convivenza alla sicurezza del proprio futuro e di quello delle proprie famiglie. Tutti i punti quindi del "Pacchetto" e del nuovo

Statuto, a nostro avviso, vanno attuati, e aggiungevo anche in primo luogo le delicate questioni sulla parità della lingua.

Questo, è nostra convinzione ed è ancor oggi nostra convinzione, può essere fatto con rapidità e con riflessi positivi per le nostre popolazioni. Da una parte ci sarà un serio e responsabile impegno del governo nazionale sui problemi regionali se l'azione dei governi locali apparirà e sarà nei fatti diretta a venire incontro alle esigenze fondamentali dei lavoratori, di tutti i gruppi etnici e nel contempo dimostrerà di essere sempre più consapevole che l'orientamento di fondo dell'attività politica e amministrativa locale, deve essere quello di tutelare l'equilibrio fra i gruppi etnici. Queste sono appunto le premesse, — erano queste le conclusioni di quell'intervento —, le premesse necessarie perchè si riaffermi lo spirito di fiducia e di sicurezza generale. Queste premesse appunto io ho voluto richiamarle ed anche volevo richiamare un altro fatto, un'altra conclusione di quel dibattito: come appunto in quest'ottica per noi comunisti la prospettiva di lotta e di iniziativa resta ancorata all'attuazione di una sicura linea autonomistica, che si caratterizzi per il suo orientamento democratico, quindi di ferma intransigente opposizione alle degenerazioni dell'autonomia che vengono praticate dalla maggioranza del gruppo dirigente della S.V.P. e da una parte almeno di quello della Democrazia Cristiana.

Ho voluto richiamare queste premesse, ho voluto sottolineare come queste degenerazioni abbiano di fatto influenzato e stiano influenzando tuttora pesantemente la realtà sudtirolese col risultato appunto di realizzare quella che viene definita la doppia società: da una parte il

gruppo etnico sudtirolese, dall'altra il gruppo etnico di lingua italiana. E deve anche essere sottolineato e ricordato come una siffatta spaccatura venga sempre più approfondita attraverso la teorizzazione della divisione etnica, e riproposta appunto attraverso una provocatoria rivendicazione di rigide separazioni, che vanno certamente al di là della legittima garanzia di difesa dell'identità nazionale. Spaccatura che viene riproposta attraverso l'ostinata ricerca di tutto ciò che può dividere i gruppi etnici, attraverso la teorizzazione esplicita di una loro reciproca ignoranza come canone fondamentale di vita e di esercizio dei poteri autonomistici; spaccatura che viene riproposta attraverso l'uso dell'autonomia come filtro a qualsiasi ipotesi di rinnovamento democratico, che sotto la spinta, in primo luogo, delle lotte dei lavoratori sta venendo avanti anche nella nostra regione, anche nella provincia di Bolzano. Di fronte a questo quadro, di fronte a queste degenerazioni autonomistiche dobbiamo anche prendere atto che tende a diffondersi sempre più, tra la popolazione italiana il timore, la sfiducia, la diffidenza almeno nei confronti dell'autonomia intesa come strumento di convivenza e di progresso, e al tempo stesso dobbiamo anche prendere atto, perchè sono i fatti che ce lo dimostrano e che ce lo ricordano, come da queste generazioni traggano anche costante alimento pericolose velleità separatistiche perseguite da una parte almeno della S.V.P. stessa. E va anche richiamato, signor Presidente, colleghi consiglieri, anche questo lo dobbiamo prendere in considerazione attenta, se è vero che la difesa dell'autonomia ci sta a cuore, se questa non diventa meramente intesa come strumento e difesa di privilegi di cui alcuni gruppi certamente

oggi godono della nostra regione, dicevo che va anche sottolineato con estrema preoccupazione come in particolare da parte delle nuove generazioni si guardi con estrema indifferenza al problema dell'autonomia, come questo strumento non venga inteso, come questo orizzonte, possiamo definirlo in questo modo, di una democrazia più ampia non sia di fatto compreso, non mostri o non sia in condizioni di sollecitare e suscitare interessi e stimoli nei confronti delle nuove generazioni. E allora io credo che anche qui ci siano da porsi alcuni interrogativi, ci sia per lo meno da chiedersi o per lo meno da sforzarsi di individuare le ragioni di una siffatta indifferenza, oltre che a comprendere le ragioni della diffidenza di cui facevo cenno prima. E vanno, a nostro avviso, individuate, non solo nella esasperazione dei meccanismi garantistici, ma anche nell'uso distorto dell'autonomia, intesa appunto come filtro alle spinte di rinnovamento, intesa come occasione per smorzare o per lo meno attenuare quelle richieste di autogoverno che l'autonomia consente, e che potrebbe anche dilatare. E ancora meglio, a questo proposito io vorrei richiamare ancora un passo dell'intervista dell'ex presidente della Regione, dott. Grigolli, lì dove appunto cita: "A me — sono parole sue testuali — "a me pare che al punto attuale di maturazione le autonomie, certamente irreversibili non possono essere intese solo come difesa dallo Stato, ma come partecipazione positiva al potere politico". Ecco, io credo che, anche per questi aspetti, quelle considerazioni e valutazioni meritino estrema attenzione. A nostro avviso quindi, signor Presidente e colleghi consiglieri, le norme di attuazione, proprio perchè possono offrire un terreno concreto sul quale sviluppare

queste ipotesi, queste forme di autogoverno, vanno approvate fino in fondo e con rapidità. Noi non abbiamo di certo esitazioni in proposito, noi non esitiamo a dire che le norme di attuazione sono atti dovuti, che vanno però perseguiti come tali, e non possono in nessun momento, da parte di nessun gruppo politico, essere intese come merce di scambio o merce di patteggiamenti reciproci. Allora se così è, se queste sono le potenzialità insite nello strumento autonomistico, nello stesso Pacchetto, nelle sue norme attuative, dobbiamo pur chiederci anche perchè oggi queste vanno così a rilento? Ma di chi è la responsabilità? Chi ha interesse a giocare al rialzo, a mantenere ancora aperto un contenzioso che ormai si trascina da troppi anni? Ecco, io credo che a questi interrogativi, la nostra risposta è già nota e risaputa. Mi sia comunque consentito brevemente di rifarmi ancora all'intervento del gruppo comunista in occasione del bilancio, lì dove appunto richiamava sinteticamente come il contenzioso con lo Stato tenda a restare aperto, perchè funzionale è la pratica di potere dei gruppi più oltranzisti al costante gioco al rialzo da questi praticati, e offre oggettivamente ma anche inevitabilmente spazio a quanti, pur da versanti opposti e da opposti nazionalismi, credono di poter nuovamente giocare le carte della violenza e del terrorismo. Si spiegano così anche i ritardi e le lentezze con cui procedono i lavori della Commissione dei 12 e della Commissione dei 6: sono anch'essi emblematici di un clima di conflittualità che continua a persistere e a permanere, tanto più che i governi ai quali incombeva il compito di emanare le norme di attuazione, sono sempre stati a responsabilità democristiana, e sostenuti dal

voto della stessa S.V.P.

Io credo allora che in questo quadro va anche collocato così una riflessione sul nostro disegno di legge. Queste considerazioni le ho volute richiamare anche perchè so bene che non ci sfugge che ci sono anche dentro la S.V.P. e anche dentro la D.C. tanti che ritengono, che hanno ritenuto e sono ancor oggi convinti che la rivendicazione garantista da sola, anche se ovviamente è un dato necessario, possa avviare i problemi difficili e delicati della convivenza interetnica.

Ma oggi, lo ricordavamo anche in occasione della discussione sul bilancio di previsione '80, oggi ci troviamo in una situazione nella quale inquietudini e tensioni tendono a riemergere; sono tensioni e segnali tali che non ci possono lasciare tranquilli, che ci invitano, che ci spingono a riflettere sui risultati e sui riflessi dell'applicazione del "Pacchetto". E dobbiamo anche dire subito che, ancor prima di chiudere quanto dovrebbe essere chiuso, e intendo riferirmi alle norme di attuazione, c'è già chi anche in questa stessa aula, nella seduta precedente, ha cominciato già a porre le mani avanti ricordando che ci sarebbe già la possibilità di vedere e valutare e riaprire il discorso. E non siamo pregiudizialmente contrari, ma questo farà parte del futuro, cominciamo a risolvere e a definire intanto il presente, ed è un presente sul quale già ci sono seri elementi che provocano inquietudine, tensione fra i gruppi etnici e sono cose che vanno rimosse, cominciando a dare una risposta positiva a quanto è ancora aperto e sta sul tappeto del confronto politico. Ho voluto ricordare questi fatti, perchè appunto credo che non sia attraverso il patteggiamento che si può pensare di rafforzare lo strumento autonomi-

stico. Anzi io credo che se oggi c'è una lezione da trarre è proprio quella che più vanno avanti le lungaggini, i patteggiamenti, i mercanteggiamenti poco chiari, la spartizione del potere fra i due partiti che hanno la maggiore responsabilità in questa Regione, ebbene, invece che rafforzare l'autonomia io ho l'impressione che si dia fiato, si dia spazio a quanti pensano di rimettere in discussione il "Pacchetto" nel suo complesso, e credo che questo, per chi si richiama all'autonomia, non credo possa essere considerato un grosso successo. Ecco allora perchè io credo, lo ricordava anche Langer nel suo intervento di poco fa, che il disegno di legge proposto in quest'aula dal partito comunista, non è un disegno di legge rivoluzionario, no, assolutamente, non è probabilmente nemmeno particolarmente sconvolgente a livello della realtà sudtirolese; ha solamente una pretesa, che è quella appunto di affermare alcuni principi in perfetta coerenza costituzionale, lì dove si tende in qualche modo a saldare i diritti soggettivi di tutti i cittadini e saldare a questi anche il diritto della tutela delle minoranze etniche. Quindi, io credo che in questa occasione l'atteggiamento assunto dalla D.C. e dal P.S.D.I. in questa circostanza sia un atteggiamento sbagliato, sbagliato anzi tutto perchè il disegno di legge di nostra proposta non interviene affatto a toccare, a modificare in qualche modo, a variare la norma statutaria, interviene semplicemente, semmai, nel tentativo di adeguare alla norma statutaria la legislazione regionale esistente. Il che è una cosa assai diversa. Qui non c'entra affatto nulla della garanzia costituzionale. Qui non c'è appunto un tipo di norma, che, a nostro avviso — non sto a riprendere tutte le argomentazioni oltre che le esemplificazioni che qui dentro sono state

portate — di fatto contraddice la costituzione italiana, negando nei fatti i diritti soggettivi dei cittadini del Sudtirolo. Devo anche sottolineare, va anche sottolineato come ci sia, attraverso l'uso della proporzionale non ancorata al censimento, ci sia appunto questa tendenza a ghettizzare, a irrigidire per lo meno il riferimento politico dei diversi gruppi etnici, entro quelli che sono definiti i partiti di raccolta o partiti comunque sostanzialmente monoetnici. Ma allora io credo che su questo terreno debbano anche essere invitate in particolare tutte quelle forze, anche dentro la S.V.P., che in qualche modo si richiamano alle istanze e alle urgenze dei lavoratori di lingua italiana e di lingua tedesca, di fronte a questi tentativi che in qualche modo strozzano, strangolano l'autonomia, la usano come filtro distorto in funzione della tutela e della difesa della salvaguardia dei privilegi di cui godono oggi grossi gruppi di potere, all'interno sia del gruppo di lingua italiana che di lingua tedesca. Ebbene, ma come è possibile pensare che i lavoratori sia di lingua italiana che di lingua tedesca possono in qualche modo assumere su di loro, sulle loro spalle, la bandiera per la difesa dell'autonomia se questa autonomia non diventa poi lo strumento per dare risposte concrete ai loro problemi, per consentire anche di trovare quelle che sono le possibilità, trovare delle risposte a quelle che sono esigenze loro, ma non solo sul piano dei bisogni immediati, ma anche sul piano della risposta ideale? Io credo che per chi si richiama all'esperienza, alla causa dei lavoratori, sia un dato che non può essere sottovalutato, in particolare poi in una realtà come quella italiana, che ha conosciuto anche una ventata di rinnovamento impetuoso, quale

quella che ci è derivata dal '68, una realtà e una influenza, che tende ad articolare sempre più il tessuto sociale, che tende a far emergere in questo una serie di articolazioni che in parte erano addirittura sconosciute non molti anni fa; ebbene io credo che a questo tipo di istanza, a questo tipo di esigenza non possa essere non dato una risposta, e questa risposta non può essere data in questa realtà se non attraverso un ventaglio di organizzazioni, che sono le organizzazioni spontanee del tessuto sociale, della società civile, ma che sono anche in primo luogo i partiti, se è vero che su questi la Costituzione italiana ha incardinato tutto il suo progetto statutario. Ecco, io credo che allora se noi non ci ancoriamo a queste ipotesi, non valutiamo attentamente queste considerazioni, io credo che veramente allora correremmo il rischio di rinchiuderci all'interno di un'ottica garantista, che abbiamo già visto, perchè i segnali sono già drammatici oltre che in atto, non può appunto una visione garantistica offrirci da sola la possibilità di uno sviluppo, non può offrirci da sola le possibilità per una crescita e una pacifica convivenza dei gruppi etnici. Allora, da questo punto di vista vorrei anche spendere due parole su quella che è stata definita la prospettiva, il ricatto, la minaccia della crisi che qui è stata ventilata da parte della D.C. e del P.S.D.I. Qui si è detto: il disegno di legge è giusto, i principi che sostenete sono sacrosanti, ci riconosciamo anche noi in quei principi, però opportunità politica non vuole che si arrivi a un voto su questo disegno di legge. Io credo che a questo punto vada detto a chiare lettere che ancora una volta questo tipo di atteggiamento per quanto sostenuto qui dentro con convinzione, con calore, quasi con impeto garibaldino che ogni

tanto è uso sfoderare il collega Malignoni, io credo che vada anche detto che questa giustificazione, se mi è consentito, rappresenta l'ennesima puntata di un romanzo ormai troppo lungo di acquiescenza, di sudditanza da parte di questi partiti nei confronti della S.V.P. E' vero, ci sono anche delle pagine all'interno di questo romanzo, forse con linguaggio cinematografico potremmo dire, qualche flasch-back con carattere onirico, nei quali c'è un risveglio di coscienza, un ricupero di questi principi e si vota il disegno di legge sulla proporzionale etnica, proposto dai comunisti, magari in quel di Bolzano, anche se viene sempre il sospetto che questo atteggiamento sia strumentale, sia strumentale cioè per il fatto che in quella realtà ci si poteva anche differenziare, pensare di salvarsi l'anima, stante il fatto che la S.V.P. aveva i voti sufficienti per respingere la nostra proposta. Qui, dove non è più così, ecco che allora questi atteggiamenti diventano quei flasch-back onirici ai quali facevo riferimento poc'anzi. E qui si torna a piombare nella realtà, si torna a subire il ricatto, riprende a scorrere quel romanzo lungo di acquiescenza e sudditanza, al quale facevo riferimento prima. E poi io credo che anche a questo proposito vada detto chiaramente che oggi il "Pacchetto" è già largamente attuato, crediamo che le situazioni complessive di questi rapporti vadano riconsiderate in termini meno drammatici di quanto poteva valere 10-15 anni fa, dobbiamo dire che meno che meno riusciamo a comprendere, se non in termini di sudditanza se non come meschino pedaggio, pedaggio ovviamente nei confronti del partito di maggioranza, in questo caso intendo riferirmi al P.P.T.T., non riusciamo a comprendere i motivi per cui ci si chiede di

rinvviare, di soprassedere un'altra volta a questo disegno di legge. Questo disegno di legge è stato presentato mesi fa, c'è stato il tempo sufficiente per meditarlo, per valutarlo, se oggi non c'è stata la possibilità da parte della D.C. e del P.S.D.I. di trovare un'intesa è perchè questa ovviamente non verte tanto sui problemi del disegno di legge, la posta in gioco è di altra natura, il gioco al rialzo in atto, al quale facevo riferimento prima, non rientrerà di certo con qualche mese di ulteriore proroga, quindi io credo che sia tempo per arrivare a un confronto in aula. Non ci sono più margini di ulteriore pazienza. Sia chiaro che ciò da parte nostra non vuole essere assolutamente una forzatura pretestuosa, nè strumentale, come qualcuno ha insinuato, a verificare la solidità della Giunta regionale in carica. Dicevo prima che la nostra proposta nasce dalla volontà anzi tutto di rispettare un principio costituzionale, dal quale siamo convinti che l'autonomia nel Trentino-Alto Adige delle due Province non possa trarre altro che benefici in termini di credibilità, e quindi non crediamo, proprio perchè siamo convinti che l'autonomia vada difesa, che questa possa anche essere svilita e sottoposta a mercanteggiamenti di modesta portata nella realtà sudtirolese. Dicevo appunto che questo disegno di legge non è certamente rivoluzionario, dicevo e sottolineavo che non è nemmeno sconvolgente rispetto alla realtà sudtirolese, è certamente vero, ma allora diciamo che, anche per queste motivazioni, complessivamente l'atteggiamento della D.C. e del P.S.D.I. vanno denunciati, se risultano certamente incomprensibili, anche perchè di fatto si rifiuta appunto un disegno di legge che tende a saldare, come ricordavo prima, i diritti soggettivi dei cittadini, di tutti i cittadini, siano

essi di lingua tedesca o italiana, con la tutela della difesa delle minoranze etniche. La crisi regionale pertanto ci viene proposta come un ricatto bello e buono, anche se nascosto dietro il paravento della tutela etnica, o comunque dei difficili rapporti etnici. Certamente questi, lo riconosciamo, esistono, non siamo convinti però che vengano approntati in modo giusto attraverso l'atteggiamento che si conta di assumere su questo disegno di legge. A nostro avviso, quindi, questo disegno di legge va sostenuto, va portato avanti, l'abbiamo portato qui con la convinzione di far compiere un passo in avanti in termini di credibilità all'autonomia del Trentino-Alto Adige, soprattutto far compiere a questa un passo in avanti agli occhi della popolazione dei lavoratori delle due Province, in particolare della Provincia di Bolzano. Quindi noi siamo perchè questo disegno di legge venga valutato con la dovuta attenzione, siamo convinti appunto che vada affrontato per il terreno che rappresenta di confronto politico che esso offre in realtà, anche perchè, — io mi rivolgo in particolare alla D.C. e al P.S.D.I., che sono in Giunta, che hanno già espresso la loro posizione negativa a questo disegno di legge, che subiscono ancora una volta il ricatto della S.V.P., — io vorrei domandare a questi partiti: ma domani, ammettendo che nel Trentino-Alto Adige ci fosse anche una rapida modificazione dei rapporti di fondo, tali al punto per cui il Partito Comunista diventa elemento determinante in questa realtà, e si deve fare i conti anche in termini di governo, e la S.V.P. pone il suo eterno ricatto, l'ha già fatto, il P.S.D.I. e la D.C. che cosa contano di fare? Conteranno ancora una volta di subire questo ricatto e dire: no, non possiamo aderire a questa logica, perchè la S.V.P. non vuole? Ma io credo

che all'interno di quest'ottica potremmo arrivare a determinare situazioni tali che sono insostenibili, incompatibili con il gioco della democrazia. Ce l'avete spiegato per tanti anni, siamo stati duri a capirlo, quella volta che siamo riusciti a capirlo adesso non vi va più bene. Veramente diventa incomprensibile questo gioco.

Ecco perchè parliamo di ricatto, ecco perchè parliamo di atteggiamenti privi di giustificazione, ecco perchè parliamo di spartizione di potere, e allora, se così stanno le cose, è giusto che si vada al confronto. Se la Giunta regionale crede di poter continuare in questo equivoco, allora la metteremo alla prova, e vedremo appunto quale e quanto questa Giunta sarà salda, però è chiaro che di fronte alle popolazioni del Trentino e dell'Alto Adige credo sarà un po' difficile spiegare i motivi per i quali non avete voluto approvare questi principi.

Grazie, signor Presidente, forse sono stato un po' troppo lungo per il tipo di argomentazioni che dovevo svolgere, ma ritenevo appunto di dover intervenire per segnare questo fatto. Non è giusto che i problemi dei rapporti etnici della pace e la convivenza etnica fra i gruppi di lingua tedesca e italiana debbano essere delegati e affrontati soltanto in Provincia di Bolzano. Credo che se le prospettive per un'evoluzione positiva della situazione sudtirolese hanno bisogno di una maggior attenzione, di una maggiore compenetrazione da parte della società regionale, era giusto anche che, per lo meno nel caso nostro, anche un consigliere della Provincia di Trento prendesse la parola appunto nel tentativo di sostenere e di giustificare questo disegno di legge.

PRESIDENTE: Do subito la parola al cons. Valentin. Pregherei tuttavia, consentitemi, di richiamarvi alla opportunità di non eccedere nel brusio in queste cose. Prego di tener conto fra l'altro che abbiamo dei graditi giovani ospiti, ai quali, tutto sommato, potrebbe essere utile avere un'immagine, perchè è educazione politica anche questa e civica, un'immagine, non solo di serietà come di fatto c'è, ma anche di contegno.

La parola al cons. Valentin.

VALENTIN (Segretario questore - S.V.P.):
(Spricht zuerst ladinisch)

Verzeihen Sie, wenn ich auf ladinisch gesprochen habe, aber ich wollte dadurch die Tatsache unterstreichen, daß wahre Autonomie eigentlich darin bestehen müßte, daß man mich in diesem Saal auch in meiner Muttersprache verstehen sollte, denn wenn es für das ladinische Volk billig und recht ist, daß es beide anderen Sprachen, das Deutsche und das Italienische, versteht, dann müßte man es auch theoretisch von den anderen zwei verlangen, daß sie uns verstehen. Selbstverständlich würden Sie mir dann den Einwand machen, daß der Übersetzungsdienst so erfolgen sollte oder, wenn das nicht der Fall ist, wie ich eben der Meinung bin, daß man von vornherein die drei Sprachen beherrschen sollte, daß die Schulen dementsprechend eingerichtet würden. Ich würde sagen: Jawohl, versetzen wir die Schulen in die Lage, daß diese dritte Sprache auch gelehrt und erlernt werden kann.

LANGER (N.L.-N.S.): Machen Sie dazu einen Gesetzentwurf im Landtag von Bozen!

PRESIDENTE: Consigliere Langer, per cortesia, Consigliere Langer!

(Unterbrechung)

VALENTIN (Segretario questore - S.V.P.): Ich wollte zur Gesetzesvorlage einige ganz kurze Worte sagen, aber ich darf dem Kollegen Langer durchaus auch das eine sagen, daß ich es als billig und recht finden würde, wenn er eben genauso wie ich drei Sprachen beherrschen würde. Wenn ich mich irgendwie in der Welt bewegen will, muß ich drei beherrschen.

Zum Gesetz selbst habe ich vorhin in ladinisch gesagt, daß ich mich nicht dafür aussprechen kann, auch wenn verschiedene Leute es sich erwarten könnten und ich kann mich deswegen nicht dafür aussprechen, weil es für die Ladiner nicht die Lösung ist oder die Lösung bedeuten würde, die die Ladiner brauchen. Danke!

(Inizia l'intervento in lingua ladina)

(Chiedo scusa, se mi sono permesso di parlare in ladino, ma intendevo sottolineare il dato di fatto che la vera autonomia dovrebbe consistere per dire il vero nella possibilità di essere compreso in quest'aula nella mia madrelingua, poichè essendo per la popolazione ladina giusto ed equo di conoscere le altre due lingue, il tedesco e l'italiano, in teoria si dovrebbe poter pretendere che anche questi due gruppi linguistici siano in grado di comprendere noi. Naturalmente Loro obietterebbero, che il servizio traduzioni dovrebbe essere tale, cioè trilingue, o caso contrario, come ritengo, le tre

lingue andrebbero imparate sin dall'inizio, vale a dire strutturando le scuole in modo consono allo scopo. Intendo dire che le scuole andrebbero poste nella condizione di insegnare ed apprendere la terza lingua.

LANGER (N.L.-N.S.): Presenti un disegno di legge in Consiglio provinciale di Bolzano.

PRESIDENTE: Consigliere Langer, per cortesia, Consigliere Langer!

(Interruzione)

VALENTIN (Segretario questore - S.V.P.): Desideravo intervenire brevemente in merito al progetto di legge, ma mi si permetta di dire senz'altro al collega Langer di ritenere giusto ed equo, se egli padroneggiasse tre lingue. Se io desidero muovermi in qualche maniera nel mio ambito, devo conoscere tre lingue.

In merito alla legge avevo affermato prima in lingua ladina di non potermi esprimere a favore, sebbene qualche Consigliere potrebbe attendersi da me parole positive, ma non posso assumere una posizione favorevole, in quanto la proposta non rappresenta, o meglio non significa la soluzione, di cui i ladini hanno bisogno. Grazie!)

PRESIDENTE: Ha la parola il cons. Magnago.

MAGNAGO (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Herren Kollegen! Ich werde mich auch kurz halten. Über diesen Gesetzentwurf, den die Kommunistische Partei eingereicht hat, ist ja schon tagelang gesprochen worden. Es ist mehr oder weniger alles schon

gesagt worden, und es wäre wirklich langweilig, jetzt noch Argumente wieder aufzuwärmen, die vor mir von den ehrenwerten Kollegen bereits vorgebracht wurden, sei es für die Annahme des Gesetzentwurfes, sei es gegen die Annahme des Gesetzentwurfes. Ich möchte also mir keine Wiederholungen erlauben und nur folgendes sagen: Sicher ist es nicht statutenwidrig, und es läßt sich mit dem Autonomiestatut sicherlich in jeder Hinsicht vereinbaren, das System des ethnischen Proporz bei den Aufnahmen des Personals in den Gemeinden Südtirols, abzuändern, daß man sich auf die Ergebnisse der jeweiligen Volkszählung in der jeweiligen Gemeinde bezieht, und nicht auf die ethnische Zusammensetzung der Gemeinderäte, wie es heute der Fall ist. Weder das derzeit gepflogene System, noch das hier neu vorgeschlagene ist verfassungswidrig. Es gibt also rein formell keine juristischen Schwierigkeiten, letzteres einzuführen. Das Problem ist sicher aber ein politisches. Man möge doch bedenken, daß der Staat wohl seit zweieinhalb Jahren bei den Staatstellen einen ethnischen Proporz eingeführt hat, der sich auf die jeweilige Volkszählung bezieht, daß wir aber schon vor 20 Jahren einen ethnischen Proporz in Südtirol eingeführt haben (wenn auch nicht mit Bezug auf die Volkszählung, sondern auf die Zusammensetzung des Landtages und auch der Gemeinderäte); zu einer Zeit also, in der sich der Staat noch nicht rührte, obwohl er dazu verpflichtet gewesen wäre, da ja das Pariser Abkommen den ethnischen Proporz vorsieht. Der Staat hat also diese Verpflichtung mit 30 Jahren Verspätung wahrgenommen, während wir, immer unseren guten Willen gezeigt, haben, indem wir ein gewisses Proporzsystem eingeführt haben, das vielleicht nicht das

perfekteste ist — aber darüber möchte ich jetzt nicht diskutieren. Ich glaube, daß man gerade aus dieser Überlegung heraus auch unseren Standpunkt respektieren muß, der kurz gesagt folgender ist: solange für uns lebenswichtige Entscheidungen in Rom noch nicht gefallen sind, wie zum Beispiel die Verabschiedung der Durchführungsbestimmungen über die wirkliche Gleichstellung der deutschen Sprache mit der italienischen Sprache in Südtirol, gibt es Diskriminierungen. Bleiben wir beim erwähnten Beispiel, heute kann der Italiener in Südtirol überall seine Muttersprache gebrauchen (bei der Polizei, bei Gericht, in allen Staatsämtern und Krankenhäusern, bei den Gemeinden, bei der Landesverwaltung und so weiter), während ein Südtiroler dies nur in ganz beschränktem Ausmaße tun kann. Ich bin überzeugt, daß wir in einem gewissen Moment das Recht haben zu sagen — und wenn man ein bißchen politisches Verständnis und Gefühl hätte, dann müßte man das auch verstehen —, daß die im gegenständlichen Gesetzentwurf aufgeworfenen Probleme (neues Proporzsystem) gleichzeitig mit anderen eminent wichtigen Fragen einer Lösung zugeführt werden müssen, wie es der gleichberechtigte Gebrauch der deutschen Sprache mit der italienischen Sprache in allen öffentlichen Ämtern Südtirols z.B. darstellt. Die Koppelung dieser Probleme, die Forderung einer gleichzeitigen Lösung derselben hat mit einem s.g. "ricatto" wirklich nichts zu tun, das müßte doch jedem einleuchten. Wir sind ja bereit, der Forderung nach Abänderung des Proporzsystems bei den Gemeinden und Landesstellen nachzukommen, aber wir verlangen, daß man auch unsere Rechte einmal respektiert und sich der Meinung, daß das eine und das andere gekoppelt

werden muß, das heißt gleichzeitig gelöst werden muß. Es kann nicht genug unterstrichen werden, daß wir von keiner gesetzlichen Bestimmung verpflichtet werden, der verlangten Abänderung des Proporzsystems Rechnung zu tragen. Wohl aber haben wir das verbrieftete Recht, möchte ich festgestellt haben, auf den gleichberechtigten Gebrauch unserer Muttersprache — dies leider auch heute immer noch nur auf dem Papier und nicht de facto. Die andere Sache (nämlich die Festlegung des Proporz bei den Gemeindestellen aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung) ist nicht gesetzlich verankert, stellt also kein Recht dar, sondern sie kann eine politische Opportunität sein. Als Recht und als Pflicht legt das Autonomiestatut dieses System nur für die Staatsstellen fest: somit sind die anderen öffentlichen Stellen von dieser Regelung ausgenommen. Wir wollen also unser Recht auf den gleichberechtigten Gebrauch unserer Muttersprache gewährt wissen, dann sind wir selbstverständlich einverstanden, die Forderung nach Abänderung des Proporzsystems in Betracht zu ziehen. Man kann von uns aber nicht immer nur Vorschußleistungen verlangen: wir warten, bis endlich in Rom die fehlenden Durchführungsbestimmungen verabschiedet werden (ich habe oben nur ein Beispiel angeführt, nämlich jenes über den gleichberechtigten Gebrauch der deutschen Sprache). Über diese Tatsache muß man sich endlich einmal klar sein, wenn man in Südtirol das politische Klima nicht stören will. Lippenbekenntnisse nützen gar nichts; die Lippenbekenntnisse, wie wir sie da hören, und besonders auch in Bozen im Landtag, die helfen mir gar nichts, wenn man über unsere großen Probleme hinweggeht. Lippenbekenntnisse von besserer Zusammenarbeit sind unglaublich

würdig, wenn man keine Taten setzt für die Erreichung dieser besseren Zusammenarbeit; wenn man z.B. darüber schweigt, daß die Südtiroler immer noch nicht gleichberechtigt ihre Muttersprache gebrauchen können, wenn man diese große Diskriminierung übersieht. Ich glaube, somit ist doch das, was wir hier verlangen, zumindest politisch verständlich. Wenn dann mit großer Leichtfertigkeit, wie ich das letzte Mal hier gehört habe, gesagt wird: "Ja, Krise im Regionalausschuß, das ist ja eine Sache der drei Parteien, die da oben sind; was geht denn uns diese Krise des Regionalausschusses an; das ist eine Angelegenheit, die die D.C. und die S.V.P. und den P.S.D.I. betrifft", so muß ich sagen: entweder zeigt man hier wenig politische Verantwortung, oder man tut so, als ob man nicht verstünde, daß es da ja nicht nur um eine Krise unter drei Parteien geht, um eine Krise des Regionalausschusses, sondern daß die Krise Rückschläge haben wird auf die öffentliche Meinung, auf das politische Klima in Südtirol, wo stets alle von besserer Befriedigung sprechen, aber viele nichts dafür tun. Und wenn wir schon sagen, daß die öffentliche Meinung heute so sehr sensibilisiert, so empfindlich ist, und wir sehen, daß plötzlich diejenigen, die nicht zur Sprachminderheit gehören, die italienische Volksgruppe nämlich, auf einmal in eine Psychose geraten, nicht wahr, die zum großen Teil künstlich erzeugt worden ist mit dem Ruf: "Jetzt sind wir die zu schützende Volksgruppe, jetzt sind wir die gefährdete Volksgruppe", wenn man angesichts all dieser Umstände sagt: "diese Krise interessiert ja nur drei Parteien", dann finde ich das verantwortungslos. Nein, nein, diese Krise interessiert das ganze politische Bild morgen in Südtirol, und wenn man eine Verantwortung

tragen will für das gesamtpolitische Klima in Südtirol, dann muß man gegen diese Krise sein und nicht nur sagen, das ist eine Angelegenheit, die die drei Parteien angeht. Diese Angelegenheit interessiert vielleicht unmittelbar die drei Parteien, aber mittelbar wird eine solche Krise natürlich auf die Bevölkerung, auf die Zusammenarbeit, auf das Klima sicher nur schlechte Auswirkungen haben. Man kann also das nicht nur so ignorieren; man kann nicht auf der einen Seite immer von besserer Zusammenarbeit reden und mit schönen Worten über "convivenza" und so weiter sprechen, und auf der anderen Seite nicht die Gefahren sehen, die eine vorzeitige — ich sage vorzeitige — Annahme des neuen Kriteriums bei der Proporzbestimmung mit sich bringen würde, das der kommunistische Gesetzentwurf hier haben will. Das muß man sich vor Augen halten. Ich bin nicht der Amtsverteidiger der Democrazia Cristiana hier. Im Gegenteil! Ich muß Ihnen hingegen sagen, daß wir mit der Democrazia Cristiana sehr oft streiten, auch in wichtigen und nicht nur kleinen Dingen, und daß wir bei Gott nicht immer der gleichen Meinung sind. Aber in diesem Fall muß ich schon sagen: In dieser Situation braucht es mehr Verantwortungssinn, und ich glaube, daß diejenigen, die gegen dieses Gesetz stimmen, mehr Verantwortung tragen und verantwortungsvoller handeln als jene, die für dieses Gesetz stimmen, wenn man weiß, welche Folgen sich da herauskristallisieren können. Ich glaube, es braucht also mehr Verantwortungssinn, mehr Bereitschaft, die Last der Verantwortung zu tragen, wenn man gegen dieses Gesetz stimmt, denn es ist viel billiger und viel bequemer, für dieses Gesetz zu stimmen. Dr. Lunger hat der D.C. gesagt: Ihr müßt mehr Rückgrat haben; ihr

dürft da nicht nachgeben! Ich aber sage, es braucht viel mehr Rückgrat für die D.C., gegen dieses Gesetz zu stimmen, als es Rückgrat brauchte, für dieses Gesetz zu stimmen. Da ist gar kein Zweifel, wenn man weiß, daß die Haltung, die die D.C. hier einnehmen wird, absolut nicht populär ist und nicht ausgerichtet ist auf die nächsten Wahlen, wie eure Haltung auf die nächsten Wahlen zum großen Teil ausgerichtet ist. Das möchte ich auch hier gesagt haben. Ich bin kein Amtsverteidiger der D.C. — im Gegenteil —, ich behalte meine verschiedene Meinung, die gegenüber der D.C. in verschiedenen Problemen sehr klar und offen ist. Aber wenn ich einen Dr. Lunger höre, der sagt: "Ihr müßt mehr Rückgrat haben, ihr, D.C., da muß ich allerdings sagen,, hat Herr Dr. Lunger wahrscheinlich mit dem Rückgrat hier spekuliert, damit es zur Krise kommt und er sich schon als Regionalassessor sitzen sieht, als zukünftiger Assessor in der Regionalregierung, denn wenn es zur Krise kommt, dann hat er ja Chancen in die Regionalregierung hineinzukommen. Hand aufs Herz: Dr. Lunger, haben Sie nicht auch ein bißchen an das gedacht, möchte ich Sie fragen?

Und ich bin ja schon am Ende — ich rede ja hier selten —

(Unterbrechung)

MAGNAGO (S.V.P.): Auch Erschbaumer hat Chancen, aber er hat nicht die D.C. aufgefordert, mehr Rückgrat zu haben: das hat Dr. Lunger gemacht, nicht wahr, und somit kann ich jetzt nur einmal Lunger diesbezüglich zitieren.

Ja, und jetzt zum Schluß nur noch etwas und das möchte ich in aller Klarheit gesagt haben: Hier und auch bei anderen Gelegenheiten haben

wir viele Lippenbekenntnisse gehört, auch von besserer Zusammenarbeit. Ich schicke voraus, daß ich mich jetzt nicht an die Kommunistische Partei wende, die heute wieder durch einen Redner ganz klipp und klar erklärt hat, daß sie gar nicht daran denken, etwas am Autonomiestatut zu ändern, und ich setze voraus, daß sie konsequent diese Haltung beibehält und im praktischen und politischen Leben zu diesen Erklärungen steht. Ich möchte mich hier an jene unglaublichen Personen wenden, die immer nur von besserer Zusammenarbeit sprechen, in Wirklichkeit aber darauf hinarbeiten, letzten Endes eine Verwässerung unserer Autonomie zu erreichen, eine Verwässerung in dem Sinne, daß der Schutz, den heute die Sprachminderheiten in Südtirol haben, verwässert wird. Diese Leute sind für mich nicht glaubwürdig, und diese Leute werden wir, wenn es so weit ist und wenn einmal über gewisse Ereignisse die Auseinandersetzungen kommen werden, dann auch politisch an den Pranger stellen und vor ihre Verantwortung stellen. Nur immer von besserer Zusammenarbeit reden, in Wirklichkeit aber versuchen, das Autonomiestatut zu verwässern, indem man die Schutzklauseln für die ladinische und für die deutsche Sprachminderheit verwässern will, das ist ein glatter Widerspruch; da ist es dann nur mehr Demagogie, von besserer Zusammenarbeit zu reden. Sie wissen ganz genau, wie schwer sich die Südtiroler Volkspartei im Jahre 1969 getan hat, dem Paket ihre Zustimmung zu geben. Ich möchte bestimmten Demagogen heute schon ganz klar sagen: Sollte das Autonomiestatut verwässert werden, dann muß aber auch zur Kenntnis genommen werden, daß dann die Zustimmung der Südtiroler Volkspartei zum Paket nicht mehr da ist. Das muß sehr klar

gesagt werden. Somit kann sich jeder einstellen, wie er will: wer den Krieg will, soll nicht mehr vom Frieden reden, sondern offen reden. Es ist doch selbstverständlich, daß eine Verwässerung des Paketes, des Autonomiestatutes die Zustimmung der Südtiroler Volkspartei zum Paket wegnehmen würde. Das habe ich nicht heute erfunden, sondern das habe ich damals in der Novembernacht um 3 Uhr in der Früh — ich möchte es jetzt sagen — in Meran nach dem Landeskongreß 1969 ((wo mit 52,9% unser Landeskongreß für das Paket gestimmt hat und Sie wissen ganz genau, daß ich mich mit der ganzen Energie für die Annahme des Pakets geschlagen habe, sonst wären 52,9 Jastimmen nicht erreicht worden):

“Wenn von diesem Paket nur ein Beistrich genommen wird, dann ist diese Zustimmung, die wir heute nacht gegeben haben, nicht mehr da.“. Ich wiederhole nochmals, und sage: es ganz deutlich, diese Erklärung habe ich nicht heute erfunden.

(Illustrissimo Signor Presidente! Illustrissimi colleghi! Sarò molto breve. Questo progetto di legge, presentato dal P.C.I., è già stato discusso per giorni interi, per cui quello che vi era da dire in merito è stato detto e sarebbe veramente noioso, se ripetessi argomenti esposti ampiamente dagli illustri colleghi, sia a favore, sia contro il provvedimento. Non desidero perdermi in ripetizioni ed esporre quanto segue: la modifica del sistema della proporzionale etnica per le assunzioni del personale nei Comuni dell'Alto Adige, nel senso di basarsi sulle risultanze del censimento del rispettivo Comune, anzichè sulla composizione dei Consigli comunali, come viene praticato tuttora, non cozza

certamente contro lo Statuto, anzi si lascia senz'altro conciliare in ogni senso con le norme relative. Nè il sistema attuale, nè quello proposto sono incostituzionali. Sotto il profilo puramente formale non sorgono difficoltà alcune per adottare quest'ultimo. Il problema è certamente politico. Si consideri che lo Stato ha introdotto da due anni e mezzo una proporzionale negli uffici di sua competenza, basandosi sulle risultanze del censimento rispettivo, mentre noi già da 20 anni praticiamo in Alto Adige una proporzionale, anche se non secondo i risultati del censimento generale, ma riferita alla composizione del Consiglio provinciale ed ai Consigli comunali. Siamo stati quindi attivi in un momento, in cui lo Stato è rimasto inoperoso, sebbene fosse stato suo obbligo provvedervi, in quanto l'accordo di Parigi prevede la proporzionale etnica. Lo Stato ha preso coscienza di questo suo dovere 30 anni in ritardo, mentre noi abbiamo dimostrato la nostra buona volontà, adottando, ripeto, un determinato sistema di proporzionale, che non sarà forse il più perfetto, ma di tanto non vorrei ora discutere. Credo che partendo proprio da questa considerazione si debba rispettare il nostro punto di vista, che può essere brevemente così riassunto: finchè in sede romana non si saranno prese decisioni di vitale importanza per noi, come ad esempio l'approvazione delle norme di attuazione sulla effettiva parificazione delle lingue, vi saranno delle discriminazioni. Non discostiamoci dall'esempio testè menzionato: oggi, il cittadino di lingua italiana che vive in Alto Adige, può usare la sua madre-lingua davanti agli organi di polizia e giudiziari, nella amministrazione provinciale, in tutti gli uffici statali e comunali ecc., mentre per il sudtirolese il campo è molto più ristretto.

Sono persuaso che ad un certo momento abbiamo il diritto di affermare — se si ponesse in luce un po' di comprensione e senso politico, ciò potrebbe essere compreso — che i problemi sollevati con il presente progetto di legge (nuovo sistema di proporzionale), vanno avviati a soluzione contemporaneamente ad altri problemi importanti, quale è la parificazione nell'uso delle lingue in tutti gli uffici pubblici dell'Alto Adige. Il collegamento di questi problemi, la richiesta di una soluzione contemporanea non ha veramente nulla a che fare con un cosiddetto ricatto, la qual cosa dovrebbe essere chiara a tutti. Siamo disponibili ad accettare la richiesta di modificare il sistema proporzionale, ma pretendiamo che si rispettino i nostri diritti e siamo dell'opinione che l'uno va agganciato all'altro, vale a dire che la soluzione va avviata a pari passo. Non si sottolineerà mai abbastanza, che nessuna norma di legge ci obbliga a tener conto della richiesta modifica al sistema proporzionale. Abbiamo però il diritto garantito, tanto desidero averlo detto chiaramente, all'uso parificato della nostra madrelingua, che purtroppo ancor oggi è teorico, in quanto non ancora praticato. L'altra questione invece (il calcolo della proporzionale negli uffici comunali basato sui risultati del censimento) non è ancorata ad una legge, ma può essere un'opportunità politica. Lo Statuto di autonomia prevede come diritto e dovere questo sistema soltanto per l'impiego statale, mentre tutti gli altri uffici pubblici ne sono esclusi. Vogliamo sapere garantito il nostro diritto circa l'uso parificato della nostra madrelingua, prima di prendere in considerazione la richiesta di modificare il sistema proporzionale. Non si può infatti pretendere da noi continuamente pre-

stazioni anticipate, per cui attendiamo che Roma approvi le norme di attuazione tuttora mancanti (sopra ho indicato soltanto un esempio, che riguarda la parificazione della lingua). Questo dato di fatto deve essere ben chiaro, se non si vuole introdurre un elemento di disturbo nel clima politico dell'Alto Adige. Professioni puramente formali non servono, soprattutto quelle udite oggi ed in seno al Consiglio provinciale di Bolzano in particolare, se si sorvolano i nostri problemi di rilevanza essenziale. Professioni formali di migliore collaborazione non sono degne di fede, se non si pongono fatti per il raggiungimento della propalata collaborazione, ignorando ad esempio, che i sudtirolesi non possono fare uso tuttora della propria lingua in modo parificato, vale a dire questa grande discriminazione. Credo che le nostre pretese siano comprensibili almeno sotto il profilo politico. Le parole udite la scorsa volta circa la crisi della Giunta regionale sono state pronunciate, a mio avviso, con superficialità. Detta crisi sarebbe considerata una questione dei tre partiti di coalizione, vale a dire dello S.V.P., della D.C. e del P.S.D.I. A tal proposito devo affermare che si vuole porre in luce scarsa responsabilità politica, oppure si vuole fingere di non comprendere che non si tratta di una crisi di tre partiti, della Giunta regionale e che le ripercussioni relative si ripercuoteranno sull'opinione pubblica, sul clima politico dell'Alto Adige, dove tutti parlano di migliore soddisfazione, intraprendendo nulla a tal proposito. Siccome si è dell'avviso che l'opinione pubblica oggi è molto sensibile e constatiamo improvvisamente che il gruppo linguistico italiano, pur non facendo parte della minoranza, è caduto nella psicosi, in gran parte creata artificio-

samente, al grido: "ora siamo noi il gruppo da tutelare, ora siamo noi il gruppo leso nei propri diritti"; l'affermazione che la crisi interesserebbe soltanto i tre partiti è irresponsabile. No Signori, la crisi interesserebbe domani l'intero quadro politico sudtirolese e quindi volendosi assumere la responsabilità per il clima politico altoatesino nel suo insieme, si può essere soltanto contro questa crisi e non si può semplicemente affermare che tale questione riguarda unicamente i tre partiti. Può essere che riguarda immediatamente i tre partiti, ma più avanti si ripercuoterebbe negativamente sulla popolazione, la collaborazione e sul clima politico. Simile dato di fatto non può essere ignorato, non è possibile affermare la collaborazione, la convivenza ecc., ignorando i pericoli, a cui si va incontro, pretendendo l'accettazione anticipata, dico anticipata, del nuovo criterio della proporzionale, come richiesto con il presente progetto di legge comunista. E' questa una circostanza che va tenuta presente. Non sono il difensore d'ufficio della D.C., anzi, devo dire che spesso ci confrontiamo con la D.C. in questioni importanti ed anche minori e non siamo pertanto sempre dello stesso avviso. Nel caso specifico devo dire che nell'attuale situazione si necessita di maggior senso di responsabilità e credo che coloro, i quali voteranno contro questa legge, pongono in luce maggiore responsabilità ed agiscono più responsabilmente di quanti voteranno a favore, dato che le possibili conseguenze sono note. Ritengo pertanto che negando il proprio consenso al presente progetto di legge si è più disponibili ad assumersi l'onere della responsabilità, essendo in questo momento più comodo votare a favore. Il Dr. Lunger ha rimproverato alla D.C. di non possedere nerbo,

esortandola a non cedere, mentre io affermo che la D.C. dimostra di avere più nerbo respingendo la legge, di quanto ne porrebbe in luce con il voto favorevole. Non vi è dubbio, se si considera che l'atteggiamento, che la D.C. assumerà, non è certamente popolare e non è rivolto alle prossime elezioni, mentre il vostro atteggiamento è proteso in gran parte verso la prossima scadenza elettorale, la qual cosa vorrei averla posta chiaramente in evidenza. Non sono, ripeto, il difensore d'ufficio della D.C., anzi, mantengo la mia opinione nei confronti della D.C., che nei vari problemi è molto chiara e palese. Ma sentendo il Dr. Lunger affermare che il partito menzionato dovrebbe dimostrare maggior nerbo, devo dire che il Dr. Lunger ha forse speculato proprio con il nerbo, egli desidera evidentemente la crisi, forse si vede già sedere nella poltrona della Giunta regionale, avendo egli, in caso di crisi, la possibilità di entrare a far parte della Giunta. Dr. Lunger, mano sul cuore, non ha fatto forse un piccolo pensiero?

Sono già alla fine — parlo raramente in questa sede —

(Interruzione)

MAGNAGO (S.V.P.): ... anche Erschbaumer ha la possibilità, ma egli non ha invitato la D.C. a porre in evidenza maggior nerbo; tanto va attribuito al Dr. Lunger e pertanto posso citare soltanto lui a tal proposito.

Ancora un'ultima cosa, che desidero dire con tutta franchezza: in questa ed altre occasioni ho udito molte professioni formali, anche di migliore collaborazione. Premetto, che non mi rivolgo ora al partito comunista, che tramite un

suo oratore ha fatto chiaramente presente di non intendere minimamente di modificare lo Statuto di autonomia e premetto che mantenga questo suo atteggiamento nella vita pratica e politica. Desidero rivolgermi invece a quelle persone non degne di credibilità, che parlano sì di migliore collaborazione ma che in effetti tendono ad annacquare la nostra autonomia, nel senso di ridurre la misura acquisita della tutela delle minoranze altoatesine. Queste persone non sono per me credibili e quando verrà il momento di confrontarci con loro su determinati avvenimenti le metteremo alla berlina, naturalmente sotto il profilo politico, ponendole davanti alla loro responsabilità. Parlare da una parte di migliore collaborazione, mentre dall'altra si cerca in realtà di annacquare l'autonomia, le clausole di tutela a favore dei gruppi tedesco e ladino, è un contrasto palese; questa è soltanto demagogia. Loro sanno quanto lo S.V.P. ha faticato ad approvare nel 1969 il pacchetto e pertanto desidero dire chiaramente a certi demagoghi che il consenso al pacchetto verrebbe a mancare da parte dello S.V.P., qualora l'istituto autonomia dovesse subire un indebolimento. Sia ben chiaro, per cui ognuno può assumere l'atteggiamento che desidera: chi vuole la guerra, non parli di pace, ma si esprima a chiare lettere. E' naturale che una limitazione dell'autonomia, del pacchetto porterebbe al ritiro del nostro consenso e questa affermazione non è di oggi, ma risale alla famosa notte di novembre e precisamente alle ore 3, alla conclusione del nostro congresso provinciale del 1969 a Merano (in quell'occasione il 52,9 per cento del congresso ha approvato il pacchetto e come Loro Signori sanno, mi sono battuto con tutta la mia energia per l'approvazione, altri-

menti non si sarebbe raggiunta la maggioranza del 52,9).

In quell'occasione ho affermato testualmente: "Se da questo pacchetto venisse tolta una sola virgola, il nostro consenso, espresso in questa notte, verrebbe a cadere." Concludendo desidero ripetere, che questa affermazione non è di oggi.)

PRESIDENTE: Ha la parola il cons. Ferretti.

FERRETTI (D.C.): Credo che ai partiti si chieda, oltre che a una linea politica che il mio partito su questo argomento ha ripetutamente esposto, anche la sensibilità politica per recepire i tempi nei quali le sue iniziative, le sue proposte possono avere realizzazione, senza per questo che si debba rinunciare a principi e a proposizioni che noi riteniamo fondamentali. Già il collega Pasquali, nel precedente intervento che faceva a nome di tutto il partito, ha specificato esattamente e la posizione di fondo e le convinzioni che ci portano a non votare quest'oggi la proposta di legge del Partito Comunista, ricordando che senso di responsabilità vuole che per ottenere un risultato, che pure ci sta a cuore e su cui ci siamo battuti non da oggi, nè dal 1978, come qualcuno fa, ma da sempre, da quando questo problema è all'attenzione dell'opinione pubblica, ebbene per ottenere questo risultato noi non rinunciamo, non vogliamo deteriorare un quadro che potrebbe, in modo certo non auspicabile, coinvolgere tutta la situazione locale, non solo quella provinciale che già non è delle migliori, che già è deteriorata rispetto al passato e rispetto ai nostri auspici, ma anche la situazione regionale e quindi quella delle due Province. Io credo che sia senso di responsabilità e chiarezza

politica avere il coraggio e la fermezza di affermare queste cose, di affermare queste cose mentre ribadiamo con coerenza i nostri principi e le nostre convinzioni, mentre diciamo che ci adoperiamo in questa come in altra sede per portare avanti tutti i problemi che riguardano una migliore convivenza delle popolazioni a livello provinciale, come a livello regionale.

Non siamo di quelli che per convenienza politica e strumentalmente oggi votano cose in cui non credono, noi oggi non votiamo perchè riteniamo che il beneficio che può derivare da questo voto nel tempo possa essere superiore ai danni che il voto favorevole potrebbe produrre. Non sappiamo quali riserve mentali abbiano animato il Partito Comunista e specialmente quello di Nuova Sinistra, che sempre di più quando parla non si capisce dove vuole andare a parare, non si capisce quale filo logico lo guidi, o meglio si capisce che ha un unico filo logico, quello cioè di distruggere un clima di convivenza, quello di demolire gli strumenti stessi che vengono offerti dallo statuto, lo statuto stesso e la logica su cui questo patto costituzionale, derivante da un accordo internazionale, è costruito. Perchè oggi Nuova Sinistra vota a favore di qualcosa in cui non crede? Ma perchè evidentemente spera, poichè gli organi elettivi hanno una loro non solo capacità di rappresentanza costituzionale, ma una loro stabilità anche di distribuzione linguistica, perchè spera che dal censimento del 1981 nasca tanta confusione artatamente provocata da lui stesso, che possa far sì che questo criterio venga messo in essere, venga messo in dubbio, non rimanga più in essere. Ecco uno degli obiettivi che si può porre la Nuova Sinistra, trasferire il riferimento su un terreno in cui la suggestione, l'emotività

abilmente suscitata può avere influenza, al fine di cominciare a scardinare uno degli anelli che mantengono in piedi non solo lo statuto di derivazione costituzionale, ma un accordo internazionale, attraverso il quale sono derivate altre decisioni per il paese, che riguardano questa nostra terra. Trascuro, perchè già è stato ricordato da altri, gli elementi di carattere strumentale che possono indurre con pervicacia, pur conoscendo la situazione politica locale e regionale, il Partito Comunista e la Nuova Sinistra a proporre questa legge, argomenti di carattere elettorale. Questi sono i due partiti, l'uno a proporla questa legge e l'altro a sostenerla a spada tratta pur essendone per principio contrario. Ci tengo a ribadirlo e richiamo l'attenzione del collega Boato perchè stavolta così lo sente in un'occasione pubblica ufficiale quello che io penso e non perchè riferito da una piazza, da qualcuno che mal ascoltava, dicevo, ritengo sia legittimo il rispetto della libertà di ognuno, che ciascun partito si rivolga a qualsiasi elettore, a qualsiasi gruppo linguistico appartenga. Questo io ritengo. Ritengo anche però, che, fin tanto che vige un sistema per cui la rappresentanza è poi di derivazione linguistica, si possa e si debba con altrettanta libertà dire agli elettori che si identificano nella storia, nella vita, nella cultura, nella lingua di un gruppo piuttosto che dell'altro, che se votano per rappresentanti dell'altro gruppo hanno una diminuzione di rappresentanza. E anche questa è una realtà per il momento incontrovertibile. Questa è la mia opinione, caro Boato, non è esattamente quello che tu.....

BOATO (N.S.-N.L.): *(Interrompe)*

FERRETTI (D.C.): Comunque non polemico,

non polemico quindi puoi continuare a gridare finchè vuoi. Noi sappiamo che in questa situazione, proprio perchè voi avete questa linea politica, avete la necessità di gridare, di far manifestare una vostra presenza, di cercare, infischiandoneve di una situazione politica generale regionale e provinciale, di cercare di affermare una vostra linea che giustifichi di fronte agli elettori questa pendolarità del vostro comportamento, questo atteggiamento che si offre in modo indiscriminato a tutte le popolazioni. Noi sappiamo benissimo che tutti i partiti nella loro proposta politica mettono a disposizione un contributo ideologico che è rivolto a tutte le popolazioni; noi sappiamo benissimo che abbiamo una tradizione, abbiamo delle convinzioni, abbiamo un comportamento che si riferisce all'internazionale dei partiti democratici cristiani, ma tiene soprattutto conto della situazione italiana e nella situazione italiana si impernia e nella situazione italiana vive. Chi ci accusa con semplicioneria inserendosi quadratamente tra le teste tonde e le teste a punta, chi ci accusa con semplicioneria di voler portare avanti il partito di raccolta di lingua italiana, costui non sa quel che dice, costui sembra paracadutato improvvisamente all'interno di questo consesso regionale, costui non sa che la Democrazia Cristiana in Alto Adige nel dopoguerra si è sempre presentata con il suo simbolo anche quando, sollecitata da altre forze, le poteva contingentemente convenire presentarsi con simboli di altro genere; costui non sa che i D.C. non si sono mai mimetizzati sotto la rosa, o il garofano radicale, per farsi eleggere, ma sono sempre andati dietro lo scudo crociato e hanno mantenuto con coerenza, all'interno degli organi, la loro posizione, orgogliosi di essere

sempre e comunque democratici cristiani. Quindi non accettiamo da costoro insinuazioni e lezioni di nessun genere, caro Langer e caro Boato, noi siamo quelli che eravamo il 17 novembre e il 19 novembre non ci siamo scoperti diversi. Noi riteniamo non solo offensivo, ma di una leggerezza imperdonabile questa affermazione, a noi non fa comodo, anzi produce danno per una certa immagine che specialmente ci viene attribuita piuttosto che creata da noi, che questo voto porterà verso la Democrazia Cristiana, specialmente perchè sappiamo che gli animi più sensibili, gli animi più preoccupati potrebbero farsi suggestionare dalle abili, insinuanti, non certo politiche, campagne di propaganda che succederanno a quest'oggi a questo voto, condotte da altre persone. Ma noi abbiamo fede e l'abbiamo avuta nella giustizia quando combattevamo all'inizio pressochè soli per una diversa soluzione del problema altoatesino, quando all'interno del Parlamento abbiamo avuto una solidarietà che, solo dopo 10 anni, si è ripetuta in eguale misura; proprio intorno al pacchetto. Caro Boato, ti fa torto la storia e la ragione, noi non possiamo imporre nulla in un regime di democrazia; forse nel tuo partito, nel tuo movimento, non so come chiamarlo, è possibile che tu imponga o che i tuoi colleghi impongano. In regime di democrazia la D.C. viene e propone e se poi ha il confortò dei voti riesce anche ad ottenere assieme a tante altre forze, quindi non farti sfuggire delle battute che denunciano una tua impreparazione globale! Abbi pazienza, l'amor della battuta non deve uccidere la verità storica. Quindi, ecco perchè noi, riaffermando una posizione di responsabilità all'interno degli organi in cui per legittima volontà popolare,

abbiamo delle responsabilità, noi diciamo che in attesa di tempi, che consentono una maturazione ancora più generale, una maturazione che non sia nè ideologicamente, nè etnicamente distinta, votiamo per il non passaggio alla votazione articolata di questa legge.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Achmüller)

PRESIDENTE: La parola al cons. Erschbaumer.

ERSCHBAUMER (S.P.S.): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier in einer kurzen Ausführung den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei Südtirols teilweise wiedergeben, den ich bereits im Südtiroler Landtag bei verschiedenen Gelegenheiten dargelegt habe, einmal bei einem ähnlichen Gesetzentwurf, den wir im Südtiroler Landtag behandelt haben, aber auch bei anderen Debatten. Es ist bekannt, daß die Sozialdemokratische Partei Südtirols in den letzten Jahren in dieser Frage eine Reifung durchgenommen hat und zum Schluß gekommen ist, daß die Anwendung des Proporz auf Grund der Volkszählung gerechter ist. Wenn wir aber zurückblicken, daß bereits im Jahre 1959 durch den Südtiroler Landtag das Personalgesetz genehmigt wurde, welches vorsieht, daß die Proporzbestimmung auf Grund der Stärke der Sprachgruppen im Südtiroler Landtag angewendet wird, dann scheint mir das gerechtfertigt gewesen zu sein, weil ja bei der vorhergehenden Volkszählung im Jahre 1951 ja die Sprachgruppenzugehörigkeit nicht erhoben wurde. Deswegen scheint mir es auch für die Zukunft richtig und in der Vergangenheit war es ja auch so, daß nun

die Volksgruppen die Möglichkeit haben, sich selbst dazu zu bekennen, damit eine internationale Vereinbarung, so wie man den Pariser-Vertrag nennt — dort sind ja diese Maßnahmen vorgesehen —, der im ersten Artikel, Absatz d), vorsieht, daß der Proporz angewendet werden muß, zum Tragen kommt. In Südtirol hat man eben aufgrund dieses Gesetzes erstmals den Proporz in Bezug auf die Stärke der im Landtag vertretenen Sprachgruppen angewandt. Ich gehe davon aus, daß alle Demokraten und alle demokratischen Vertreter im Regionalrat eine internationale Vereinbarung bzw. im Friedensvertrag miteingebauten Abkommen des Pariser-Vertrages, den sogenannten Pariser-Vertrag, auch respektieren und akzeptieren sollen. Darüberhinaus ist dann erst später noch in der italienischen Verfassung im Art. 6 noch einmal die Rede davon, daß die Minderheiten besonders geschützt werden. Lange ist das nur toter Buchstabe geblieben und für viele Minderheiten in Italien ist es noch ein toter Buchstabe. Wenn ich aber das sage, dann, glaube ich, muß das Prinzip Proporz aufrecht bleiben und an diesem Prinzip darf nicht gerüttelt werden. Nur muß man trachten dieses Prinzip gerecht anwenden zu können. Wir von der S.P.S. sagen, daß eine gerechtere Anwendung mit der Volkszählung stattfindet. Nun, die Südtiroler Volkspartei sagt jetzt, sie will nicht ewig auf diesem Standpunkt stehen, sondern sie beharrt jetzt darauf, weil einige Wünsche und Forderungen noch nicht ihren Lauf genommen haben; sie würde später vielleicht dem zustimmen, es scheint also, daß die Vereinbarung mit der D.C. in diese Richtung geht. In Wirklichkeit ist es aber so — und das ist heute vom Landesobmann der Südtiroler Volkspartei, Dr. Silvius Magnago, auch gesagt worden,

daß er bereits im Jahre 1969 bei der Verabschiedung des Pakets durch die Südtiroler Volkspartei, gesagt hat, daß, wenn nur ein Beistrich — einmal hat man gelesen, wenn nur ein I-Punkt, aber es kann auch bei einem Beistrich bleiben — gerüttelt wird, dann könne man dem Paket nicht mehr zustimmen. Ich meine...

MAGNAGO (S.V.P.): im Sinne einer Verschlechterung natürlich, eine Verbesserung....

ERSCHBAUMER (S.P.S.): Das ist eine Interpretationssache. Ich meine, eine Verschlechterung, Herr Dr. Magnago, ist es schon, wenn man sechs Jahre über den Termin hinausgegangen ist; dann ist es schon eine Verschlechterung. Ich meine, wir reden schon sechs Jahre darüberhinaus, daß wir noch nicht die Gleichstellung der Sprache haben. Die Verschlechterung ist schon gegeben. Aber das will ich jetzt ja nicht ankreiden, weil dann würden Sie wieder eine neue Interpretation finden, aber ich sage Ihnen: Wenn Sie diesen Punkt als Erpressung nehmen, dann waren Ihre damaligen Aussagen gegenüber den Delegierten in der S.V.P. sowieso nicht sehr stark. Und ich glaube, wenn die damaligen Delegierten, 1969, das gewußt hätten, was nachher geschehen wäre, dann hätten Sie auch mit Ihrer Meisterrede nicht 52%ige Zustimmung erreicht. Das, glaube ich, steht heute ohne Zweifel fest. Sie sind aber hier in einer schwachen Position, so daß Sie diese Proporzbestimmung hernehmen müssen, obwohl Sie, glaube ich und ich hoffe es zumindest, davon ausgehen, daß es gerecht erscheint, das System nach Volkszählung anzunehmen und von der Mandatsstärke abzusehen, wenn auch früher, wo bei der Volkszählung keine derartige

Erhebung stattgefunden hat, der heutige Proporz gerechtfertigt war, da jetzt bei der Volkszählung die Stärke der Volksgruppen sich feststellen läßt. Sie nehmen sich aber jetzt vor mit Ihrem Regierungspartner — also die Südtiroler Volkspartei mit ihrem Regierungspartner — diese Forderung so lang festzuhalten, bis bestimmte Sachen erreicht werden. Das ist eine ganz große Schwächeposition von seiten der Südtiroler Volkspartei, denn wenn wir nur mehr etwas erreichen durch diese Erpressungsmethode, dann sind wir sehr schwach dran. Aber ich würde hier an die Südtiroler Volkspartei eine Empfehlung geben: Wir wissen doch, daß die Schutzmacht Österreich bereit ist, in die Verhandlungen einzusteigen. Hier bin ich der Meinung, wäre es notwendig und wünschenswert, daß das geschieht, denn wenn die Südtiroler Volkspartei nur mehr mit solchen Methoden arbeiten muß, dann ist etwas nicht in Ordnung, dann ist etwas mit der Vereinbarung nicht in Ordnung, dann ist der italienische Staat nicht gewillt, dies im Pariser-Vertrag Vorgesehene tatsächlich endgültig anzuwenden und dann ist das Paket nicht so ausgearbeitet worden, wie Sie vielleicht damals den Delegierten 1969 gesagt haben. Denn wenn Sie 1969 klar gesehen hätten, wie es mit der Gleichstellung der Sprache bei Gericht und öffentlichen Ämtern erfolgen sollte, dann hätte man das auch müssen damals schon klar formulieren. Ich bin aber auch gleichzeitig der Meinung, daß durch diese Diskussion, wie sie heute hier geführt wird, die Gefahr besteht, daß der Minderheitenschutz abgebaut wird und nicht ausgebaut, wobei die Tendenz heute in Europa — ich habe das öfters schon erwähnt — in die Richtung geht, daß er ausgebaut werden muß und nicht abgebaut.

Die Gefahr besteht leider darin. Zur Zeit befinden wir uns im Südtiroler Landtag in einer Debatte — am Montag wird sie ja wieder fortgeführt — über die Durchführung des Autonomiestatutes, über die restlichen Durchführungsbestimmungen. Interessanterweise wurde auch heute nicht vom ladinischen Vertreter die Erkenntnis klar ausgesagt, warum eigentlich das ladinische Volk nicht die gleichen Rechte haben soll wie das deutschsprachige in derselben Provinz. Ich sage, das ist auch negativ für die Deutschsprachigen in der Provinz Bozen, daß die Deutschsprachigen in der Provinz Bozen sich nicht mehr für die Gleichstellung der Ladinier einsetzen. Das trifft natürlich ganz stark die größte Partei mit der absoluten Mehrheit, die Südtiroler Volkspartei, daß man endlich auch den Ladinern das gleiche Recht, auch wenn sie eine kleinere Volksgruppe sind, das gleiche Rechte zugesteht wie den Deutschsprachigen in der Provinz Bozen. Ich glaube, hier muß man auch einmal anfangen, einen Schritt weiterzugehen. Ich glaube, ein Mitglied der Sechser- und Zwölferkommission hat bereits am 14. Jänner eine Aussage gemacht, daß in dieser Richtung etwas unternommen wird.

Nun darf ich noch etwas wiederholen, und zwar, daß ich immer mehr den Eindruck habe, wenn ich so den Kollegen Langer zu den Bestimmungen reden höre, daß er nicht für die Minderheiten redet, denn würde er für die Minderheit eintreten, dann müßte er einfach andere Worte finden, dann müßte er einfach für die Minderheiten sprechen, dann müßte er für den Minderheitenschutz reden und müßte alle Strukturen verlangen, die für den Minderheitenschutz da sind, denn es ist einfach ein Naturereignis, daß der Große den Kleinen zu

wenig berücksichtigt und daß man den Kleinen schützen muß. Die Minderheiten sind eben die kleineren, sind eben die schwächeren; dafür muß man Strukturen schaffen, daß sie geschützt werden. Das ist nicht nur in Italien so, das ist auch irgendwoanders, nicht überall gleich, wo sie mehr unterdrückt werden, muß der Schutz größer sein usw.

Aber ich muß das ganz offen sagen: Ich bin besorgt über manche Interpretationen, die hier vom Kollegen Langer gegeben werden, die dahin hinausgehen, daß man eigentlich nicht den Minderheitenschutz will, sondern im Gegenteil, daß man eher vom Proporz, daß man von der Volkszählung abgeht und daß man eigentlich von der Einhaltung des Pariser-Vertrages, von der internationalen Vereinbarung, nichts hält, daß man auch vom Autonomiestatut als solches, das ja diese Prinzipien vorsieht, nichts hält. Also ich möchte sagen: Es wäre wünschenswert, daß es hier in Zukunft keine größeren Auseinandersetzungen gibt mit dem Kollegen, Abg. Langer, in diesem Zusammenhang, daß er wieder zurückfindet, wie ich es mir von einem Demokrat vorstelle, daß dieser Schutz für die Minderheit verteidigt werden muß und daß das auch bei jeder Rede gesagt werden soll. Also dieser Wunsch und diese Bitte, ich meine, wenn der Kollege, Abg. Langer, das rein aus taktischen Überlegungen macht, dann ist es eben verantwortungslos und wenn er es aber als Demokrat macht, müßte er wieder zurückfinden in die Strukturen zum Schutz der Minderheiten.

Das wäre ein Wunsch und ich hoffe, daß wir noch die Möglichkeit haben werden, auch in Zukunft darauf zurückzukommen. Eines möchte ich noch sagen, daß der Landeshauptmann von Südtirol und Parteiboss der Südtiroler

Volkspartei hier die Glaubwürdigkeit der Kommunistischen Partei hervorgehoben hat durch die Aussage, die ein Redner heute gemacht hat und somit andere Parteien in einen Mißkredit gebracht hat. Da wäre es schon wünschenswert, wenn Sie klarer sprechen würden!

MAGNAGO (S.V.P.): Fühlen Sie sich betroffen?

ERSCHBAUMER (S.P.S.): Nein, aber ich sage, wenn Sie das alles in einen Topf werfen, dann kann es leicht so interpretiert werden, daß hier nur die Regierungsparteien und die Kommunistische Partei glaubwürdig sind, alle anderen nicht. Ich glaube, Herr Landeshauptmann, daß Sie es so interpretiert haben und von Ihrer Interpretation kann man auch in Zukunft Gebrauch machen; wenn es nicht so ist, bitte ich Sie, das zu dementieren!

(Illustrissimo Signor Presidente! Colleague e colleghi! Desidero esporre brevemente parte del punto di vista del partito socialdemocratico sudtirolese, peraltro già esposto in occasioni diverse in Consiglio provinciale di Bolzano e precisamente nel corso della trattazione di un provvedimento legislativo simile, di cui si è occupato il consesso testè menzionato, come pure in occasione di altri dibattiti. E' noto che il nostro partito in questi ultimi anni, maturando questo problema, è giunto alla conclusione che l'applicazione della proporzionale sulla base delle risultanze del censimento è da considerarsi più giusta ed equa. Facendo una breve retrospettiva, constatiamo che già nel 1959 il Consiglio provinciale di Bolzano ha approvato una legge sul personale, che prevede l'applicazione della proporzionale secondo la consistenza linguistica rappresentata in seno al consesso in parola. Tale provvedimento mi sembra giusto, dato che con il censimento del 1951 non erano stati rilevati i dati relativi all'appartenenza ai gruppi linguistici. Ritengo pertanto giusto per il futuro come nel passato, che ai gruppi etnici sia data la possibilità di riconoscersi tali nel rispetto di un accordo internazionale, quale è l'accordo di Parigi — ivi sono indicate tutte le misure relative — che all'art. 1, lettera d) prevede l'obbligo dell'applicazione della proporzionale etnica. Grazie a questa legge in Alto Adige si è provveduto ad attuare tale principio, facendo riferimento alla consistenza dei gruppi linguistici, risultante dalla composizione del Consiglio provinciale di Bolzano. Personalmente ritengo che tutti i democratici e loro rappresentanti in seno al Consiglio regionale dovrebbero rispettare ed accettare l'accordo internazionale, inserito nel contesto del patto di pace, noto come accordo di Parigi. Oltretutto più tardi nella Costituzione italiana è stata prevista con l'art. 6 la particolare tutela delle minoranze. Per molti anni tale principio è rimasto lettera morta e tale è ancora per molte minoranze che vivono entro i confini dello Stato italiano. Dico questo, essendo dell'avviso che l'istituto della proporzionale va fatto salvo e non può essere minimamente scalfito, ma è altrettanto giusto fare di tutto, affinchè l'applicazione relativa risulti equa. Noi dello S.P.S. affermiamo che l'applicazione della proporzionale secondo le risultanze del censimento, appare senz'altro più giusta. Lo S.V.P. afferma che non intende insistere ad oltranza sulla sua posizione, ma al momento non vuole neppure desistere, finchè non saranno accolti

certi desideri e richieste, tuttavia si dimostra possibilista per il futuro e a quanto sembra tale è la tendenza dell'accordo stipulato con la D.C. In realtà le cose stanno in altri termini, lo stesso Presidente della Giunta provinciale di Bolzano, Dr. Silvius Magnago, ha fatto presente oggi, che già nel 1969 all'atto dell'approvazione del pacchetto da parte dello S.V.P. egli aveva affermato che, qualora si fosse scalfita una sola virgola — a quel tempo si leggeva: se soltanto un "puntino sulla i", ma lasciamo pure la virgola —, non si sarebbe più potuto acconsentire al pacchetto. Credo.....

MAGNAGO (S.V.P.): in senso peggiorativo naturalmente, un miglioramento

ERSCHBAUMER (S.P.S.): Questa è una questione di interpretazione. Dr. Magnago, il fatto che il termine è stato superato da 6 anni è già di per sè un peggioramento. Da oltre 6 anni discutiamo della parificazione della lingua ed anche questo è un dato negativo. Non intendo ora farLe carico di tanto, poichè Lei sfoggerebbe prontamente altra interpretazione, ma Le dico che, usando questo punto come mezzo di ricatto le Sue dichiarazioni fatte a suo tempo davanti ai delegati dello S.V.P. non contenevano comunque quella grande forza. Credo inoltre che, se i delegati del 1969 avessero conosciuto gli eventi, che ne sarebbero conseguiti, non avrebbe raggiunto neppure il suo magistrale intervento il 52 per cento dei voti favorevoli. Credo che questo sia senza dubbio un dato di fatto. Lei si trova in una posizione di debolezza, per cui è costretto a ricorrere alla norma della proporzionale, sebbene, come credo e spero, Lei ritenga giusto adottare il sistema basato sui risultati del

censimento, senza peraltro considerare i mandati politici, se anche tempo addietro in mancanza di dati precisi di censimento l'attuale proporzionale appariva giustificata, dato che ora è possibile rilevare la consistenza dei vari gruppi linguistici. Lei si propone di tener ferma tale richiesta insieme al Suo partner di Giunta — intendo naturalmente lo S.V.P. —, finchè non avrà raggiunto determinati scopi. Questa è appunto una posizione di grave debolezza dello S.V.P., dato che per raggiungere qualche cosa è costretto porre in atto un metodo di ricatto, per cui desidero consigliare allo S.V.P. quanto segue: Sappiamo che l'Austria, come Stato di tutela, è disposta ad inserirsi nelle trattative. A mio avviso sarebbe necessario ed auspicabile che ciò avvenga, poichè, dovendo lo S.V.P. lavorare con simili metodi, si deve supporre che qualche cosa non quadra e che lo Stato italiano non intende attuare definitivamente il contenuto dell'accordo di Parigi, per cui il pacchetto non è stato elaborato nel modo da Lei illustrato ai delegati nel 1969. Se Lei a quell'epoca avesse previsto chiaramente la pratica attuazione della parificazione delle lingue negli uffici pubblici e giudiziari, credo che l'accordo avrebbe dovuto essere redatto in maniera più chiara. Sono peraltro dell'opinione che con la presente discussione si corre il rischio di limitare, anzichè di ampliare la tutela delle minoranze, sebbene l'Europa tende a tal proposito a rafforzarla, come ho avuto modo di affermare in altre occasioni. Oggi purtroppo vedo questo pericolo. Il Consiglio provinciale di Bolzano sta affrontando un dibattito, che proseguirà domani, sull'attuazione dello statuto di autonomia, vale a dire sulle norme tuttora mancanti. E' interessante constatare come anche oggi il rappresen-

tante ladino non abbia fatto presente con chiare parole che la popolazione ladina non gode degli stessi diritti, riconosciuti ai cittadini di lingua tedesca, pur vivendo nella stessa Provincia. E' questo un dato negativo sfavorevole al gruppo etnico tedesco altoatesino che a quanto sembra non si impegna più per l'uguaglianza dei diritti ladini. Questo problema riguarda in particolare il partito di maggioranza assoluta, lo S.V.P., e dovrebbe essere soprattutto sua premura fare in modo che anche ai ladini si riconoscano gli stessi diritti, anche se si tratta di un gruppo etnico minore. Credo sia ora e tempo di compiere un passo anche in tal senso. Credo che un membro delle commissioni dei 6 e dei 12 ha dichiarato a tal proposito in questa sede e precisamente il 14 gennaio u.sc. che sarebbe stata posta in atto un'iniziativa in questa direzione.

Mi permetto di esprimere nuovamente la mia impressione che il collega Langer, ogni qual volta egli interviene in merito a queste norme, è sfavorevole alle minoranze; se egli invece si battesse effettivamente per i gruppi etnici minoritari, dovrebbe scegliere meglio le sue parole, parlare di tutela e chiedere tutte le strutture atte a garantirle, essendo una legge di natura che il più forte considera in misura insufficiente il più debole, che è appunto da tutelarsi. Ciò non avviene soltanto in Italia, ma anche in altri Paesi, la situazione non è uguale ovunque, ma la tutela va maggiormente garantita nei casi, in cui la tendenza all'oppressione è più consistente ecc. Queste interpretazioni del collega Langer mi preoccupano, poichè sembra che in sostanza non desideri la tutela delle minoranze, si è infatti sfavorevoli alla proporzionale, al censimento, non si vuole attribuire la dovuta importanza al rispetto dell'accordo di

Parigi e pertanto neppure allo Statuto di autonomia, che prevede i principi più sopra menzionati. A mio avviso sarebbe auspicabile che in futuro si possano evitare simili dispute con il collega Langer e che egli si ravveda della necessità di tutelare la minoranza, la qual cosa va posta in rilievo ogni qual volta si presenta l'occasione. Tanto mi attendo da un democratico. Vorrei esprimere questo mio desiderio e rivolgere al collega Langer una preghiera in tal senso. Se le sue parole sono considerazioni di mera tattica politica, il suo atteggiamento è irresponsabile, mentre se egli esprime la sua vera opinione di democratico, sarebbe bene che si ravvedesse nel considerare le strutture poste a tutela delle minoranze. Questo sarebbe il mio desiderio e spero che avremo ancora modo di ritornare sull'argomento. Mi si permetta di dire una ultima cosa al Presidente della Giunta provinciale di Bolzano e Presidente dello S.V.P. Lei ha colto quest'occasione per dare rilievo alla credibilità del PCI con una dichiarazione di altro oratore, screditando gli altri partiti. Sarebbe desiderabile che Lei si esprimesse in maniera più chiara!

MAGNAGO (S.V.P.); Si sente colpito?

ERSCHBAUMER (S.P.S.): No, ma facendo di tutti un fascio è facile giungere all'interpretazione che la credibilità sta soltanto dalla parte dei partiti di Giunta e dei comunisti. Credo che Lei, Signor Presidente della Giunta provinciale di Bolzano, se è lecito esprimersi in questa maniera, ha dato un'interpretazione tale, che potrà essere usata anche in futuro. Se Lei non intendeva esprimersi in questo modo, La prego di volermi smentire!)

PRESIDENTE: La parola al cons. langer per la seconda volta.

LANGER (N.L.-N.S.): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich werde sehr kurz sein und rede zum zweiten Mal nur deswegen, weil es mir notwendig erscheint, auf verschiedene Stellungnahmen kurz zu replizieren. Es tut mir leid, daß Kollege Valentin nicht da ist, aber ich gehe trotzdem auf ihn ein und hoffe, daß seine Fraktionskollegen es ihm mitteilen werden. Ich muß sagen, daß ich jetzt langsam genug habe — ich sage es sehr offen — von dieser Art von Interventionen des Kollegen Valentin, wo immer nur gesagt wird, daß es die Ladinier gibt und daß man etwas für sie tun muß und nie gesagt wird, was. Ich beneide den Kollegen Valentin um seine Dreisprachigkeit. Ich wäre auch froh, wenn ich besser ladinisch verstünde — ein bißchen verstehe ich es —, und wenn ich ladinisch spräche — ich spreche es überhaupt nicht —, aber ich möchte den Kollegen Valentin fragen, ob er innerhalb der Volkspartei zum Beispiel genauso intensiv für Dreisprachigkeit wirbt wie mir gegenüber, und ob er die übrigen Kollegen seiner Fraktion danach befragt, ob sie ladinisch können, zum Beispiel. Ich finde es jedenfalls...

(Unterbrechung)

LANGER (N.L.-N.S.): Bitte? Ja, ich finde es jedenfalls ein billiges Argument, ein demagogisches Argument, daß über die Ladinier nur reden darf, wer ladinisch versteht, so als dürfte beispielsweise über die Arbeiter nur reden, wer Arbeiter ist, usw. Ich finde, daß in diesem Sinne der Kollege Valentin offensichtlich Angst hat, daß man ihm sozusagen seinen Alleinvertretungs-

anspruch ankratzt, wenn jemand sich herausnimmt, irgendetwas über die Ladinier zu sagen. Dazu möchte ich sagen, lieber Kollege Valentin, daß es nicht genügt in zwei, drei, vier, sechs oder sieben Sprachen reden zu können, wenn man dann nichts zu sagen hat. Ich möchte noch einmal sagen, daß der Kollege Valentin bis jetzt in allen seinen Stellungnahmen zu den Ladinern immer nur darauf hingewiesen hat, daß es die Ladinier gibt und daß noch viel zu tun wäre. Konkret habe ich ihn heute zum ersten Mal einen Vorschlag machen hören, nämlich den Vorschlag, das Ladinische auch an den übrigen Schulen Südtirols zu unterrichten. Wenn der Kollege Valentin kein Scharlatan ist und wenn er das nicht nur demagogisch gemeint hat, dann fordere ich ihn auf, solange er es noch kann, solange die Geschäftsordnung nicht diesbezüglich repressiv verändert wird im Südtiroler Landtag, daß er, Kollege Valentin, einen Gesetzentwurf einbringen soll, wenn es ihm ernst gemeint war, zum Unterricht des Ladinischen an allen Schulen Südtirols in den Formen und in der Art, wie er es für richtig hält. Wir werden den Gesetzentwurf prüfen; ich glaube, daß wir ihm mit Sympathie entgegenzusehen werden — ich möchte natürlich nicht jetzt eine Verpflichtung zur Stimmabgabe übernehmen —, aber wenn er das nicht nur als billige Demagogie gesagt hat und wenn er wirklich Vorschläge für die Ladinier zum Proporz, zur Schule, zur Wohnungsfrage, ganz gleich wozu, hat, dann soll er diese Vorschläge gefälligst endlich vorbringen, statt nur dadurch zu glänzen, daß er hin und wieder ein paar Umstandsworte auf ladinisch vorbringt. Also dies zur Frage Valentin, weil ich jetzt genug habe, von dieser Art von demagogischen Gesprächsbeiträgen.

Ich möchte dann noch kurz auf Sie replizieren, Herr Kollege Magnago – Kollege in diesem Raum, Landeshauptmann von Südtirol. Sie haben Ihrem Koalitionspartner, Democrazia Cristiana, Verantwortungssinn bescheinigt usw. Es muß doch irgendwie merkwürdig anmuten, wenn dieser Verantwortungssinn auf der einen Seite bemüht wird – und ich bin ebenso wenig wie Sie der Amtsverteidiger der Democrazia Cristiana – und auf der anderen Seite aber nie zum Tragen kommt. Wir erinnern uns sehr wohl an Fälle, wo umgekehrt die Südtiroler Volkspartei ihre Koalitionspartner durchaus auch im Stich gelassen hat, ohne daß deswegen der Landesausschuß von Südtirol zusammengebrochen wäre. Ich erinnere im besonderen gerade eben an die analoge Proporzdiskussion im Südtiroler Landtag, wo es auch um die gleiche Proporzfrage ging und wo unter umgekehrten Vorzeichen, *mutatis mutandis*, die Democrazia Cristiana in der Position war, in der die S.V.P. hier zu sein vorgibt. Oder ich erinnere an das Gesetz zu den Schulbezirken, wo die Democrazia Cristiana ihre Haltung von der anfänglichen Zustimmung dann verändert und das Gesetz am Schluß abgelehnt hat; aber sie wurde niedergestimmt und ist trotzdem aus der Koalition nicht ausgetreten. Also es ist ein merkwürdiger Verantwortungssinn....

(Unterbrechung)

LANGER (N.L.-N.S.): Ja, aber ich glaube eben, jetzt wenn sie schon – natürlich jeder tritt für sich aus –

(Unterbrechung)

LANGER (N.L.-N.S.): klar, jeder tritt für sich aus und kann die anderen eventuell versuchen, hinauszutreten, aber jedenfalls ist klar, daß jeder die Entscheidung für sich trifft. Aber mir scheint eben, daß man nicht vergessen darf, daß das Umgekehrte von dem, was hier heute passieren wird, im Südtiroler Landtag bereits passiert ist, ohne daß deswegen, sagen wir, die Erde gezittert hätte. Aber das Hauptproblem ist das: ich glaube, es ist – und ich muß da nicht nur Herrn Magnago, sondern auch Herrn Erschbaumer ansprechen – eine unzulässige Gleichsetzung (und ich glaube, man sollte einmal emotionslos darüber reden), Proporz und Minderheitenschutz schlicht identisch zu setzen. Das stimmt einfach nicht, es stimmt einfach nicht! Es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen zum Minderheitenschutz, auch der Proporz kann eine davon sein, ...

MAGNAGO (S.V.P.): ... ist eine ...

LANGER (N.L.-N.S.): ist eine davon, ist eine Maßnahme auch zum Minderheitenschutz. Es ist zu diskutieren und ich glaube, daß man

(Unterbrechung)

PRESIDENTE: Signori, non facciamo dialoghi, perchè adesso a tre addirittura qui si discute. No, no, basta per cortesia.!

(Unterbrechung)

PRESIDENTE: Consigliere Magnago, La prego....

LANGER (N.L.-N.S.): Ich bin mir vollkommen

bewußt, Herr Landeshauptmann, Sie werden es als Blödsinn bezeichnen; auch von unserer Seite stehen wir zur Position, daß es keine Verwässerung der Autonomie geben darf und daß Verbesserungen wünschenswert sind, Herr Kollege Magnago, und daß Verschlechterungen verhindert werden müssen, nur sind wir einfach eben offensichtlich – und wir wissen das auch schließlich – verschiedener Auffassung, was der Proporz für Folgen hat und ob der Proporz ein günstiges Instrument zum Minderheitenschutz ist. Ich beanspruche nicht, Sie zu unserer Überzeugung zu bekehren, ebenso wenig wie den Kollegen Erschbaumer, aber gegen eines verwahren wir uns sehr strikt, nämlich daß, wer nicht auf den Proporz schwört, nicht minderheitenfreundlich sein soll. Diese Gleichsetzung ist absolut falsch; diese Gleichsetzung ist nicht anzunehmen. Dann müßte man zum Beispiel sagen, daß die Vertreter der slowenischen Volksgruppe in Italien, die nicht für einen Proporz eintreten, minderheitenfeindlich sind. Man kann diskutieren, ob der Proporz historisch legitim ist, man kann diskutieren, ob er verfassungsrechtlich legitim ist, man kann diskutieren, ob er gut oder schlecht ist, man kann über alles das diskutieren und verschiedener Meinung sein, aber man kann nicht einfach sagen, wer nicht auf den Proporz schwört, der ist gegen die Minderheiten, das können wir nie und nimmer akzeptieren.

(Unterbrechung)

LANGER (N.L.-N.S.): Behaupten kann man es, aber wir akzeptieren es nicht. Klar!

Ich komme jetzt zum letzten Punkt und ich habe es mir absichtlich gespart, der Democrazia

Cristiana gegenüber billige Polemiken zu machen (Rückgrat oder so etwas), aber es ist nicht zu überhören, daß der Kollege Ferretti heute die Linksparteien angesprochen hat und gesagt hat: So viel Zustimmung wie zum Paket hat es eigentlich nur noch einmal gegeben und ausgerechnet auf das Polizeigesetz, das in den letzten Tagen im Parlament verabschiedet worden ist, Bezug genommen hat. Als wollte er sagen, noch einmal haben die Linken sich von unserer Art, mit dem Terrorismus fertig zu werden, einfangen lassen, noch einmal haben die Linken, sich von unserer Art, Probleme zu lösen, einfangen lassen, damals beim Südtirol-Paket und heute beim sogenannten Antiterrorgesetz. Ich glaube, daß es für die Linke nicht gut ist, unbedenken die Lösungen der Probleme, die die Rechten unter sich aushandeln, auch von links her abzusegnen. Ich glaube, daß das nicht gut ist. Das war zu diesem Punkt nicht gut und es ist zum Polizeigesetz erst recht nicht gut. Aber es ist doch merkwürdig, daß dieses famose, sagen wir, "politische Bild", von dem der Kollege Magnago gesprochen hat, "quadro politico" im Fachjargon, irgendwo wie ein Zauberstab wirkt und alles in sein Gegenteil verkehrt, so daß die völkische Trennung praktiziert wird, aber Frieden und Zusammenleben heißt, so daß Zentralismus und leider oft auch Totalitarismus praktiziert wird (vor allem innerhalb der eigenen Volksgruppe), und daß das Autonomie heißt, daß Minderheiten und Andersdenkende unterdrückt werden und daß es Minderheitenschutz heißt, daß in Wirklichkeit leider Krieg besteht und daß man es Frieden nennt und daß man umgekehrt sagt: Wer diese Situation verändern will, der wolle den Krieg, wie der Kollege Magnago vorher gesagt hat.

Wir haben aus der ganzen Diskussion um diesen Gesetzentwurf die Vermutung bestätigt gefunden, daß man das gute Einvernehmen, das gute Zusammenleben zwischen den herrschenden Parteien, zwischen den herrschenden Kreisen in Wirtschaft und Gesellschaft will, aber nicht das Einvernehmen unter den gewöhnlichen Leuten. Deswegen möchte ich zum Schluß an die Gewissensentscheidung jedes einzelnen Kollegen und jeder einzelnen Kollegin appellieren, zu diesem Gesetzentwurf nicht nur nach politischer Opportunität, sondern eben nach Gewissen zu entscheiden.

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Sarò molto breve e intervengo la seconda volta soltanto per il fatto che mi sembra necessario replicare ad alcune prese di posizione. Mi dispiace che non sia presente il collega Valentin, ma entrerà comunque nel merito del suo intervento, sperando che i suoi colleghi di gruppo lo erudiscano. Devo dire che piano piano ne ho abbastanza — lo dico apertamente — di simili interventi del collega Valentin, in cui egli afferma che esistono i ladini e che è necessario intervenire in loro favore, omettendo però sempre il modo. Invidio il collega Valentin per la sua trilinguità. Sarei felice, se riuscissi a comprendere meglio la lingua ladina — un po' la comprendo — e se conoscessi questa lingua — non la parlo affatto —, ma vorrei chiedere al collega Valentin, se egli in seno allo S.V.P. reclama la trilinguità come nei miei confronti e se egli è solito chiedere anche ai suoi colleghi di gruppo, se conoscono la sua lingua, ad esempio. Ritengo comunque....

(Interruzione)

LANGER (N.L.-N.S.): Prego? Sì, ritengo questo un argomento gratuito, demagogico che la trattazione del problema ladino spetti soltanto a coloro, che comprendono il ladino, come se i problemi degli operai potessero essere discussi unicamente da operai ecc. Mi sembra che in tal senso il collega Valentin tema che si voglia incidere la sua pretesa di rappresentanza unica, per così dire, se qualcuno si permette di esprimersi in merito ai ladini. Vorrei dire, caro collega Valentin, che non è sufficiente potersi esprimere in due, tre, quattro, sei o sette lingue, se poi nulla si ha da dire. Ribadisco che finora in tutte le sue prese di posizione in merito ai ladini il collega Valentin ha sempre fatto presente soltanto che esiste il gruppo ladino e che a tal proposito molto vi sarebbe ancora da fare. Oggi ho udito per la prima volta una sua proposta concreta, cioè di insegnare il ladino in tutte le scuole altoatesine. Se il collega Valentin non è un ciarlatano e se le sue parole non sono da intendersi come demagogia, lo invito, finchè è ancora in tempo, prima che il regolamento interno del Consiglio provinciale di Bolzano venga modificato repressivamente, a presentare un disegno di legge, sempre che egli intendesse seriamente quanto affermato, concernente l'insegnamento nella forma e nel modo della lingua ladina in tutte le scuole dell'Alto Adige. Noi esamineremo il progetto legislativo, credo che lo accoglieremo con simpatia — naturalmente non vorrei assumermi ora un impegno di voto —, ma se egli non ha pronunciato quella parola per una demagogia gratuita e se egli ha veramente delle proposte da fare a favore dei ladini in materia di proporzionale, scuole ed alloggi, il settore non importa, la presenti finalmente, anzichè voler brillare pronunciando ogni tanto alcuni aggettivi

in lingua ladina. Dunque, questo in merito alla questione Valentin, poichè ne ho abbastanza di interventi di tipo demagogico.

Vorrei replicare brevemente a Lei, collega Magnago, — collega in quest'aula, Presidente della Giunta provinciale del Sudtirolo. Lei ha certificato al Suo partner di coalizione, alla D.C., senso di responsabilità ecc. Deve fare comunque una certa impressione, constatare che da una parte ci si premura con senso di responsabilità — come Lei, neppure io sono il difensore d'ufficio della D.C. — mentre dall'altra non si notano gli effetti. Ricordiamo bene casi, in cui viceversa lo S.V.P. ha abbandonato completamente i partner di coalizione, senza che sia caduta la Giunta provinciale dell'Alto Adige. Ricordo in particolare l'analogia discussione sulla proporzionale, svoltasi in Consiglio provinciale di Bolzano, in cui si trattava lo stesso problema, dove in chiave opposta, mutatis mutandis, la D.C. era nella posizione, in cui lo S.V.P. vuole dare ad intendere di trovarsi. Ricordo la legge sui distretti scolastici, per la quale la D.C. mutò il suo atteggiamento originario di acconsentimento, votando infine contro la legge; è stata posta in minoranza e ciononostante non ha abbandonato la coalizione. Trattasi quindi di un curioso senso di responsabilità...

(Interruzione)

LANGER (N.L.-N.S.): ... Sì, ma ritengo appunto, ora se loro — naturalmente ognuno esce per suo conto....

(Interruzione)

LANGER (N.L.-N.S.): chiaro, ognuno esce

per suo conto e può cercare eventualmente di spingere fuori l'altro, ma è chiaro comunque che ognuno prenda la decisione per sè stesso. Mi sembra appunto che non si possa dimenticare che l'inverso di quanto accadrà in questa sede è già avvenuto in Consiglio provinciale di Bolzano, senza che abbia, diciamo, tremato la terra. Il problema principale è il seguente: ritengo inaccettabile identificare nella proporzionale la tutela delle minoranze (credo che se ne dovrebbe discutere una volta senza emozioni) e a tal proposito mi rivolgo ai signori Magnago ed Erschbaumer. Simile concezione non è giusta affatto! Vi sono molte misure per tutelare le minoranze, anche la proporzionale può essere una di queste....

MAGNAGO (S.V.P.): è una

LANGER (N.L.-N.S.): è una delle misure anche a tutela delle minoranze, è discutibile e credo che si

(Interruzione)

PRESIDENTE: Signori, non facciamo dialoghi, perchè adesso a tre addirittura qui si discute. No, no, basta per cortesia!

(Interruzione)

PRESIDENTE: Consigliere Magnago, la prego....

LANGER (N.L.-N.S.): Ne sono pienamente consapevole, Signor Presidente della Giunta provinciale, per Lei sarà una sciocchezza; anche noi siamo sulla posizione che l'autonomia non va annacquata, che migliorie sono desiderabili,

collega Magnago, che eventuali peggioramenti sono da evitare, ma siamo chiaramente — in definitiva lo sappiamo — di diverso avviso — sulle conseguenze della proporzionale e sul giudizio, se quest'istituto è uno strumento più o meno idoneo per tutelare le minoranze. Non pretendo di convertire Lei ed il collega Erschbaumer alla nostra convinzione, ma ci opponiamo con fermezza al concetto che non giurando sulla proporzionale si debba essere necessariamente mal disposti verso le minoranze. Questa uguaglianza è assolutamente errata, non è accettabile. Si dovrebbe pertanto affermare che i rappresentanti del gruppo etnico sloveno in Italia sono mal disposti verso le minoranze, in quanto non sostengono il principio della proporzionale. Si può discutere sulla legittimità storica della proporzionale, si può discutere se è legittimo sotto il profilo costituzionale, tutto può essere discusso e si può essere di opinione diversa, ma non si può affermare che non giurando sulla proporzionale si è necessariamente contro le minoranze, questa affermazione non potrà mai essere accettata da noi.

(Interruzione)

LANGER (N.L.-N.S.): Lo si può affermare, ma noi non lo accettiamo, sia chiaro!

Vengo quindi all'ultimo punto ed ho evitato intenzionalmente di fare polemiche gratuite nei confronti della D.C. (nerbo o qualche cosa di simile), ma non può sfuggire il fatto che il collega Ferretti si è rivolto ai partiti di sinistra affermando: un assenso così ampio come al pacchetto si è registrato soltanto una seconda volta e proprio alla legge sulle misure di polizia, approvata dal Parlamento in questi ultimi giorni,

come se intendesse dire che le sinistre si sono lasciate nuovamente accalappiare dal nostro modo di fronteggiare il terrorismo, dal nostro modo di risolvere i problemi, allora con il pacchetto a favore dei sudtirolesi ed oggi con la cosiddetta legge antiterrorismo. Credo che per le sinistre non sia un bene suggellare improvvisamente da sinistra le soluzioni dei problemi barattati dai partiti di destra. Non è stato un bene in occasione dell'approvazione della legge costituzionale e tanto meno delle misure di polizia. Tuttavia è curioso che questo famoso quadro politico, come si dice in gergo, di cui ha parlato il collega Magnago, ha ogni tanto proprietà magiche, mutando tutto in senso opposto, per cui si pratica la separazione dei gruppi, ma che significa pace e collaborazione, si pratica il centralismo e purtroppo spesso anche il totalitarismo (soprattutto nell'ambito del proprio gruppo linguistico) chiamandoli autonomia, si opprimono minoranze e dissidenti, la qual cosa viene denominata tutela delle minoranze, che in realtà purtroppo esiste la guerra, ma va intesa come pace e viceversa si afferma che, chiunque intende mutare questa situazione, desidera la guerra, come ha detto pocanzi il collega Magnago.

Da tutta questa discussione in merito al presente progetto di legge ha trovato riscontro la supposizione, che si desidera l'accordo, una buona convivenza tra i partiti di potere, negli ambienti determinanti dell'economia e della società, non però la concordia fra la gente semplice. Per questo motivo concludo appellandomi alla decisione di coscienza di ogni singolo collega, di voler prendere in merito al presente progetto di legge una decisione secondo coscienza e non per opportunità politica.)

(Assume la Presidenza il Presidente Paris)

PRESIDENTE: Altri chiede di parlare? Ricordo che la replica del relatore chiude la discussione generale, quindi non sarà data la parola dopo che ha parlato il collega D'Ambrosio. Nessun altro? Prego, cons. D'Ambrosio per la replica.

D'AMBROSIO (P.C.I.): Signor Presidente e colleghi, desidero innanzitutto, visto che non capita di sovente replicare, cogliere l'occasione per ringraziare i colleghi tutti che sono intervenuti nella discussione, che hanno portato, pur secondo le loro opinioni politiche e collocazioni di gruppo, un contributo al dibattito, che ha avuto questa diversità di toni, di accenti, di calibratura anche politica, a mio parere e a parere dei comunisti, anche di prospettiva politica nella Regione e nella concezione della autonomia.

Mi sia consentito dunque, colleghi tutti, di cercare, almeno per parte comunista, di dare delle risposte, pur nella loro problematicità, e soprattutto di tenere conto come ancora per scelte politiche e rapporti di forza per oggi vi è una impreparazione da parte delle forze di maggioranza di questo Consiglio regionale ad approvare un provvedimento nel senso da noi proposto. Ovviamente di questo ne siamo dispiaciuti, però ne traiamo anche lena per proseguire e sviluppare iniziative non solo da noi intraprese, ma portate avanti in sedi e in momenti diversi, aventi come fine, perchè di questo e non di altro si trattava, di ricondurre una questione tanto importante quanto delicata per aspetti giuridici e aspetti politici, quale quella della proporzionale etnica ed un univoco riferimento al dato del censimento, anzichè degli

eletti nelle varie assemblee elettive.

Ringrazio in particolare ovviamente coloro i quali hanno preannunciato, seppure con sfumature anche diverse, un voto a favore della nostra proposta, mentre cerco di rispondere a coloro che hanno preannunciato un voto contrario al passaggio all'articolato. Mi riferirò di più a costoro per il semplice fatto che, neppure con le loro argomentazioni, hanno potuto mettere in discussione uno degli aspetti essenziali del nostro disegno di legge, e cioè che è un elemento giusto, possibile e praticabile, aderente allo spirito e alla lettera del nostro statuto di autonomia. Nessuno ha messo in discussione questo, si sono aggiunti o sovrapposti altri argomenti, di ordine politico prima ancora che giuridico, ed è su questi che mi sarà consentito soffermarmi.

Innanzitutto sbarazzo subito il campo da alcune considerazioni che ha sviluppato il collega Peterlini per quanto attiene un'argomentazione di ordine giuridico, riferendosi addirittura a sentenze o a prese di posizione di organismi competenti del 1956. Cari colleghi, a prescindere dal fatto che, se non sbaglia il calendario, siamo nel 1980, a prescindere dal fatto che siamo convinti noi per primi che in assenza di altri punti di riferimento nel 1959 andava bene la legge provinciale, non si sapeva altrimenti quale aggancio usare, quale metro e pietra di paragone adoperare, a prescindere da tutto ciò, oggi è diverso perchè nel frattempo c'è stato appunto un nuovo statuto di autonomia che per il pubblico impiego statale usa un riferimento esatto, pulito e corretto, spoglio da altre questioni di ordine politico-elettorale che incappano direttamente nei confronti delle libertà dei singoli cittadini, di piena e libera

autonomia) espressione del pensiero e anche dunque del voto. Questo è ragionamento che zoppica da parte di chi si abbarbica al passato, tanto è vero che, proprio perchè non viene smentita la validità e la opportunità di una legge di questo tipo, si usa come elemento il fatto che è praticabile questa via, a condizione che determinate norme di attuazione vengono approvate, vengono approvate celermente e vengono approvate soprattutto in un certo modo. Riprenderò più oltre questo dibattito che peraltro è pienamente al centro del Consiglio provinciale di Bolzano, come mesi fa lo fu all'interno del Consiglio provinciale di Trento, che ha avuto una discussione analoga. Vorrei ricordare ai colleghi tutti dunque che, passando il tempo, cambiano anche le norme, cambiano i modi di vedere, c'è un adeguamento e, io aggiungo, anche un miglioramento.

Per quanto riguarda alcune delle affermazioni del cons. Magnago di questa mattina, quando affermava che non si modifica una virgola dello statuto, interrompendo successivamente il cons. Erschbaumer, ha precisato, mi pare giustamente, che non si tratta di mettere in discussione questa o quella virgola, si tratta evidentemente di mettere in discussione lo statuto di autonomia, ma naturalmente lasciando aperta la porta per ogni miglioramento, per ogni integrazione che abbia questo segno positivo e naturalmente che abbia un segno negativo precluso. Noi siamo perfettamente d'accordo su questo, ma proprio perchè cambia il tempo, proprio perchè gli uomini ragionano e si muovono, proprio perchè le istituzioni si sviluppano e riflettono su quello che hanno compiuto o che possono ulteriormente compiere, vorrei ricordare che per alcuni aspetti il nostro statuto di autonomia regionale è

superato da norme e disposizioni di legge nazionali che, fin tanto che non scattano altri meccanismi, valgono solo per le regioni a statuto ordinario. Da noi, ad esempio, non vige la famosa legge 382 che dà, ad esempio, ulteriori poteri alle Regioni a statuto ordinario, nel nostro caso alla Regione a statuto speciale e rispettivamente alle due Province autonome, e soprattutto nei confronti dei comuni della nostra terra. Ebbene, questo è un segno positivo, ma purchè venga sollecitamente attuato. Ecco dunque come le cose si evolvono, si sviluppano e bisogna non badare a considerare modifiche anche statutarie, purchè, ripeto e lo sottolineo, abbiano questo segno del progresso, del miglioramento, dell'ulteriore arricchimento, perchè un processo di decentramento e non di disarticolazione dello Stato democratico, che deve svilupparsi. Dunque, nessun timore ad affrontare questo argomento, purchè naturalmente ci siano dei punti fermi, non vi siano fraintendimenti, non vi siano naturalmente riserve mentali.

Ma, per ritornare all'argomento centrale della nostra legge e per stare ancora ad una questione di metodo, il quesito che rimetto al Consiglio regionale e in particolare a quei gruppi politici, che oggi hanno dimostrato appunto una loro impreparazione dicendo che per il momento non si può modificare nel senso che noi abbiamo detto tutta questa materia, chiedo loro per quanto tempo si ritiene di lasciare aperto un possibile contenzioso su questa materia, perchè è anche di ordine giuridico, ma è anche di ordine politico. Signor Presidente e colleghi tutti, nell'illustrare la legge noi abbiamo fatto alcuni precisi, pratici esempi, che mi permetterò brevissimamente di riprendere perchè non vorrei

che appunto la discussione fosse solo astratta. Giusto dunque dare tutti i connotati politici che sono stati dati, ma non dimentichiamoci appunto delle cose concrete. Ora noi assistiamo, con piacere o meno, a momenti in cui, in virtù di queste norme vigenti, viene abrogata l'esistenza di determinati parti di popolazione, se non abrogata in certi casi alterata. Questo è il meccanismo che si mette in moto, e non è corretto, non è giusto. E dato che la questione è delicata sia dal punto di vista giuridico che dal punto di vista politico, noi crediamo che non si possa perdere ulteriore tempo nel lasciare queste questioni aperte. Si fa presto a dire: «vogliamo che le cose rispondano allo spirito e alla lettera dello statuto di autonomia; vogliamo, credo che la gran parte di tutti noi, spero che la totale forza rappresentata nel Consiglio regionale e rispettivamente nel Consiglio provinciale di Bolzano sia per la pacifica convivenza, sia per il pieno dispiegamento delle potenzialità dell'autonomia e così via dicendo, ma bisogna disinnescare tutti quegli elementi che possono appunto partire da argomenti di questo tipo, per mettere poi in ultima istanza in discussione tutto l'aspetto autonomistico o le questioni più essenziali, più di fondo. Quesito: qualora singoli cittadini dovessero sentirsi menomati nei loro diritti-doveri, in virtù di una applicazione di questo tipo e in presenza di uno statuto di autonomia che usa altri riferimenti, ma ritenendosi nel giusto di esercitare fino in fondo i loro diritti-doveri di cittadini della Repubblica italiana, nel rispetto delle leggi generali che regolamentano la nostra vita, che cosa si può dire, che cosa si può obiettare, che cosa si va a raccontare, come si pensa di intervenire? Ecco perchè alle discussioni di ordine politico più

generale: io credo che ci sia stata una sottovalutazione e una debole argomentazione da parte di chi ha espresso contrarietà al nostro provvedimento di legge, di scendere appunto nel merito, nelle cose concrete, nelle cose pratiche che sono quelle che poi vogliamo modificare. E' vero, il compagno Ziosi lo riprendeva, non è una legge rivoluzionaria, non è una legge che introduce elementi di socialismo nei rapporti tra le classi, eppure, proprio perchè è una legge che tende a correggere e a modificare determinate cose, eppure ciò nonostante non passa. Anche questo è un quesito che noi vogliamo riproporre all'Assemblea tutta perchè si compiano le opportune riflessioni su quello, che prima mi sono permesso di definire, il quadro di maturazione attorno a questo problema.

E vengo all'aspetto ripreso in modo particolare dai rappresentanti del gruppo della S.V.P. per quanto attiene alle norme di attuazione. Oltre alle nostre posizioni già espresse in Consiglio provinciale, dicevo prima, di Trento e di Bolzano, visto che qui se ne è trattato, non è sbagliato, vale la pena ribadire. Il nostro partito è perfettamente convinto e non da oggi, — perchè ciò che valgono poi sono gli atteggiamenti coerenti, le posizioni espresse in diverse sedi e in diverse circostanze, gli atti ufficiali —, noi siamo convinti che vadano celermente chiuse le cose, ribadendo dunque la nostra convinzione che abbastanza rapidamente si vada alla definizione delle mancanze di norme d'attuazione. Ma lo diciamo questo in quanto non è un fatto dovuto nei confronti della autonomia, è un fatto dovuto perchè già troppi sono gli anni di ritardo, lo ricordava ancora una volta Erschbaumer poco fa, riteniamo che le norme debbano essere d'altronde, oltre che sollecite,

anche corrette, nel senso che debbono riflettere lo spirito e la lettera delle varie misure.

Ma, detto questo, e non pongo in contrapposizione quello che ho appena detto con quello che dirò ora, faccio solo una considerazione per dimostrare come possono apparire deboli certe argomentazioni agli occhi delle opinioni pubbliche di ogni gruppo linguistico. Giustamente occorre che una delle norme più importanti, quella della parificazione della lingua tedesca a quella italiana, venga avanti, altrimenti i diritti rimangono sulla carta; uno deve poter esprimersi nella lingua propria, ovvero come ritiene. Ma io chiedo e ripeto: contemporaneamente, affinché vi siano le persone in grado di rispondere al requisito della seconda lingua, quale politica scolastica, quali provvedimenti, quali interventi concreti si attuano affinché una maggiore diffusione, attraverso innanzitutto l'acquisizione della conoscenza della seconda lingua, si sviluppi? Mi permetta, Presidente Magnago, di ribadire qui tutte le nostre riserve in ordine alla politica scolastica, dei governi nazionali e dei governi locali in ordine alla politica della seconda lingua. Lo statuto di autonomia prevede che ci sia la parificazione certamente, ma lo statuto di autonomia prevede che anche nelle pubbliche amministrazioni si rispetti la proporzionale etnica e il bilinguismo, ma perché la gente abbia il requisito della conoscenza della seconda lingua bisogna prima mettere in moto tutti i provvedimenti per l'insegnamento, e la politica scolastica a questo riguardo noi la giudichiamo con estrema severità. Non poniamo, ripeto, in contraddizione o in contrapposizione la norma sulla parificazione con il problema della seconda lingua, ma dico che evidentemente non c'è piena consapevolezza sul nesso che c'è

nella nostra Provincia tra pacifica convivenza, rispetto dei diritti ed esercizio pratico e concreto di questi con una politica scolastica in direzione della maggiore diffusione della seconda lingua. E ancora, collega Magnago, quando si dice "Roma" quale Roma si intende? Si intende la Roma del Governo, si intende la Roma intesa come capitale del cattolicesimo, si intende Roma come località turistica? Presumo, visto da che pulpito viene l'osservazione, che si intende la Roma che governativamente ha avuto e ha le responsabilità nell'emanazione di determinate norme. Ebbene questa Roma che, tradotta in termini più pratici e più comprensibili, significa il Governo, è un Governo del quale non abbiamo fatto e non facciamo parte. Altri sono i destinatari di questo segnale politico, che però ha avuto sempre, salvo il periodo che va dal '78 al '79 per un motivo tutt'altro che attinente alle questioni dell'autonomia, una distinzione della S.V.P., ma ha avuto sempre la comprensione, l'avallo e l'appoggio, anche se a parole sono state giustamente sollecitate determinate cose. Sicché questa critica, Presidente Magnago, è giusto farla, ma deve anche diventare un po' autocritica per avere coperto determinati ritardi, per avere dato l'avallo a determinate maggioranze, per aver consentito la diminuzione del tempo di una questione che andava definita, anche qui non dimentichiamocelo, in termini formali almeno sei anni fa.

Dunque, credo che queste cose valga la pena ribadirle per individuare le vere responsabilità politiche, che avvelenano poi, è vero, e che creano turbative nella nostra provincia. Ma ciò che respingiamo fermamente, proprio perché non riteniamo che vadano abbassate a livello di baratto o di mercanteggiamento, che dir si

voglia, è che le norme diventino condizione per un provvedimento di legge appunto non rivoluzionario quale quello dell'aggancio della proporzionale etnica al censimento, anziché agli eletti nelle varie assemblee.

Non crediamo che sia giusto politicamente e anche culturalmente abbassare queste norme, l'importanza contenuta in alcune di queste a livello al quale sono state portate. E' un modo questo tra l'altro di svilirle e, attraverso questo, di svilire anche la stessa autonomia. E' legittimo invece in questo un sospetto, proprio perchè non convincenti sono stati gli argomenti, che vi siano semmai delle forzature, delle manovre, dei disegni che hanno anche poco a che fare nel merito e nello specifico delle norme, proprio perchè le si vuole scambiare con altre. Mentre noi riteniamo che le norme, proprio perchè sono dovute, vadano celermente e correttamente emanate.

Per quanto riguarda poi una certa questione di credibilità, anche qui a volte ci è parso di sentire riecheggiare un dibattito che generalmente si sviluppa sul piano nazionale, là dove si cercano di compiere esami nei confronti di questa o quella forza politica, ma in questi ultimi tempi soprattutto del Partito Comunista. Credibilità, qui è stato detto, in ordine evidentemente all'autonomia e a tutto ciò che ruota attorno i diritti delle minoranze nazionali ed altro ancora. Crediamo di non dovere assolutamente nè giustificare né spiegare la nostra posizione, nel senso che credo sia sufficientemente presente a tutti i colleghi, a tutte le forze politiche al punto tale, mi permetterà signor Presidente e mi permetteranno i colleghi consiglieri, di vedere in certe zone del paese, in modo particolare nel Friuli-Venezia Giulia, di vedere il Partito

Comunista sottoposto a ignobili attacchi solo perchè coerentemente, e con pochi altri attorno, cerca di fare in modo che anche verso quelle minoranze linguistiche ci siano maggiori diritti, ci siano maggiori possibilità per mantenere e sviluppare le caratteristiche linguistico-culturali degli sloveni. Sicché non dobbiamo assolutamente spiegare o giustificare il nostro comportamento che ci ha portato a votare la costituzione, compreso l'art. 6, a votare lo statuto di autonomia anche se discriminati nella Commissione dei 19 che ne andava a sviluppare la elaborazione, e successivamente, fino a non tanto tempo fa, discriminati e non presenti nonostante i nostri ragguardevoli rapporti di forza nella Commissione rispettivamente dei 12 e dei 6. Ma detto questo, se si vuole usare un termine, che ha ritenuto di individuare il compagno Bertolt Brecht tanti anni fa, nello spiegare come ci sono gli uomini divisi a seconda della testa, — Bertolt Brecht puntava molto però sul contenuto della testa più che sulla forma —, ma detto questo, se anche preferiamo usare questo modo di espressione che rende più immediato l'esempio e il ragionamento, noi riteniamo che se anche queste teste possono avere delle sfaccettature a seconda delle loro maturazioni politiche, culturali, linguistiche o altro ancora, non possiamo perdere di vista l'essenziale, non possiamo fermarci al particolare. Non crediamo cioè ad una omologazione, al punto da superare a piè pari la questione essenziale della nostra terra e delle minoranze in senso generale in Italia, in Europa e nel mondo. E cioè che, anche se ci sono e ci saranno questi particolari, che vengono sollecitati come elementi di considerazione ai fini anche del dato del censimento del 1981,, noi riteniamo che

l'essenziale sia rappresentato dal dato che nella provincia di Bolzano esiste una minoranza di lingua tedesca e un'altra di lingua ladina, come in Val d'Aosta di lingua francese o nel Friuli-Venezia Giulia di lingua slovena, e che l'Europa vede tutto un sussulto nel riscatto della lingua, della parola, della identità, della cultura delle singole minoranze. In questi giorni qualificati scienziati anche di questi argomenti sollecitano semmai che in Italia nel 1981 sia possibile andare ad una individuazione delle lingue, delle parlate, di tutto questo patrimonio che deve diventare popolare, per vedere dove sono quelle zone, quanti sono, come bisogna intervenire per garantire e sviluppare questi patrimoni come qui appunto ribadisco. Le minoranze in Italia e nel resto dell'Europa sono scese, ove prima, ove dopo, giustamente e le forze democratiche più sensibili hanno condiviso questo su un terreno non di tutela imbalsamatrice, ma di una tutela che appunto mantenga e sviluppi queste caratteristiche anche attraverso elementi di garanzia. Se è vero, come è vero che non c'è nulla di più disuguale che trattare in modo analogo persone tra di loro diverse, non v'è dubbio che oggi e anche per una certa prospettiva storica non possiamo fissare date; queste garanzie, queste strumentazioni nei confronti delle minoranze linguistiche debbono esserci, non v'è dubbio da parte nostra a questo proposito. Ma, detto che non possiamo dunque badare al particolare, che non possiamo confondere questo con il dato generale, che non possiamo dimenticarci della Costituzione e degli impegni internazionali del nostro paese, detto questo, noi non crediamo che la staticità debba smuoversi attraverso un discorso di ordine etnico. E' un'altra la strada che noi abbiamo

scelto e non da oggi, che hanno scelto le organizzazioni di classe dei lavoratori sul piano politico e sul piano sindacale, ed è quello cioè di trovare i comuni denominatori, se si preferisce questo linguaggio, proprio come ha fatto in termini culturali e teatrali Bertolt Brecht tra una classe o una linea di demarcazione di classe che passa tra le teste tonde e le teste a punta. Perché ci sono lavoratori, deboli strati sociali, persone che hanno indentità di classe appunto, tanto tra gli uni, quanto tra gli altri, e vi sono ricchi, benestanti, uomini di potere, potentati, che trovano un loro comune denominatore superando la distinzione, la diversità etnico linguistica e culturale, sul piano locale, sul piano nazionale, sul piano mondiale, se la storia è quella che è e la sappiamo interpretare correttamente.

Dunque, ciononostante noi non conveniamo con le posizioni che sono state espresse da parte dei rappresentanti della S.V.P. e neppure con le posizioni dei rappresentanti la D.C. e il partito socialdemocratico. Proprio perché, e tratterò l'argomento della cosiddetta crisi regionale, dovendo anche delle precisazioni al collega Pasquali, non siamo stati noi di sicuro ad avere promosso con questa nostra iniziativa o ad avere avuto come obiettivo di questa iniziativa quello di mettere in discussione l'esistenza della Giunta regionale. La precisazione che dovevo al collega Pasquali è in sostanza questa: non è che a noi le cose interessano di più o di meno, se ci sono più vicine prestiamo più attenzione, se ci sono più distanti facciamo spallucce, le crisi non sono questioni di tutti i giorni, sapevamo e sappiamo la dimensione politica qualora dovesse avvenire nella nostra Regione, direi indipendentemente dall'argomento che la crisi può avvenire su

questo disegno di legge come potrebbe avvenire su un altro problema. Il senso delle nostre affermazioni, dicendo che noi questa Giunta non l'abbiamo voluta, tendeva a dire che noi non possiamo evidentemente parlare da partito di maggioranza per il semplice elementare fatto che non ci facciamo parte, che la questione certamente non è di ordinaria amministrazione, ma che non sono di certo i comunisti ad avere caricato di questo segno il dibattito attorno a questo provvedimento di legge. Questo è il ragionamento che abbiamo cercato di sviluppare, probabilmente anche non frantesi. Non siamo dunque stati noi comunisti che abbiamo capito come tra le forze di maggioranza, che compongono la Giunta regionale, su questo terreno vi potrebbe essere una disparità tale da compromettere l'esistenza della Giunta stessa, e allora ecco che siamo saltati addosso al destriero della crisi pur di mettere in difficoltà questi rapporti! No, cari colleghi, le cose stanno diversamente, perchè noi abbiamo presentato un disegno di legge analogo nella passata legislatura per quanto attiene la provincia di Bolzano, l'abbiamo ripresentato all'indomani delle elezioni del 1978 e coerentemente abbiamo sviluppato questa iniziativa per la parte di cui è competente il Consiglio regionale. E credo che sia ora anche di finirla con il discorso che una volta non si può perchè la scadenza elettorale, non si sa bene quale perchè si vota frequentemente nel nostro paese, un'altra volta perchè altrimenti si mettono in crisi i rapporti fra i partiti che compongono la Giunta, un'altra volta ancora perchè nel frattempo si attendono le definizioni di chissà quali particolari norme e così via, e così non si affronta mai un nodo che è politico e giuridico allo stesso tempo. Non possiamo noi

accettare questa impostazione!

Cosa si dimostra invece con questi atteggiamenti? Certo, innanzitutto una precarietà dei rapporti politici tra i partiti di maggioranza su un problema che certamente però, signor Presidente e colleghi tutti, non me la sento di definire trascendentale. Questo è un altro elemento che ci fa riflettere, non è la vita o la morte dell'autonomia usare un modo anziché un altro per riferirsi al dato della proporzionale. Credo invece, così come viene spiegato nella nostra relazione e come il dibattito in buona parte ha anche confermato, che dalla giusta iniziale presa di riferimento quale gli eletti per avere intanto un aggancio al dato della proporzionale, strada facendo questi disposti legislativi si sono caricati di altri significati, di altri motivi. Condizionamenti di ordine politico elettorale: ne abbiamo avuto la conferma, anzi noi siamo più che convinti che alla fine è solo questo. Il tentativo cioè di usare sul versante di lingua tedesca e sul versante di lingua italiana, al di là poi delle accentuazioni e delle sfumature, un argomento tutto sommato di questo tipo: non votare per altre liste o non votare per altri candidati perchè altrimenti ... e qui c'è il condizionamento dei cosiddetti posti di lavoro. Questo è quanto di più grave e quanto di più scorretto ci possa essere nella vicenda politica della nostra terra. Perchè non è così che si difendono le minoranze, così si difendono solo in modo strumentale interessi di parte, interessi appunto di ordine politico elettorale.

E a questo punto, molto rapidissimamente, mi permetterete di ribadire la nostra impostazione; riprenderemo certamente le iniziative nella sede e nella forma più appropriata per fare in modo che ci sia appunto questa depurazione del dato

giusto di una proporzionale etnica e un analogo giusto punto di riferimento da altre questioni quali quelle che io dicevo. Ma badate che l'elettore soprattutto che cresce, che matura, che si sviluppa, che scopre di più sempre i suoi reali interessi politici più di fondo, oltre che culturali e ideali, può anche fare diversamente. Faccio un esempio, se stiamo ai dati del censimento del 1971, parlo della popolazione ladina, perchè si deve fare uno sconto a questa? Pare che siano oltre il 4 per cento dell'intera popolazione della nostra provincia.....

CONSIGLIERE: 3,7.

D'AMBROSIO (P.C.I.): Benissimo, ho detto il 4 e sono andato molto vicino, ci avevo quasi azzeccato. Il cons. Valentin, in virtù della semplice operazione aritmetica, è il 3 scarso per cento. Perchè alla popolazione di lingua ladina si deve fare uno sconto di questo genere? Sono anche questi posti di lavoro!

(Interruzione)

D'AMBROSIO (P.C.I.): Ma invertendo l'ordine dei fattori il prodotto non cambia perchè per i dipendenti provinciali vale questo dato, c'è un consigliere di lingua ladina che vale il 2,98, il 3 scarso. E' un esempio che voglio fare ai fini del ragionamento perchè la legge qui parla della medesima cosa, solo che vale per i comuni anzichè per la provincia.

Ma forse che l'elettorato di questa o quella parte linguistica etnica, di questa o quella lista non potrebbe votarne due? Non è mica proibito, cari consiglieri, votare due consiglieri appartenenti al gruppo linguistico ladino! Non è

proibito! E non è proibito votarne neanche tre e di questo passo possibile che si dovrebbero fare licenziamenti o assunzioni a seconda della composizione dell'assemblea elettiva? Ecco perchè è scorretto. Ed è possibile ancora che, solo in virtù della composizione di questo o quel consiglio di amministrazione, di questa o quella amministrazione pubblica, noi abbiamo o non abbiamo la presenza di cittadini dei diversi gruppi linguistici? Io credo che così facendo noi non solo creiamo o manteniamo un elemento di turbativa, signori consiglieri, ma indeboliamo la credibilità nei confronti delle istituzioni autonomiche, alimentiamo delle diffidenze, questa è la nostra preoccupazione maggiore, e, in ultima istanza anche un impoverimento della democrazia. Si è detto anche qui, e concludo, delle tensioni che vanno allentate. Ebbene, è convinzione dei comunisti che un contributo in questa direzione lo si dà non respingendo, ma accogliendo questi provvedimenti, non rinviando nel tempo le cose fino a farle più ingarbugliate, più complicate, ma affrontandole o risolvendole celermente.

Signor Presidente, un'ultima parentesi mi sia consentita ancora per l'intervento di questa mattina del cons. Magnago. Ho già detto sullo statuto l'atteggiamento della nostra parte politica in riferimento a quelle affermazioni e credo di poter dire che ci sono larghe convergenze, nel senso che lo statuto non si tocca se non per migliorarlo. E per stabilire se è migliore o meno migliore una ipotetica eventuale modifica, l'unico modo per verificare questo è trovarsi attorno ad un tavolo, andare ad una discussione, affrontare il problema per quello che è. Ma voglio dire, signor Presidente e colleghi tutti, che contemporaneamente, direi prima ancora di

prendere in considerazione queste ipotesi, noi dovremmo andare a vedere, compiere una verifica, tutti noi dovremmo essere sollecitati a compiere questo esame per vedere se intanto lo statuto di autonomia è stato utilizzato in tutte le sue potenzialità culturali, economiche, sociali. Perchè sono tante, ancorchè incomplete, le possibilità di legiferare, e le risorse e le dotazioni finanziarie. E a questo proposito noi non possiamo che ribadire come è nell'insieme dello statuto di autonomia che bisogna dare valutazioni e giudizi, anche di queste parti che certamente non trovano spazio in una discussione di merito attorno a questo provvedimento di legge, ma dove non vorremmo che si evidenziasse in modo particolare una discussione astratta, ovvero una discussione che non comprenda anche questa partita.

Certo, la sede più opportuna probabilmente non è questa, perchè sappiamo anche noi come le competenze più importanti siano alle Province e analogamente le dotazioni finanziarie, ma fin tanto che non si è in grado di mettere in moto tutti quei meccanismi possibili attraverso le norme, le disposizioni legislative finora utilizzabili, io credo che il giudizio non possa che rimanere ancora parziale.

Noi abbiamo molta fiducia, facciamo molto affidamento su questo, perchè lo statuto di autonomia, premesso che serva innanzitutto per dare concreta garanzia e concreto rispetto dei diritti delle minoranze nazionali di lingua tedesca, di lingua ladina nel nostro caso, io credo che abbia in sè elementi di progresso democratico a condizione che l'esercizio sia corrispondente sul piano democratico e che cadano anche qui tutti quei pregiudizi, quelle preclusioni nei confronti di parti politiche solo per atteg-

giamenti di ordine ideologico. Questa è la parte zoppicante della autonomia a parere dei comunisti, è il concorso di tutte le forze democratiche che hanno ispirato e votato lo statuto di autonomia, è la sintesi unitaria che dà appunto potenzialità e credibilità, altrimenti appunto, ecco la scena ad esempio di quest'oggi, un provvedimento non rivoluzionario, un provvedimento non trascendentale di correttezza e di giustizia che ha come punto di riferimento lo statuto di autonomia viene respinto e viene bocciato. L'opinione pubblica certamente giudicherà, discuterà ognuno darà la sua versione, i fatti sono questi: che tre partiti che compongono la Giunta hanno dichiarato per intanto di respingere questo provvedimento.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. Se non ci sono dichiarazioni di voto, passiamo alla votazione per il passaggio alla discussione articolata. Dichiarazioni di voto? No.

Allora votiamo il passaggio alla discussione articolata: è respinto con 35 voti contrari e 15 favorevoli.

Signori, sono le 13.30 mi pare, io sono stato pregato e inviato a convocare i signori capigruppo per convenire le modalità delle votazioni sul successivo punto all'ordine del giorno, accetto sicuramente di buon grado e quindi convochiamo i capigruppo fra due minuti e mezzo. Vorrei peraltro pregare di considerare l'opportunità, siccome non so quanto la riunione dei capigruppo potrà occupare di tempo, di poter anticipare la votazione, che credo sia di poco momento dal punto di vista del tempo, del punto 5) all'ordine del giorno, cioè *Delibera n. 12: "Impugnazione davanti alla Corte Costituzionale dell'art. 2 del Decreto Legge 30*

dicembre 1979, n. 662".

Quindi è una proposta di anticipare il punto 5) che ritengo occupi poco spazio, subito dopo convochiamo i capigruppo per convenire le modalità per la votazione sulla convalida.

Prego, sui lavori? Sì.

D'AMBROSIO (P.C.I.): Oltre alla conferenza dei capigruppo, sarei a suggerire a lei e rispettivamente al Consiglio regionale se non è il caso di avere, visto l'argomento che si tratta, almeno il Presidente, il Vicepresidente, il segretario, se non i membri della commissione di convalida perchè l'argomento è questo.

PRESIDENTE: Credo si può fare, i capigruppo credo che potranno certamente invitare il Presidente della Commissione ad assistere ai lavori della conferenza.

Allora metto in votazione l'anticipo del punto 5): con 1 astensione l'anticipo è approvato.

La parola alla Giunta per la lettura della deliberazione.

PANCHERI (Presidente G.R. - D.C.):

La Giunta regionale.

Visto il decreto legge 30 dicembre 1979, n. 662, concernente: "Norme per l'attività gestionale e finanziaria degli enti locali per l'anno 1980", ed in particolare l'art. 2 di tale decreto-legge, nel quale si dispone, tra l'altro, che non sono consentite agli enti locali deroghe di alcun genere nella applicazione del D.P.R. 1 giugno 1979, n. 191 per quel che riguarda la normativa relativa allo stato giuridico ed al trattamento economico del personale dipendente;

Ritenuto di dover impugnare davanti alla Corte Costituzionale il suddetto art. 2 del decreto legge 30 dicembre 1979 n. 662 per invasione della competenza regionale in materia di ordinamento dei Comuni (art. 5, n. 1 dello Statuto di autonomia) e di ordinamento del personale dei Comuni (art. 65 dello Statuto di autonomia);

Visto l'art. 98 dello Statuto di autonomia;

Ritenuto, stante l'urgenza, di dover applicare l'articolo 44, n. 5 dello Statuto di autonomia, secondo il quale spetta alla Giunta regionale "l'adozione, in caso di urgenza, di provvedimenti di competenza del Consiglio regionale, da sottoporsi per la ratifica al Consiglio stesso nella sua prima seduta successiva;

Considerato di dover affidare la difesa della Regione nel procedimento davanti alla Corte Costituzionale al prof. Avv. Giuseppe Guarino - Roma - Piazza Borghese, n. 3;

Ad unanimità di voti legalmente espressi,

d e l i b e r a

— di impugnare, in sostituzione del Consiglio regionale ai sensi del combinato disposto di cui agli artt. 44, n. 5 e 98 dello Statuto di autonomia, l'art. 2 del decreto-legge 30 dicembre 1979, n. 662, per invasione della competenza regionale in materia di ordinamento dei Comuni e di ordinamento del personale dei Comuni (artt. 5 e 65 dello Statuto di autonomia);

— di autorizzare il Presidente della Giunta regionale, ai sensi dell'art. 98 dello Statuto di autonomia, a proporre il relativo ricorso davanti alla Corte Costituzionale;

- di affidare l'incarico di difesa della Regione nel procedimento davanti alla Corte Costituzionale al prof. avv. Giuseppe Guarino - Roma Piazza Borghese, n. 3;
- di impegnare con successiva deliberazione l'importo per onorari e spese di lite.

La presente deliberazione sarà inviata, ai sensi dell'art. 44, n. 5 dello Statuto di autonomia, al Consiglio regionale per la ratifica della parte di propria competenza.

Letto, confermato e sottoscritto.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. Nessuno chiede di parlare? E' in votazione la deliberazione testè letta e la sua ratifica: con 4 voti di astensione la delibera è ratificata.

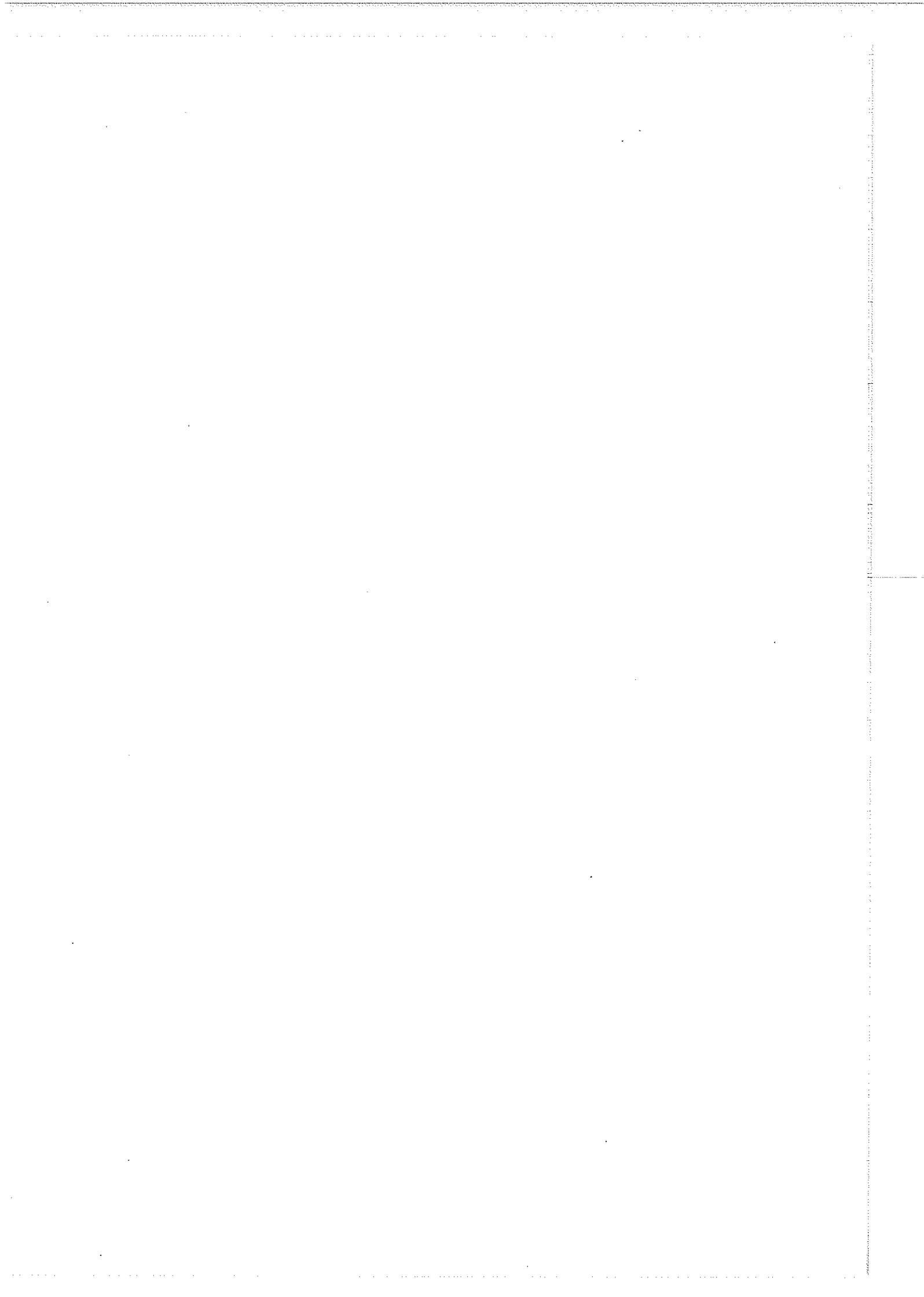
La seduta è sospesa. I signori capigruppo sono convocati nella saletta qui adiacente per l'argomento cui ho fatto cenno prima.

Il signor Presidente della commissione di convalida è pregato di intervenire.

Il Consiglio riprende i suoi lavori giovedì prossimo.

(Ore 13.30)

ALLEGATO



Ill.mo Signor
Presidente del Consiglio regionale
TRENTO

INTEROGAZIONE (n. 40)

C'è da rimanere esterefatti di fronte a fulgidi esempi di rispetto dei principi di "democrazia sostanziale" che emanano direttamente o indirettamente, dal partito di maggioranza relativa attraverso suoi esponenti certamente non di secondo piano:

- qualche settimana fa l'on. Bruno Kessler, che oltre ad essere deputato, sottosegretario di Stato, Presidente dell'Istituto Trentino di Cultura è anche Presidente della Federcaccia, presentava un ricorso al Tribunale di Trento (sulla cui ricevibilità da molte parti sono stati avanzati dubbi) al fine di bloccare un referendum provinciale anti-caccia, promosso dall'ENPA, che, in pochi giorni aveva raccolto un numero impressionante di adesioni popolari (di qualche migliaio superiore a quelle previste dalla L.R. 11/57); l'accoglimento di parte delle tesi sostenute da Kessler è il motivo del rinvio alla Corte Costituzionale della L.R. 11/57 (da notare, incidentalmente che lo stesso collegio aveva ritenuto perfettamente legittima la legge regionale in ben tre occasioni negli ultimi anni — due appena due mesi prima della richiesta dell'ENPA);
- nei giorni scorsi, un altro democraistiano, il dott. Giuseppe Prosser, addetto alla Segreteria del Presidente della Giunta provinciale Mengoni, ha presentato un ricorso alla Corte di Cassazione, per ottenere l'annullamento della richiesta di referendum popolare abrogativo della legge provinciale sul finanziamento alla scuola materna privata (Titolo III della L.P. 13/77).

Due iniziative che non meritano commento. La legge regionale che disciplina il diritto di referendum popolare abrogativo, è una legge approvata nel 1957 dalla stessa D.C.; lo stesso partito che oggi afferma la sua incostituzionalità detiene la maggioranza in Consiglio regionale ininterrottamente dal 1948 e non aveva mai ritenuto di dover modificare questa legge per renderla eventualmente conforme ai principi costituzionali, in tutti questi anni, mentre intraprende questa iniziativa dopo che migliaia di cittadini in più riprese, hanno deciso di servirsene per esprimere democraticamente il proprio punto di vista su leggi certamente non marginali o secondarie.

Ciò doverosamente premesso per inquadrare brevemente un ennesimo atto di pirateria politico-costituzionale che non può non suscitare sdegno e riprovazione da parte di tutti

coloro che hanno a cuore il rispetto delle regole sostanziali di democrazia politica nel nostro paese, il sottoscritto interroga il Presidente della Giunta regionale per conoscere:

- per quali ragioni il bollettino ufficiale della Regione non ha ancora pubblicato il decreto di indizione dei due referendum provinciali per l'abrogazione della L.P. n. 13/77, tit. III e della L.P. 13/78 (della Provincia di Trento), decreto che il Presidente della Giunta regionale, a sensi dell'articolo 11, primo comma, dovrebbe emanare entro dieci giorni dalla emanazione dell'ordinanza di ammissibilità della richiesta di referendum da parte dell'Ufficio centrale per il referendum;
- per quale data comunque sono previsti i due referendum provinciali di cui al punto precedente;
- quali iniziative la Giunta abbia preso in difesa della L.R. 11/57, nel giudizio davanti alla Corte Costituzionale, promosso dall'on. Bruno Kessler;
- non ritiene il Presidente della Giunta regionale azzardato (e non solo sul piano politico) affidare la difesa (come pare al sottoscritto da voci circolanti in ambienti politici) all'Avvocatura dello Stato che, in questi anni, a livello nazionale, ha dimostrato e profuso notevole impegno nell'affossare le decine di referendum promossi dal Partito radicale (e quindi, in questo caso sarebbe più attrezzata a difendere l'on. Kessler o il dott. Prosser, anzichè, come in questo caso, una legge che rende perfettamente legittime le iniziative referendarie promosse o in corso di promozione);
- non ritiene comunque — al di là di valutazioni tecnico-politiche sull'opportunità di affidare la difesa all'Avvocatura dello Stato — che possano sussistere motivi di incompatibilità in quanto questa si troverebbe in giudizio ad avversare le tesi di un membro del Governo, l'on. Kessler (anche se in veste di Presidente della Federaccia trentina).

A termini del regolamento si chiede risposta scritta.

f.to p. Nuova Sinistra - Neue Linke (Sandro Boato)

Trento, 4 gennaio 1980

OGGETTO: Risposta interrogazione n. 40

Egregio Signor
arch. Sandro BOATO
Consigliere Regionale - TRENTO

e, per conoscenza,

Egregio Signor
avv. Armando PARIS
Presidente Consiglio regionale - TRENTO

In relazione all'interrogazione presentata dalla S.V. in data 4 gennaio corrente e concernente gli adempimenti preliminari alla votazione in seguito alle due ordinanze, di data 17 ottobre 1979, con le quali l'Ufficio centrale per i referendum provinciali, costituito presso il Tribunale civile e penale di Trento, ha dichiarato ammissibili le richieste di referendum abrogativi del "Titolo 3" e del "Titolo 4" limitatamente all'articolo 56 della legge provinciale 21 marzo 1977, al 13 ("finanziamento pubblico alle scuole private d'infanzia" — e della "legge provinciale 13 marzo 1978, n. 13 della Provincia autonoma di Trento (asili nido)") ed ha dichiarato raggiunto il numero di firme richiesto per l'indicazione dei relativi referendum, ritengo di far presente alla S.V. che l'Amministrazione regionale ha provveduto, nel rispetto delle norme regionali vigenti in materia, a tutti gli adempimenti prescritti e finora in scadenza.

Per quanto concerne i singoli quesiti posti dall'interrogazione in riferimento informo la S.V. di quanto segue:

1) il decreto del Presidente della Giunta regionale di indizione dei due referendum è stato emanato in data 25 ottobre 1979 con il numero 441/A, cioè entro i dieci giorni dalla data dell'ordinanza (17 ottobre 1979) come disposto dal primo comma dell'articolo 11 della legge regionale 24 giugno 1957, n. 11, e che lo stesso decreto, ai sensi dell'ultimo comma dell'articolo 2 della legge regionale 26 settembre 1978, n. 18, sarà pubblicato nel Bollettino ufficiale della Regione non oltre il 45 giorno antecedente a quello della votazione, cioè non oltre il 31 gennaio 1980, in relazione alla fissazione della data di effettuazione dei referendum come di seguito indicato. La pubblicazione del decreto di che trattasi viene effettuata negli ultimi giorni utili per evitare che i certificati elettorali debbano essere preparati e consegnati agli elettori molto tempo prima delle normali scadenze per tali adempimenti (articolo 12 della legge regionale n. 11/1957), con pericolo

di smarrimento degli stessi da parte degli elettori;

2. la data di effettuazione dei referendum è stata fissata per il 16 marzo 1980, cioè per una domenica compresa tra il 1. marzo e il 30 aprile come prescritto dal primo comma dell'articolo 2 della legge regionale 26 settembre 1978, n. 18;
3. la Giunta regionale, nella seduta del 22 novembre 1979 ha deliberato di incaricare l'Avvocatura generale dello Stato in Roma della difesa della Regione per sostenere la costituzionalità della legge regionale n. 11 del 1967 nel giudizio davanti alla Corte Costituzionale.

A tale riguardo desidero precisare che in tutti i casi nei quali la Regione si è avvalsa del Patrocinio dell'Avvocatura dello Stato è stato riscontrato un atteggiamento di alta qualificazione e di pieno sostegno delle tesi regionali;

4. in base all'articolo 39 del D.P.R. 1 febbraio 1973, n. 49, contenente norme di attuazione dello Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige: organi della Regione e delle Province di Trento e di Bolzano e funzioni regionali, la funzione dell'Avvocatura dello Stato nei riguardi dell'Amministrazione statale sono estesi all'Amministrazione regionale del Trentino-Alto Adige ad eccezione dei giudizi in cui sono parte l'Amministrazione dello Stato e l'Amministrazione regionale per cui la Giunta regionale, non ravvisando come controparte l'Amministrazione dello Stato ha affidato la difesa degli interessi regionali all'Avvocatura generale dello Stato;
5. stante il disposto dell'articolo 39 del D.P.R. sopra citato, è in ogni caso compito dell'Avvocatura dello Stato stessa a sollevare eventuali motivi della propria incompatibilità.

Distintamente.

F.to Enrico Pancheri

Trento, 18 gennaio 1980

Ill.mo Signor
Presidente del Consiglio regionale
TRENTO

INTERROGAZIONE (n. 41)

Nel mese di gennaio dovrebbe aver luogo — a livello di enti radiotelevisivi — un incontro italo-germanico per meglio definire lo stato di rapporti e delle trasmissioni interessanti “le comunità alto-atesine”. Ciò si ricava dalla comunicazione data dal presidente della RAI-TV, Grassi al Presidente del Consiglio provinciale di Bolzano, Achmüller, nel corso di una puntualizzazione dei problemi avvenuta tra il comitato di coordinamento delle Regioni e il Consiglio di amministrazione della RAI-TV a Roma lo scorso 25 ottobre. Tale incontro si è inteso, come premessa per una più generale messa a punto sulla complessiva tematica delle trasmissioni televisive “in lingua ladina per la provincia di Bolzano e slovena per Trieste, e per quelle radiotelevisive in lingua francese per la Regione Valle d’Aosta”, già oggetto di incontro nello scorso settembre tra rappresentanti della RAI e il presidente del Consiglio dei ministri, on. Cossiga.

In base al verbale riepilogativo della riunione si ricava, che la preoccupazione romana sia solo quella di un letterale, per quanto ritardato, adempimento della legge n. 103 del 1975, di riforma della RAI-TV; che ha ignorato per carenza di cognizioni storiche e geografiche l’esistenza — a fini televisivi — della Valle di Fassa e del gruppo di lingua ladina ivi esistente, mentre ha citato le altre valli ladine.

A tale lacuna, nella scorsa legislatura, si era ritenuto possibile mettere rimedio anche attraverso un incontro diretto avvenuto presso la Giunta provinciale di Trento, con il direttore generale della RAI-TV, dott. Berté, come atto conclusivo di molteplici iniziative di chiarimento, nelle quali si era avuta la sensibile disponibilità anche della locale direzione della RAI-TV.

La riscoperta, così avvenuta, della valle di Fassa e di una sua particolare problematica, era stata sanzionata nello scorso febbraio dall’inizio di trasmissioni televisive sperimentali per l’area ladina — ivi compresa quella trentina — e da un saluto augurale da Roma del Presidente Grassi del quale era stata apprezzata nell’occasione la parlata ladina.

Tali trasmissioni, peraltro, attualmente risultano sospese, nella considerazione che le trasmissioni televisive, in lingua ladina e in lingua slovena sono soggette, a termini di legge, alla stipulazione di convenzioni aggiuntive tra la RAI-TV e la presidenza del Consiglio dei Ministri, fin qui non realizzate perchè le convenzioni aggiuntive in essere hanno già impegnato totalmente la misura del fondo speciale costitutivo nel bilancio RAI-TV.

Al momento presente, risulta che:

- Esiste la richiesta di Bolzano (dove l'87 per cento della popolazione attraverso il sistema di ricezione locale capta i programmi dell'area germanica, oltre quelli italiani) di ristrutturare quella sede e il servizio radiotelevisivo in lingua tedesca e ladina "in armonia con il particolare assetto autonomistico della Provincia";
- le trasmissioni televisive per l'area ladina sono rimesse ad iniziativa della presidenza del Consiglio dei Ministri ed anche quando ciò avvenisse andrebbero a riguardare la provincia di Bolzano;
- l'attenzione del Consiglio di amministrazione della RAI-TV è riferita alle trasmissioni di area germanica, con riflessi sulla provincia di Bolzano.

In tale situazione, il sottoscritto consigliere regionale chiede alla S.V. di interrogare il signor presidente della Giunta regionale (che già aveva segnalato la questione nella scorsa estate) per sapere quali siano le intenzioni operative della Giunta, da rappresentare nelle dovute sedi, in ordine alle ricezioni proprie dell'area ladina ed alla strutturazione dei relativi programmi anche radiofonici, per la valle di Fassa.

Si chiede risposta scritta.

f.to cons. reg.
dott. Giorgio GRIGOLLI

Trento, 11 gennaio 1980

OGGETTO: Risposta all'interrogazione n. 41

Egregio Signore
dott. GIORGIO GRIGOLLI
Consigliere regionale
SEDE

e, per conoscenza,

Egregio Signore
avv. Armando PARIS
Presidente del Consiglio regionale - TRENTO

Mi riferisco all'interrogazione n. 41 con la quale Lei sottopone alla mia attenzione la questione della diffusione di servizi radiotelevisivi in lingua ladina nella Val di Fassa.

E' da premettere che la problematica in parola, che ha sempre costituito elemento di particolare attenzione da parte Sua, è stata peraltro oggetto di costante considerazione della Giunta regionale nelle diverse istanze e nei vari momenti in cui l'esecutivo regionale ha avuto occasione di interessarsi delle questioni riguardanti l'informazione nelle zone di confine.

Come Le sarà certamente noto, fin dal 1976 è stato costituito un Comitato di coordinamento fra le Regioni di confine e le Province autonome di Trento e di Bolzano con lo scopo di portare avanti le peculiari esigenze dell'informazione radiotelevisiva nelle zone di confine con minoranze etniche e linguistiche.

L'attività di detto Comitato ha avuto un momento particolarmente significativo proprio in occasione di una riunione tenutasi a Trento il 3 giugno 1976, durante la quale i rappresentanti degli enti interessati hanno esaminato con molta attenzione i peculiari problemi delle zone di confine con minoranze etniche e linguistiche in relazione all'attuazione della riforma del settore dell'informazione.

L'incontro in narrativa ha offerto l'opportunità di sottolineare necessità di garantire il massimo decentramento del sistema radio-televisivo nazionale e l'attuazione del più ampio diritto di accesso quali condizioni essenziali del rispetto del pluralismo, nonché di consentire il soddisfacimento delle "ulteriori" esigenze delle autonomie locali con minoranze etniche e linguistiche. Fu pure ribadita, nella circostanza, l'assoluta necessità di attribuire, nell'ambito dell'attività di informazione della concessionaria, maggiore tempo di trasmissione ai programmi destinati alle minoranze etnico-linguistiche e di attuare rapidamente i servizi previsti e non ancora realizzati.

Nel contesto dell'informazione a favore delle minoranze etico-linguistiche erano comprese

anche le popolazioni di lingua ladina della Val di Fassa.

Su questa linea il Comitato si è mosso anche negli incontri successivi alla riunione di Trento e tale esigenza è stata ulteriormente ribadita negli incontri avvenuti ad Udine il 24 gennaio 1976, a Bolzano il 1 settembre 1976 ed al convegno sul tema "Sistema radiotelevisivo e Regioni", svoltosi ad Aosta nei giorni 23 e 24 ottobre 1976.

In tempi successivi il Comitato ha avuto qualche battuta di arresto nella sua attività e, peraltro, nel corso degli ultimi mesi vi sono stati nuovi incontri per esaminare e sostenere vecchie e nuove istanze delle minoranze etnico-linguistiche, ivi incluse le anzidette popolazioni di lingua ladina della Val di Fassa; questo anche in riferimento alla diffusione di programmi da parte della terza rete televisiva.

Non è poi da sottendere il fatto che, per motivi di carattere politico a Lei certamente non sconosciuti, nell'ambito della nostra regione non è stato attivato il Comitato regionale per il servizio radiotelevisivo previsto dall'articolo 5 della legge 14 aprile 1975, n. 103, alla qual cosa è da aggiungere che, la citata legge di riforma dei servizi radiotelevisivi non prevede interventi particolari per la zona cui Lei si riferisce.

Come Lei stesso osserva nella sua interrogazione, si è cercato di mettere rimedio a tale lacuna attraverso intese dirette fra organi dell'autonomia locale, la Direzione generale della RAI e la Presidenza del Consiglio dei Ministri.

In tale quadro lo stesso Presidente della RAI, dott. Paolo Grassi, con una lettera inviata alla Presidenza del Consiglio dei Ministri in relazione a richieste avanzate in proposito dai Sindaci dei Comuni della Valle di Fassa, informava che la RAI si era orientata a realizzare le trasmissioni radiofoniche in lingua ladina, destinate specificatamente alla Val di Fassa, presso gli studi RAI di Trento, allo scopo di stabilire contatti più diretti con la realtà culturale ladina della valle stessa, nel quadro delle normali competenze territoriali attribuite alle stesse sedi RAI.

I Sindaci della Val di Fassa espressero tuttavia il loro disaccordo sull'orientamento della RAI, chiedendo che le trasmissioni in lingua ladina per la Val di Fassa continuassero ad essere realizzate dalla sede RAI di Bolzano, insieme a quelle destinate alle popolazioni della Valli Badia e Gardena, per garantire maggiormente l'unità dell'intera minoranza.

Da parte sua il Presidente della Giunta provinciale di Trento, con lettera del 5 ottobre 1977 indirizzata ai Sindaci della Val di Fassa, ha sottolineato l'opportunità di realizzare presso la sede di Trento i programmi in lingua ladina per la Val di Fassa, ritenendo che ciò potesse favorire un maggior contatto con la realtà locale.

Successivamente, anche in seguito ad un incontro avvenuto fra il Presidente della Giunta provinciale di Trento e il Direttore generale della RAI-TV, si giunge alla diffusione in Val di Fassa, iniziata nello scorso febbraio, di trasmissioni televisive sperimentali per l'area ladina, ivi compresa quella trentina.

Come Lei ricorda nella sua interrogazione, tali trasmissioni sono attualmente sospese,

nella considerazione che la stessa, unitamente a quella in lingua slovena, debbano essere oggetto di convenzioni aggiuntive fra la RAI-TV e la Presidenza del Consiglio dei Ministri.

Sul piano operativo la Giunta regionale ritiene che le istanze delle popolazioni ladine della Val di Fassa possano essere collocate, per quanto le può competere, nel quadro di una azione congiunta fra Regioni di confine e Province autonome di Trento e di Bolzano, tesa a trovare soluzioni adeguate ai problemi dell'informazione radiofonica e televisiva nelle zone con minoranze etniche e linguistiche, ivi compresa la Val di Fassa.

Percorrendo questa strada, sarà certo premura della Giunta regionale non mantenersi nè insensibile nè estranea a ogni utile iniziativa volta ad attivare al più presto possibile concreti interventi attuativi e di promozione in accordo con le autonomie locali sopra ricordate.

In questo spirito si inquadra, tra l'altro, tutta quella serie di collegamenti di intesa che, a datare dallo scorso autunno, sono intervenuti a livello delle regioni confinarie — Trentino-Alto Adige, Friuli-Venezia Giulia, Valle d'Aosta — per la convergente promozione concreta del comune problema.

In tale contesto di iniziativa, il Consiglio di coordinamento radio-televisivo delle Regioni — a fronte della decisione del Consiglio di Amministrazione della RAI del 5 luglio 1979 relativa all'impossibilità di dar corso, anche a carattere sperimentale, alle iniziative per l'effettuazione delle trasmissioni televisive in lingua slovena, ladina e francese così come previsto dagli articoli 19 e 20 della legge 103/75 — ha espresso viva preoccupazione per le incertezze e i ritardi conseguenti a detta decisione, determinata dall'insufficienza delle disponibilità finanziarie poste a carico dello Stato, facendo al tempo stesso presente che sarebbe stata utile e opportuna una adeguata e tempestiva informativa, su una questione così delicata, delle Regioni interessate e del comitato di coordinamento.

In tale circostanza è stato altresì rilevato che nell'ambito di una lungimirante pianificazione delle riserve e delle disponibilità finanziarie il problema avrebbe dovuto essere risolto — anche attraverso un opportuno adeguamento legislativo — in consonanza con le decisioni sui tempi di attivazione della terza rete televisiva, riaffermando l'assoluta necessità di dare attuazione agli obblighi derivanti dagli articoli 19 e 20 della legge 103/75 per il significato qualificante di questi obblighi.

In considerazione di ciò, il comitato di coordinamento ha chiesto che siano trovate a brevissima scadenza le condizioni per una adeguata soluzione, anche attraverso una forma di stanziamento straordinario per l'esercizio 1979 e successivi, così da consentire l'effettuazione della fase sperimentale delle trasmissioni televisive in sloveno, ladino e francese e comunque tramite un adeguamento normativo che consenta una sufficiente copertura finanziaria delle convenzioni.

Al riguardo è stata rappresentata l'opportunità che la stessa RAI si faccia promotrice di una apposita iniziativa in tale senso nei riguardi della Presidenza del Consiglio, del Ministero delle Poste e delle Telecomunicazioni e della stessa Commissione parlamentare di vigilanza.

E' stato da ultimo ravvisato indispensabile un tempestivo coinvolgimento attorno allo specifico problema sia del Comitato di coordinamento, sia delle tre Regioni interessate, considerando utile, in particolare, che il Consiglio di amministrazione della RAI abbia a promuovere sollecite forme di intesa con le tre Regioni interessate e le tre sedi regionali RAI per affrontare dettagliatamente gli aspetti connessi all'effettuazione di dette trasmissioni e all'applicazione ed eventuale modifica degli 19 e 20 della legge 103/75.

Distinti saluti.

f.to: comm. Enrico Pancheri

Trento, 29 gennaio 1980

Ill.mo Signor
PRESIDENTE DEL CONSIGLIO REGIONALE
TRENTO

INTERROGAZIONE (n. 42)

Il sottoscritto Consigliere regionale chiede di interrogare il Presidente della Giunta regionale per conoscere i motivi per i quali non sono stati ancora rinnovati gli organi della Camera di Commercio, Industria, Artigianato e Agricoltura di Trento, nominati con deliberazione della Giunta regionale n. 417 del 9 aprile 1975, per la durata di quattro anni, e quindi scaduti da oltre nove mesi.

Chiede inoltre di sapere quando la Giunta camerale ed il Presidente della C.C.I.A.A. saranno nominati.

A norma del Regolamento chiede risposta scritta.

Distinti saluti.

f.to cons. reg. dott. Enrico PRUNER

Trento, 17 gennaio 1980

Oggetto: Risposta all'interrogazione n. 42

Egregio Signor
dott. ENRICO PRUNER
Consigliere regionale - TRENTO

e, per conoscenza

Egregio Signor
avv. Armando PARIS
Presidente Consiglio regionale - TRENTO

In relazione all'interrogazione presentata dalla S.V. in data 17 gennaio scorso, intesa a conoscere i motivi per i quali non è stata ancora rinnovata la Giunta della Camera di commercio, industria, artigianato e agricoltura di Trento, nominata con deliberazione 9 aprile 1975, n. 417, faccio presente l'intendimento della Giunta regionale di operare detto rinnovo seguendo le procedure indicate dal disegno di legge concernente norme per il controllo del Consiglio regionale sulle nomine negli enti pubblici e nelle società a partecipazione regionale.

Ricordo alla S.V. che in materia sono stati presentati al Consiglio regionale due disegni di legge, rispettivamente dal Gruppo consiliare del Partito comunista italiano in data 8 marzo 1979 e dalla Giunta regionale in data 11 maggio 1979.

La competente Commissione legislativa regionale ha deciso di giungere ad un testo unificato, nominando allo scopo un'apposita Sottocommissione; tale lavoro è stato completato e la Commissione legislativa ha esaminato ed approvato il testo nella seduta del 10 gennaio scorso.

Il disegno di legge è ora già iscritto all'esame del Consiglio regionale.

Di conseguenza nel confermare che la nomina della nuova Giunta camerale di Trento avrà luogo dopo l'entrata in vigore di tale legge e seguendone i dettati, ho motivo di ritenere che entro il mese di maggio prossimo l'organo camerale possa essere rinnovato.

Distinti saluti.

f.to avv. Klaus Dubis

Trento, 29 gennaio 1980

Ill.mo Signor
PRESIDENTE DEL CONSIGLIO REGIONALE
TRENTO

INTERROGAZIONE (N. 44)

Il sottoscritto Consigliere regionale dott. Enrico Pruner, chiede di poter interrogare l'Assessore competente in materia per sapere:

- a) se corrisponde al vero che la Regione ha svolto un corso, non meglio precisato, di specializzazione per persone estranee all'Amministrazione regionale;
- b) a quale numero assommano i partecipanti al corso predetto;
- c) con quali mezzi è stato pubblicizzato tale corso: il Bollettino ufficiale? manifesti? stampa locale? radio? ;
- d) quali titoli erano necessari per poter partecipare a tale corso;
- e) qual'è il numero esatto dei partecipanti;
- f) qual'è stato il criterio di selezione di detti partecipanti al corso;
- g) qual'è lo scopo di tale corso;
- h) se la Regione intende far partecipare in massa i partecipanti al predetto corso ad eventuali concorsi futuri.

A norma di Regolamento si chiede risposta scritta.
Distinti ossequi.

f.to cons. reg. dott. Enrico PRUNER

Trento, 30 gennaio 1980

OGGETTO: Risposta all'interrogazione n. 44

Egregio Signor
Dott. Enrico PRUNER
Consigliere regionale - TRENTO

e, per conoscenza

Egregio Signor
Avv. Armando PARIS
Presidente Consiglio regionale - TRENTO

Egregio consigliere,

ho ricevuto l'interrogazione da Lei rivoltami, di data 30 gennaio scorso, recante il n. 44, con la quale la S.V. chiede alcune informazioni al riguardo del corso di istruzione e formazione professionale per personale destinato agli uffici del catasto.

Al riguardo ricordo anzitutto alla S.V. che il D.P.R. 31 luglio 1978, n. 569, contenente norme di attuazione in materia di catasto e di Libri fondiari, ha delegato alla Regione funzioni amministrative in materia di catasto, prevedendo anche il trasferimento delle sezioni Catasto terreni e Catasto urbano dagli uffici tecnici erariali di Trento e di Bolzano e dei relativi uffici periferici.

La Giunta regionale, nell'avviare le procedure per assumere la potestà delle funzioni delegate, ha subito rilevato che il personale in servizio negli uffici del catasto era del tutto insufficiente per la mole di lavoro da smaltire. E' risultato anche, da questo primo esame, che migliaia di pratiche erano giacenti negli uffici, in attesa di definizione e ciò sempre per la scarsità del personale in servizio.

Di conseguenza la Giunta regionale, con la deliberazione del 19 luglio 1979, ha indetto un corso teorico-pratico di istruzione e formazione di personale destinato ad operare nel servizio catastale.

A tale corso sono state ammesse tre categorie di personale: anzitutto quello già in servizio negli uffici catastali, in modo precario, in quanto o assunto attraverso la legge per l'occupazione giovanile (legge 1. giugno 1977, n. 285), nonchè il personale in servizio in base a contratti trimestrali (D.P.R. 31 marzo 1971, n. 276).

Inoltre la Giunta regionale ha provveduto ad assumere direttamente, avvalendosi della norma dell'articolo 17 della legge regionale 26 agosto 1968, n. 20, alcuni geometri ed altre persone in possesso del titolo di studio di scuola media inferiore per lo svolgimento delle funzioni di volturista.

Nel complesso, le persone ammesse a frequentare il corso sono state 81, delle quali 40 in

possesto del titolo di geometra e 41 in possesto del diploma di scuola media inferiore.

Il corso è stato articolato in una parte teorica, con materie di insegnamento: la legislazione del catasto, sul Libro fondiario, l'estimo, la topografia, l'ordinamento della Regione e i diritti e doveri dei pubblici impiegati; inoltre è stata prevista una parte pratica con rilevamenti e volturazioni.

Il corso ha avuto inizio il 3 settembre 1979 e si è concluso il 21 dicembre 1979, con la partecipazione assidua degli iscritti e con la collaborazione di 20 insegnanti scelti tra dipendenti regionali, dipendenti degli uffici catastali ed esperti.

Alla conclusione del corso, che è stato articolato in due sezioni, quella comprendente i geometri e quella per i volturisti, si sono svolte le prove scritte consistenti in un tema teorico-pratico da svolgere da parte di tutti i partecipanti.

Le due Commissioni d'esame, nominate dalla Giunta regionale, hanno espletato nei giorni scorsi l'incombenza di procedere al giudizio sugli elaborati scritti: ne è risultato che hanno superato la prova scritta 33 geometri su 36 partecipanti, e 38 volturisti su 40 partecipanti.

Nel prossimo mese di febbraio si svolgerà la prova orale, sempre avanti alle due Commissioni regionali.

A superamento avvenuto delle due prove, i partecipanti al corso potranno essere definitivamente assegnati agli uffici catastali, in conformità a quanto previsto dal disegno di legge regionale concernente il personale del catasto, iscritto all'ordine del giorno dei lavori del Consiglio regionale.

Risulta evidente, da tutto questo esposto, che è stato intendimento della Giunta regionale affrontare prontamente una grave situazione di disagio esistente negli uffici catastali, per mancanza di personale.

Tuttavia, anche dopo l'inserimento dei partecipanti al corso di formazione in oggetto, resteranno disponibili ulteriori posti negli uffici catastali, in quanto l'organico previsto dal disegno di legge menzionato, è più ampio della dotazione attuale di personale.

E' quindi intendimento della Giunta regionale procedere, nei prossimi mesi, ad organizzare un secondo corso di formazione del personale, provvedendo quindi, anche attraverso concorso pubblico, ad adeguare la consistenza di personale negli uffici catastali.

Con i migliori saluti.

F.to comm. Enrico Pancheri

Trento, 2 febbraio 1980

